4/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Die Geister, die wir riefen

Chemikalien belasten zunehmend Mensch und Umwelt – Zeit zu handeln!

Seite 2
Neustart für nachhaltiges Chemikalienmanagement? SAICM beyond 2020

Seite 6
Die stille Krise: Unsolides Chemikalienmanagement im globalen Süden

Seite 12
Gift im Kinderzimmer? Chemikalien in Alltagsprodukten

Seite 22
Die Chemie stimmt nicht: Zeit für eine globale stoffpolitische Wende!

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Neustart für nachhaltiges Chemikalienmanagement? 2
Im Herbst 2020 soll ein SAICM-Folgeabkommen verabschiedet werden
Wolfgang Obenland

Wachstum, Handel, Nachhaltigkeit? 4
Die chemische Industrie in Deutschland steht vor einer Reihe gewaltiger Herausforderungen
Redaktionsteam des Rundbriefs

Es braut sich eine stille Krise zusammen 6
Unsolides Chemikalienmanagement in Entwicklungsländern
Gilbert Kuepououo

Wachstum als Problemstellung 8
Herausforderungen für das Chemikalien-Management in Indien
Piyush Mohapatra

Hochgefährliche Pestizide im Fokus von SAICM 10
Über die Notwendigkeit, hochgefährliche Pestizide durch agrarökologische Maßnahmen zu ersetzen
Susan Haffmans

Gift im Kinderzimmer? 12
HerstellerInnen und EinzelhändlerInnen schützen die VerbraucherInnen nicht vor giftigen Chemikalien in Alltagsprodukten
Olga Speranskaya

Mehr als nur ein ästhetisches Problem 14
Plastik: Symbol für zu viel Chemie
Ralph Ahrens

Hormonell schädliche Chemikalien 16
Eine Gefahr für Mensch und Umwelt
Alexandra Caterbow, Johanna Hausmann, Susanne Smolka

Das Menschenrecht auf eine giftfreie Umwelt 18
Die am stärksten marginalisierten Menschen zahlen den höchsten Preis für chemische Verschmutzung
Sascha Gabizon

Stimmt die Chemie? 20
Was Chemikalien mit Gender zu tun haben
Johanna Hausmann

Die Chemie stimmt nicht 22
Von der Notwendigkeit einer globalen stoffpolitischen Wende
Manuel Fernandez

Schwerpunkt – Publikationen 24

AKTUELLES

Handelspolitik auf Autopilot 25
Der Anachronismus des Mercosur-Abkommens
Jürgen Maier

Agroforstwirtschaft – klimafreundliche Win-win-Option auch in Deutschland 28
Interview mit Tony Rinaudo über die Integration von Bäumen in landwirtschaftliche Produktionssysteme
Ulrike Bickel

Sehnsucht nach linken Alternativen 30
In Ecuador, Bolivien & Chile flammen überraschend Proteste auf – Erklärungen dafür finden sich in Entwicklungen der letzten Jahre
Katharina Schwirkus

Bye bye globales Internet? 32
Internet Governance zwischen nationalen Interessen und geteilter Verantwortung
Marie-Luise Abshagen

THEMEN AUS DEM FORUM

Wald in der Klimakrise 34
Der fahrlässige Umgang der Politik mit dem Wald
László Maráz

Mit frischer Kraft endlich vorwärts? 36
Auf dem Weg zum neuen globalen Biodiversitätsrahmenwerk
Friedrich Wulf

Fair übers Meer? 38
Warum der Seetransport unserer Güter noch immer eine Blindstelle ist
Nelly Grotefendt

Die Agrarwende endlich anpacken! 40
Wir haben es satt!-Bündnis fordert von der Bundesregierung klare Perspektiven und Gelder für Umbau der Landwirtschaft
Christian Rollmann

Neueste Publikationen Forum Umwelt & Entwicklung 41

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im April 2020.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030 / 678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Ramona Bruck und Wolfgang Obenland **MITARBEIT:** Kathrin Becker **KORREKTORAT:** Julia Rintz **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** leungchopan/Shutterstock.com **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 15. November 2019

FÖRDERHINWEIS Der „Schwerpunkt" dieses Rundbriefs wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Umwelt Bundesamt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wo auch immer Sie sich gerade aufhalten, sehen Sie sich gut um, holen Sie tief Luft, fühlen Sie in Ihren Körper. Sehen oder spüren Sie es? Sie sind überall: Chemikalien. Der Stuhl, auf dem Sie sitzen ist vielleicht mit einem brandhemmenden Stoff imprägniert. Die schicke Outdoorjacke Ihres Nebensitzers wurde eventuell unter Verwendung von per- und polyfluorierten Chemikalien (PFCs) atmungsaktiv ausgerüstet. Sicher haben Sie sich schon die Zähne geputzt und Wasser getrunken – auch darin stecken Chemikalien. Einige mögen sehr nützlich oder harmlos sein. Es gibt aber auch eine ganze Reihe künstlich hergestellter Stoffe, die bedenkliche Nebenwirkungen haben.

Schlechtestenfalls sind sie krebserregend und akut gesundheitsschädlich. Andere Stoffe greifen in den Hormonhaushalt von Mensch und Tier ein und sorgen so für Probleme. Selbst Stoffe, die schon vor Jahrzehnten verboten wurden, finden sich noch überall und reichern sich am Ende der Nahrungskette an. Das heißt in unseren Körpern.

Weil die Probleme mit diversen Chemikalien allzu offensichtlich waren und sind – etwa die Folgen von Quecksilberverschmutzung – gibt es seit vielen Jahren Bemühungen in der internationalen Politik, sie wenigstens zu minimieren. Eine ganze Reihe internationaler Konventionen hat bestimmte Stoffe verboten oder den Umgang mit ihnen geregelt, etwa im Rotterdamer Abkommen über den Handel mit gefährlichen Chemikalien, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln von 1998.

Ein wichtiger Baustein in der internationalen Chemikalienpolitik ist der Strategische Ansatz zum internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management, SAICM). Dieser 2006 verabschiedete Prozess sollte bis 2020 dafür sorgen, den Umgang mit Chemikalien von der Produktion über die Verwendung bis zur Entsorgung nachhaltig zu gestalten. Da das offensichtlich nicht gelungen ist, steht im Oktober 2020 in Bonn eine große internationale Konferenz an, die einen Folgeprozess aufsetzen soll. Das nehmen wir zum Anlass, in dieser Ausgabe des Rundbriefs einen Schwerpunkt auf den Umgang mit der Chemie zu werfen.

Was die internationale Chemikalienpolitik (nicht) erreicht hat, erläutert ein einführender Artikel. Besonders schwer getan haben wir uns damit, einE AutorIn für einen Überblick über den Zustand und die Herausforderungen der deutschen Chemikalienindustrie zu finden. Alle Anfragen an Leute, die darüber in ihrem ureigensten Interesse Auskunft geben können sollten, waren erfolglos, weswegen wir selbst Hand anlegen mussten. Dafür ist es uns gelungen, AutorInnen zu finden, die einen Blick aus dem globalen Süden auf das Thema werfen. Außerdem behandeln mehrere Artikel die Probleme mit einzelnen Stoffgruppen beziehungsweise Themenkomplexen, wie sogenannten endokrinen Disruptoren (hormonwirksame Stoffe), Pestiziden oder Plastik. Komplettiert wird das Bild durch umfassendere Perspektiven: Auch der Umgang mit Chemikalien beziehungsweise ihre Wirkungen sind nicht genderneutral; das Recht auf ein Leben in einer gesunden Umwelt wird berührt und zuletzt geht es um die große Politik.

Wir hoffen, Ihnen damit interessante und womöglich neue Eindrücke verschaffen zu können. In diesem Sinne Ihnen eine gute und spannende Lektüre

Wolfgang Obenland

NEUSTART FÜR NACHHALTIGES CHEMIKALIENMANAGEMENT?

Im Oktober 2020 soll in Bonn ein Folgeabkommen für den Strategischen Ansatz für das internationale Chemikalienmanagement verabschiedet werden

SAICM, der Strategische Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management), sollte bis 2020 einen nachhaltigen Umgang mit synthetischen Stoffen von der Produktion über die Verwendung bis zur Entsorgung erreichen. Dieses Ziel wird verfehlt. Laut Vereinten Nationen (UN) dürfte sich die Chemikalienproduktion in der nächsten Dekade verdoppeln, ohne dass ihr Management nachhaltig ausgestaltet wäre. Nächstes Jahr soll SAICM erneuert und verbessert werden. Dazu laufen seit einiger Zeit die Verhandlungen zwischen den Regierungen, aber auch Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaft haben ein wichtiges Wörtchen mitzureden.

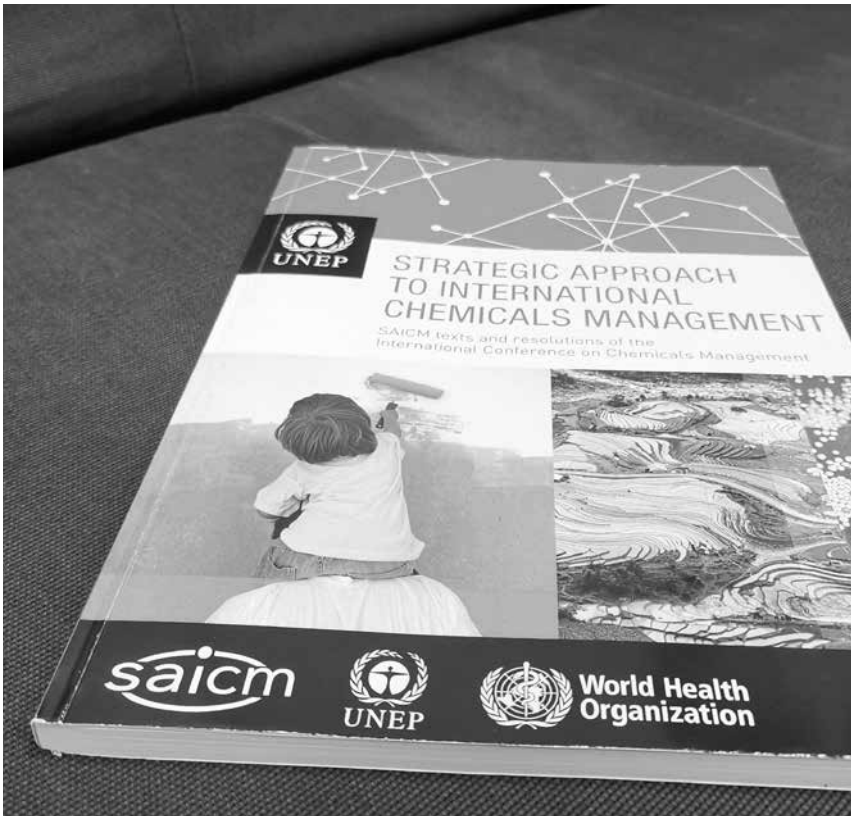
Chemikalien – also künstlich hergestellte chemische Stoffe und Verbindungen – spielen eine bedeutende Rolle in praktisch jedem Aspekt unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens. Wir atmen sie ein, tragen sie am Körper, nehmen sie mit der Nahrung auf, setzen sie in Wasser und Böden frei, verwenden sie in Produktion und Landwirtschaft und fügen sie unzähligen Materialien bei.

Nützlich, aber potenziell gefährlich

Gefährliche Chemikalien, Schwermetalle und an sich harmlose oder sogar nützliche Stoffe wie Plastik und pharmazeutische Produkte werden noch immer in großen Mengen freigesetzt. Das Umweltbundesamt stellt fest, dass alle (!) Oberflächengewässer in Deutschland in einem „schlechten chemischen Zustand“ sind, was primär auf die Quecksilberbelastung zurückzuführen ist, die sich noch immer auch aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe speist.[1] Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) führt weltweit wenigstens 1,6 Millionen Todesfälle auf die Verschmutzung mit Chemikalien zurück. Allein durch die Auswirkungen von Blei auf Kinder entstehen in Niedrig- und Mitteleinkommensländern wirtschaftliche Schäden in Höhe 977 Milliarden US-Dollar pro Jahr.[2] Mikroplastik wurde mittlerweile praktisch überall nachgewiesen: In Ozeanen, Flüssen, dem arktischen Eis, in Salz, Honig, Bier, Trinkwasser, Fischen und im Menschen. Selbst seit Langem verbotene oder nur wenig genutzte Stoffe wie krebsauslösende Polychlorierte Biphenyle (PCBs) können nachgewiesen werden, auch im Menschen.[3] Die Chemikalienbelastung hat daneben eine soziale Komponente. Kinder aus Familien „mit niedrigem Sozialstatus“ sind laut Bundesregierung häufiger Produkten mit fragwürdigem Nutzen – zum Beispiel Weichspüler – und den darin enthaltenen Chemikalien ausgesetzt als solche „mit hohem Sozialstatus“. Es gibt allerdings auch Stoffe, für die das Umgekehrte gilt: Mittel zum Textilschutz werden beispielsweise doppelt so oft von Familien mit hohem wie mit niedrigem Sozialstatus eingesetzt.[4]

Globale Regeln für Chemikalien

Weil die Folgen des Einsatzes bestimmter Chemikalien offensichtlich schädlich für Mensch und Umwelt sind, hat sich die (internationale) Politik des Themas schon länger angenommen. Es gibt eine ganze Reihe verbindlicher internationaler Konventionen zu verschiedenen Aspekten des Chemikalienmanagements oder einzelner Stoffklassen. 1989 wurde im Basler Übereinkommen die Kontrolle des Im- und Exports gefährlicher Ab-



Im Herbst 2020 geht es um das Nachfolgeabkommen für SAICM.

fälle und ihre Entsorgung geregelt. Seit Mai 2019 gehören Plastikabfälle auch zu den durch die Konvention abgedeckten Stoffen. 1998 regelte die Rotterdam-Konvention den Handel mit gefährlichen Chemikalien, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und etablierte „Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung", also die Übermittlung von Informationen über Risiken und den sachgemäßen Umgang mit Chemikalien, bevor diese über Grenzen hinweg verbracht werden. 2001 wurden in Stockholm einige langlebige (persistente) organische Schadstoffe verboten. Dazu gehören unter anderem die als das dreckige Dutzend bekannten organischen Chlorverbindungen, die im starken Verdacht stehen, krebserregend, erbgutverändernd und Missbildungen auslösend zu sein. Zuletzt enthält die Minamata-Konvention von 2013 konkrete Vorschriften zu quecksilberhaltigen Produkten, die ab 2020 verboten oder nur noch mit Einschränkungen gehandelt werden sollen, beispielsweise Fieberthermometer, Batterien, aber auch Seifen und Kosmetika.

Trotz der diversen internationalen Abkommen gibt es noch immer eine ganze Reihe von Lücken im Chemikalienrecht. Das betrifft zum einen neue Stoffe, zum anderen aber auch solche, über deren Langzeitwirkungen erst neuerdings Informationen zu ihrer Schädlichkeit verfügbar geworden sind.

SAICM – Ansatz für nachhaltiges Chemikalienmanagement

Um dem auch im Rahmen des internationalen Chemikalienmanagements Rechnung tragen zu können, beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 einen Mechanismus für den vernünftigen Umgang mit Chemikalien zu schaffen. Der wurde 2006 in Dubai in Form von SAICM ins Leben gerufen. Ziel war es, bis 2020 zu einem nachhaltigen Umgang mit Chemikalien über ihren gesamten Lebenszyklus zu kommen. Ein Ziel, das nach Meinung der UN auch mit SAICM nicht erreicht worden ist. SAICM hat trotzdem wichtige Funktionen erfüllt. Zum einen wurden über den Ansatz Ressourcen zum Kapazitätsaufbau in Ländern des globalen Südens bereitgestellt. Auch hat der Prozess gerade nichtstaatlichen Akteuren wichtige Zugänge eröffnet. Die Entscheidungen innerhalb von SAICM, die bei den Internationalen Konferenzen zum Chemikalienmanagement (International Conference on Chemicals Management, ICCM) getroffen werden, fallen im Konsens aller beteiligten Akteure; dazu gehören auch Nichtregierungsorganisationen und die Wirtschaft. Am wichtigsten ist aber, dass SAICM anders als die Konventionen nicht ein auf bestimmte Stoffe oder Prozesse beschränktes Mandat hat, sondern einen politischen Raum dafür bietet, auch über neue beziehungsweise als neu erkannte Probleme zu sprechen. So wurden zum Beispiel Blei in Farben, Nanotechnologie, Arzneimittel in der Umwelt oder bestimmte sehr gefährliche Pestizide im Rahmen des Emerging Policy Issue-Prozesses besprochen, was zu nationalstaatlicher Regulierung geführt hat. So sind heute in vielen Ländern bleihaltige Farben verboten, was direkt auf die Behandlung des Themas unter SAICM zurückzuführen ist. Trotzdem bleiben SAICM und seine Beschlüsse völkerrechtlich unverbindlich.

Eine Zukunft für das globale Chemikalienmanagement nach 2020?

Weil SAICM nicht zum gewünschten Ergebnis bis 2020 geführt hat und sein Mandat Ende des Jahres ausläuft, laufen seit der letzten ICCM 2015 die Vorbereitungen für eine Erneuerung des Mandats und eine Verbesserung der Mechanismen. Unter anderem sollen eine bessere Überprüfung und ein effektiveres Monitoring der Beschlüsse erfolgen, wofür geeignete Indikatoren erarbeitet werden sollen. Insgesamt soll die wissenschaftliche Basis für die Chemikalienpolitik gestärkt werden. Gerade von zivilgesellschaftlicher Seite werden verbindliche Staatenberichte gefordert, gegebenenfalls orientiert an zuvor abgegebenen, ebenfalls verbindlichen Selbstverpflichtungen. Auch sollen effektivere Regeln für den Umgang mit neuen Themen geschaffen werden. Nichtregierungsorganisationen fordern darüber hinaus, im Rahmen von SAICM rechtsverbindliche Elemente festzulegen beziehungsweise Mechanismen für die globale Regulierung schädlicher Chemikalien, die derzeit nicht durch bestehende Übereinkommen abgedeckt sind. Zuletzt haben diverse Länder des globalen Südens deutlich gemacht, dass sie einem neuen Abkommen nur dann beitreten werden, wenn sie bei dessen Umsetzung finanziell unterstützt werden.

Inhaltlich wird es bei einem neuen SAICM darum gehen, die chemische Industrie und ihre Produkte nachhaltig auszurichten. Dazu gehört neben der Förderung neuer Technologien, der Vermeidung oder dem Verbot umweltbelastender Stoffe sowie einer insgesamt ressourcenschonenderen Produktion vor allem, dass die Entsorgung giftiger Stoffe so zu erfolgen hat (beziehungsweise nach Möglichkeit ganz vermieden wird), dass Menschen nicht weiter belastet und Ökosysteme nicht weiter zerstört werden.

Ob und wie diese Schritte hin zu einem nachhaltigeren Chemikalienmanagement bis zum Ablauf des Mandats von SAICM Ende 2020 auch gegangen werden, liegt nicht zuletzt an der Bundesregierung. Sie hat die Präsidentschaft für die Erarbeitung eines Folgeabkommens und die Ausrichtung der dafür nötigen ICCM übernommen, die ab dem 5. Oktober 2020 in Bonn stattfindet, und damit die Mitverantwortung dafür, dass es nicht zu einer Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner kommt.

Wolfgang Obenland

Der Autor ist Referent für Chemikalienpolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung.

1 https://www.umweltbundesamt.de/daten/wasser/fliessgewaesser/chemischer-zustand-der-fliessgewaesser.

2 UNEP (2019): Global Chemicals Outlook II: From legacies to innovative solutions – Implementing the 2030 Agenda for Sustainable Development. Nairobi, S. 31 bzw. http://nyulmc.org/pediatricleadexposure.

3 UNEP (2019): Global Chemicals Outlook II: From legacies to innovative solutions – Implementing the 2030 Agenda for Sustainable Development. Nairobi.

4 Deutscher Bundestag (2019): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Bettina Hoffmann, Oliver Krischer, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, weitere Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen – Drucksache 19/12574 –. Menschliche Schadstoffbelastung. Drucksache 19/13088. Berlin, S. 2f.

© BASF – We create chemistry/Flickr (BY-NC-ND 2.0)

Die chemische ist eine Schlüsselindustrie in Deutschland – und sieht entsprechend aus.

WACHSTUM, HANDEL, NACHHALTIGKEIT?

Die chemische Industrie in Deutschland steht vor einer Reihe gewaltiger Herausforderungen

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist nach Autoindustrie und Maschinenbau der drittgrößte Sektor des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. Neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung genießt die Branche vor allem in Form ihrer größten Akteure öffentliche Wahrnehmung, von Bayer-Monsanto bis BASF. Anders als aber beispielsweise über die Automobilindustrie wird hierzulande in der breiteren Öffentlichkeit kaum über die wirtschaftliche Zukunft der Branche diskutiert. Dabei steht sie vor ähnlich großen Herausforderungen und Aufgaben. Wie kann eine klimaneutrale chemische Industrie aussehen? Wie können die Risiken und Belastungen gemanagt werden, die von den Produkten und Verfahren der Branche ausgehen?

Von zahllosen Medikamenten über Pflanzenschutzmittel und Dünger bis hin zur Automobilherstellung und der Produktion von Textilien, Computern oder Verpackungen: Die chemische Industrie liefert Produkte für EndverbraucherInnen und für die Weiterverwendung, ohne die unsere moderne Gesellschaft kaum mehr auskommen würde. Das ist die Botschaft, die die chemische Industrie gerne vor sich herträgt. Tatsächlich werden mehr als 40.000 verschiedene Chemikalien gegenwärtig kommerziell gehandelt. Die chemische Industrie hat damit wichtige Beiträge zum wirtschaftlichen Wachstum und zum materiellen Wohlstand in Deutschland und weltweit geleistet. Aber eben auch zur Belastung praktisch aller Ökosysteme, sowie zum sich noch immer beschleunigenden Ressourcenverbrauch und als große Energieverbraucherin zum Klimawandel.

Die wirtschaftlichen Zahlen für die chemische Industrie global und in Deutschland sehen beindruckend aus. Zwischen 2000 und 2017 hat sich der mengenmäßige Ausstoß (pharmazeutische Produkte ausgenommen) von 1,2 auf 2,3 Milliarden Tonnen beinahe verdoppelt. 2017 hat die Industrie damit (wieder exklusive der pharmazeutischen Industrie) mehr als 3,47 Billionen US-Dollar an Umsätzen erwirtschaftet. Auch die Zahlen für Deutschland sind bemerkenswert. Im Jahr 2018 machten die Unternehmen der chemischen Industrie in Deutschland über 202 Milliarden Euro Umsätze (einschließlich der pharmazeutischen Industrie). Allein in Deutschland beschäftigt der Sektor mehr als 480.000 Personen.[1]

Herausforderungen in der globalisierten Wirtschaft

Die deutsche chemische Industrie ist stark in globalisierte Wertschöpfungsketten eingebunden. Trotzdem bleibe der Heimatstandort nach deren Angaben überproportional wichtig für die deutschen Unternehmen. Die starke „Heimatverbundenheit" der chemischen Industrie, so die Message, sei durch ein sich veränderndes globales Umfeld aber immer stärker in Frage gestellt: Die Branche sieht sich unter anderem verstärkter internationaler Konkurrenz ausgesetzt, unter anderem aus China.

Entsprechend sieht der Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI) Handlungsbedarf in der deutschen Politik. Ein Lieblingsthema des Interessenverbands ist dabei die „Modernisierung" des deutschen Unternehmenssteuerrechts, natürlich mit

dem Ziel niedrigerer Steuersätze. „Insbesondere überbordende Regelungen zur steuerlichen Gestaltungs- und Missbrauchsvermeidung waren es, die [...] zu ungerechtfertigten und standortschädlichen Mehrbelastungen geführt haben.“[2] Sprich: der Kampf gegen Steuervermeidung und -hinterziehung wird zum Wettbewerbsnachteil erklärt, obwohl deutsche Unternehmen dieses „Schicksal“ mit praktisch allen Konkurrenten teilen. Die Regeln werden im OECD-Kontext abgestimmt.

Die chemische Industrie wird in ihrer Argumentation vor allem getrieben von den gegenwärtig nicht eben rosigen Geschäftsaussichten. Von Juli bis September 2019 ist die Produktion in der Branche im Vergleich zum Vorquartal leicht gesunken (-0,6 Prozent), die Umsätze gaben sogar noch kräftiger nach (-2,4 Prozent), was mit sinkenden Weltmarktpreisen und schwächelnden Kundenindustrien zu tun hat, allen voran die Automobilbranche.[3]

Hausaufgaben in Sachen Nachhaltigkeit

Neben diesen ökonomischen Bedingungen sieht sich die chemische Industrie auch tiefgreifenden Veränderungen in ihren Geschäftsmodellen gegenüber. Das betrifft unter anderem die Klimawirksamkeit der chemischen Industrie und ihrer Produkte. Auf dem Weg zur nötigen Treibhausgasneutralität steht die chemische Industrie als energieintensive Branche vor großen Herausforderungen: Zum einen benötigen die verfügbaren modernen Verfahren viel Energie und erzeugen dadurch hohe CO_2-Emmissionen. Zum anderen sind auch einige ihrer Produkte emissionsrelevant. So gibt es einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Verbrauch von Stickstoffdüngern (einem der Produkte der chemischen Industrie) und Lachgaskonzentrationen in der Atmosphäre. Dieses N_2O ist dabei 300-mal klimawirksamer als CO_2. Die Konzentration des Spurengases ist von 1998 bis 2016 um mehr als ein Drittel gestiegen.[4]

Trotzdem halten WissenschaftlerInnen eine klimaneutrale chemische Industrie bis 2050 für möglich. In einer vom VCI Anfang Oktober 2019 vorgestellten Studie wird ein Pfad vorgezeichnet, der sowohl große Investitionen von ca. 45 Milliarden Euro, aber auch einen stark erhöhten Strombedarf erforderte. Primär nötig sei also, die dadurch zu erwartenden Mehrkosten für die Industrie abzufedern und dafür zu sorgen, dass klimaneutral erzeugter Strom zu konkurrenzfähigen Preisen angeboten werde.[5] Kurz gesagt sollen die nötigen Investitionen sozialisiert und nachhaltige Energie nach Möglichkeit subventioniert werden – natürlich ohne dabei die Steuerlast für die Industrie zu erhöhen.

Die chemische Industrie steht darüber hinaus nicht nur dann in Sachen Umweltschutz im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn durch unsachgemäßen Umgang oder Unfälle gefährliche Stoffe freigesetzt werden und nur schwer oder gar nicht wieder entfernt werden können. Tatsächlich ist beispielsweise die Umstellung der Kunststoffproduktion von der Gewinnung aus Primärrohstoffen hin zu einer Kreislaufwirtschaft eines der in der Branche am heißesten diskutierten Themen. Und es zeigt die ganze Vielfalt der verfolgten Ansätze: Während gerade größere Unternehmen an Verfahren arbeiten, mit denen Kunststoffe nicht durch das Umschmelzen, sondern durch energieintensives „chemisches Recycling“ wiederverwertet werden, setzt der Mittelständler Werner & Mertz dagegen auf seine Recyclat-Initiative. Darin geht es um die Verwertung tatsächlich anfallender Abfälle im Dualen System, was effizienter und gleichzeitig näher an einer tatsächlichen Kreislaufwirtschaft wäre. Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen durch innovative Verfahren, die MitstreiterInnen und sogar KonkurrentInnen im Rahmen eines „Open-Innovation-Prozesses“ zur Verfügung gestellt werden, so schon über 300 Millionen Flaschen aus Primärrohstoff eingespart. Weil das Verfahren allerdings marginal teurer ist als die Gewinnung aus Primärrohstoffen (Erdöl, das für die Plastikproduktion steuerlich subventioniert wird), zögert die Konkurrenz, sich das Verfahren zu eigen zu machen.

Das Beispiel zeigt, dass aller Bekenntnisse zur Kreislaufwirtschaft und zur Nachhaltigkeit zum Trotz noch immer die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht. Entsprechend wäre es an der Politik, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass nachhaltigere Methoden und unternehmerische Verantwortung nicht zum Wettbewerbsnachteil werden. Ansätze dafür wären eine Aufhebung der Steuerbefreiung von Mineralöl für die Kunststoffproduktion sowie verbindliche unternehmerische Sorgfaltspflichten entlang von globalen Wertschöpfungsketten. Diese Schritte können national gegangen und dann auf höheren politischen Ebenen im im Kontext der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen weiter vorangetrieben werden. Entsprechungen finden sich in der Handelspolitik, die eine komplette Neuausrichtung unter den Prämissen von Nachhaltigkeit, Menschenrechten und planetaren Grenzen braucht. Auch ist zu überdenken, ob Probleme wie Quasimonopole sowie eine sich weiter verstärkende vertikale Integration innerhalb der Branche nicht durch – auch rückwirkende – Entflechtung kartellrechtlich angegangen werden sollten. Ganz zentral muss es darum gehen, das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der Verursacherhaftung, wie sie in globalen Abkommen für verschiedene Stoffgruppen vorgesehen sind, universell auszudehnen und auch im globalen Raum verbindlich durchzusetzen.

Redaktionsteam des Rundbriefs

---

1 UNEP (2019): Global Chemicals Outlook II: From legacies to innovative solutions – Implementing the 2030 Agenda for Sustainable Development. Nairobi. Und VCI (2019a): Chemiewirtschaft in Zahlen. Frankfurt/Main, S. 32 und 54. https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/chemiewirtschaft-in-zahlen-print.pdf.

2 Vgl. Berthold Welling (2019): Schnelles Handeln der Bundesregierung gefragt. In: VCI Chemie Report 11/2019, S. 1f. https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/chemie-report/2019-11-21-chemie-report-11-2019.pdf

3 VCI (2019b): Keine Trendwende im Chemiegeschäft. In: VCI Chemie Report 11/2019, S. 15.

4 https://www.nature.com/articles/s41558-019-0613-7.

5 DECHEMA/FutureCamp (2019c): Roadmap Chemie 2050 – Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland. München. https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/2019-10-09-studie-roadmap-chemie-2050-treibhausgasneutralitaet.pdf.

© Madina/Unsplash

Gerade Frauen sind Chemikalien zu oft schutzlos ausgesetzt.

ES BRAUT SICH EINE STILLE KRISE ZUSAMMEN

Unsolides Chemikalienmanagement in Entwicklungsländern

Eine wachsende Anzahl wissenschaftlicher Studien verbindet die Exposition gegenüber selbst sehr niedrigen Konzentrationen von Chemikalien in der Frühphase des Lebens mit einem Rückgang des Intelligenzquotienten (IQ), Verhaltensproblemen und einer Vielzahl anderer schwerwiegender gesundheitlicher Auswirkungen. Blei, Quecksilber, Dioxine und bestimmte Pestizide sind nur einige Beispiele für Chemikalien, denen der Mensch durch Umweltverschmutzung – einschließlich verunreinigter Luft, Lebensmittel und Wasser sowie der Exposition am Arbeitsplatz – ausgesetzt ist. Afrika hat es versäumt, diese Gefährdungen zu regulieren und ist eine Deponie für Abfälle, die anderswo anfallen. Die unverhältnismäßige Belastung des Kontinents durch Chemikalien wirkt sich wahrscheinlich bereits auf individuelle Bildungschancen aus und schränkt die wirtschaftliche Entwicklung ein.

Im Bewusstsein dieser Bedrohungen haben sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) im Jahr 2002 für ein solides Management von Chemikalien während ihres gesamten Lebenszyklus eingesetzt, „mit dem Ziel, die Produktion von Chemikalien bis 2020 so zu gestalten, dass erhebliche negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert werden". Dieses Ziel wurde auch zur Vorgabe des Strategischen Ansatzes zum Internationalen Chemikalienmanagement (SAICM). Von 2003 bis 2006 setzten sich afrikanische Länder für ein ehrgeiziges SAICM-Abkommen ein. Sie sind der Ansicht, dass ein ebenso ambitioniertes Abkommen für die Zeit nach 2020 dringend als Instrument zur Umsetzung des WSSD-Ziels benötigt wird.

Wie hat SAICM Afrika geholfen?

SAICM bietet ein einzigartiges globales Forum, in dem die gesamte Bandbreite der bekannten und neu entdeckten Gesundheits- und Umweltprobleme, welche von Chemikalien ausgehen, identifiziert, bewertet und angegangen werden kann. Das Rahmenwerk bündelt, katalysiert und ermöglicht Bemühungen verschiedener Interessengruppen aus allen Bereichen, Chemikaliensicherheit zu erreichen und alle Quellen toxischer Belastung zu minimieren oder zu beseitigen. 14 Jahre nach der Verabschiedung von SAICM ist der verantwortungsvolle Umgang mit Chemikalien jedoch noch nicht in der Gesetzgebung verankert. Auch wird Chemikalienmanagement in vielen afrikanischen Ländern nicht als wichtiger Wert und Vorteil für die Gesellschaft angesehen oder als unerlässlich, um Bildungschancen zu gewährleisten.

Einer der Erfolge von SAICM in Afrika besteht darin, das Verbot von Bleifarben erreicht zu haben. Darüber hinaus wurde die Sicherheit von elektronischen und elektrischen Geräten verbessert sowie der Einsatz von Pestiziden reduziert oder been-

det und die integrierte Schädlingskontrolle vorangetrieben. Außerdem wurden die Ziele von SAICM zur Risikominderung, Wissensvermittlung, Information und zum Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf gefährliche Chemikalien in Produkten angegangen. Diese Arbeit trug dazu bei, die Ratifizierung chemikalienbezogener Übereinkommen in Afrika zu fördern, und das politische Engagement für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt zu verstärken. Leider reichen diese politischen Verpflichtungen nicht aus, denn die Umsetzung der Instrumente ist eine große Herausforderung für Länder, die Schwierigkeiten haben, ihrer Bevölkerung auch nur eine Grundversorgung zu bieten. Diese Schwierigkeiten sind auf die von vornherein unzureichende Finanzierung für die Implementierung dieser Übereinkommen und Vereinbarungen zurückzuführen.

Wie unterscheiden sich die Bedürfnisse zwischen Nord und Süd?

Es gibt zwei widersprüchliche Interessen, welche die Regierungen aus Nord und Süd trennen: Die Industrieländer wollen ihre nationalen Rechtsinstrumente durch internationales Recht globalisieren, während Entwicklungs- und Schwellenländer erwarten, dass sie das Völkerrecht nutzen können, um ihre nationalen Rechtsrahmen in Bezug auf Gesundheits- und Umweltfragen zu gestalten. Im Allgemeinen sind die Industrieländer nicht auf bereits bestehende internationale Normen beschränkt, um im Inland zu handeln.

So verfügten beispielsweise viele Industrieländer bereits über Rechtsinstrumente, um die Quecksilberbelastung auf nationaler Ebene zu minimieren, aber sie erkannten, dass diese nicht ausreichten, um sich vor der Belastung aus externen Quellen zu schützen. Afrikanische Länder hatten keine solche Vorschriften, waren aber eher von der Quecksilberbelastung betroffen. Dieser Unterschied kann zu Schutzlücken führen, wenn die Bedürfnisse der Entwicklungsländer bei der Erarbeitung internationaler Bestimmungen nicht berücksichtigt werden. So ist beispielsweise die offene Verbrennung von Abfällen zur Quecksilbergewinnung für afrikanische Länder von großer Bedeutung, wird aber im Minamata-Übereinkommen nicht behandelt. Infolgedessen können sich die Entwicklungsländer nicht auf diese sogenannte Quecksilber-Konvention berufen, um eine innerstaatliche Regelung zur Kontrolle der Quecksilberbelastung aus dieser verbreiteten Verschmutzungsquelle zu erlassen.

Diese Bedürfnisdiskrepanz trat sogar in Bezug auf Bleifarben auf. So mussten wir beispielsweise in Kamerun nachweisen, dass 90 parts per million (ppm) Gesamt-Blei ein anerkannter internationaler Standard für bleisichere Farben ist, bevor wir diesen Wert als Referenz für die Entwicklung unseres nationalen Gesetzes zum Verbot von Bleifarben verwenden konnten. Es dauerte Jahre, bis die politischen EntscheidungsträgerInnen die 90 ppm-Grenze akzeptierten. Erst als die Global Alliance to Eliminate Lead in Paint (GAELP) diesen Standard verbreitete, konnten Entscheidungsträger überzeugt und das Gesetz erlassen werden.

Maßnahmen gegen hochgefährliche Pestizide (HHPs), die für erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden verantwortlich sind, werden nur sehr langsam ergriffen, da es keine international anerkannte Liste von HHPs gibt, obwohl bereits Kriterien für deren Erstellung bestehen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kameruns Ansatz zur Regulierung gefährlicher Chemikalien, wie der vieler Entwicklungsländer, stark von der bereits bestehenden internationalen Gesetzgebung geprägt ist.

Warum gehen Entwicklungsländer Verpflichtungen ein, die sie kaum einhalten können?

Der wichtigste Aspekt globaler Chemikalienabkommen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist die finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung, da diese Länder nur begrenzte Ressourcen und Kapazitäten zur Verfügung haben. Leider ist dies noch nie in einem solchen Umfang geschehen, dass Entwicklungs- und Schwellenländer ausreichende Maßnahmen ergreifen konnten. Selbst wenn Hilfe angeboten wird, werden Geber ihren Versprechungen unserer Erfahrung nach oftmals nicht gerecht. Dies wird als Betrug oder mangelndes Engagement wahrgenommen. Es entsteht der Eindruck, dass SAICM-InteressensvertreterInnen viel Ressourcen und Energie aufwenden, um Aktionspläne und Resolutionen zu entwickeln, aber weniger für deren Umsetzung unternehmen. Ein wichtiger Schritt wäre es diesbezüglich, Chemikalien als politische Priorität zu definieren und sie in dem Komplex nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit zu behandeln.

Während SAICM-VertreterInnen ein neues Rahmenwerk für die Zeit nach 2020 aushandeln, ist es unmöglich, sich eine Zukunft ohne umfassende internationale Anstrengungen zur Verbesserung der Chemikaliensicherheit vorzustellen. Ein gestärktes Rahmenwerk mit angemessener politischer Priorität wird für die Zukunft Afrikas essenziell sein. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden bei diesen Bemühungen eine wichtige Rolle spielen, so wie sie auch bei der Umsetzung von SAICM von Bedeutung waren. Das Centre de Recherche et d'Education pour le Développement (CREPD) zeigt, wie wichtig es ist, dass mehrere Interessengruppen zu Vorschriften über Blei in Farben, über die Verringerung der Quecksilberbelastung oder zu anderen Fragen der Chemikaliensicherheit in Kamerun beitragen. Dies war unter anderem durch die Finanzierung des Schnellstartprogramms im Rahmen von SAICM möglich, welche die Regierung auch bei der Umsetzung unterstützte.

Als SAICM-Präsident spielt Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Schaffung eines Rahmens, der es ermöglicht, einen Großteil der weltweit dringlichsten Probleme der Chemikaliensicherheit durch ein Abkommen anzugehen. Dieses muss natürlich mit der gebotenen politischen Priorität und angemessenen Ressourcen ausgestattet werden. Wir haben keinen Zweifel daran, dass Deutschland dieser Aufgabe gewachsen ist und sie im Sinne der Nord-Süd-Solidarität für eine gesündere und sicherere Welt angeht.

Gilbert Kuepououo

Der Autor ist Mitbegründer und seit 2005 Leiter von CREPD, einer gemeinnützigen NGO mit Sitz in Kamerun.

Aus dem Englischen von Lina Gerstmeyer.

WACHSTUM ALS PROBLEMSTELLUNG

Herausforderungen für das Chemikalien-Management in Indien

Indien ist eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Der steigende Konsum führt zu einer signifikanten Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten, was Probleme für die Chemie- und Abfallwirtschaft aufwirft. Das Land hat verschiedene Bestimmungen und Vorschriften für die Entsorgung von Chemikalien und Abfällen erlassen, aber es gibt vielfältige Herausforderungen im Zusammenhang mit ihrer effektiven Umsetzung. Daher ist ein multisektoraler Ansatz für ein solides Chemikalienmanagement erforderlich, um die negativen Auswirkungen von Chemikalien und Abfällen zu minimieren sowie die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) zu gewährleisten.

Die Umsätze der indischen Chemieindustrie werden für das Jahr 2017 auf 163 Milliarden US-Dollar geschätzt. Damit ist sie eine der am schnellsten wachsenden Branchen des Landes.[1] Mit diesem Wachstum sind verschiedene ökologische, regulatorische und soziale Herausforderungen verbunden. Jedoch gehört die indische Verfassung zu den wenigen auf der Welt, die spezifische Bestimmungen zum Schutz der Umwelt enthalten. Außerdem ist Indien Mitglied verschiedener internationaler Übereinkommen und Vereinbarungen, die sich auf das Chemikalienmanagement beziehen (vgl. Seite 2). Als Reaktion auf die berüchtigte Bhopal-Katastrophe von 1984 wurde 1986 der ‚Environment Protection Act' verabschiedet. Dieser enthält umfassende Rechtsvorschriften und ermächtigt die Zentralregierung, die Umwelt zu schützen und zu säubern, die Verschmutzung aus allen Quellen zu kontrollieren und zu verringern sowie die Errichtung und/oder den Betrieb von Industrieanlagen aus Umweltgründen zu verbieten oder einzuschränken.[2]

Indiens Ansatz für das Chemikalienmanagement

In der Folge hat die indische Regierung Vorschriften erlassen, welche explizit die Entsorgung von Abfällen und Chemikalien einschließlich Pestiziden im Einklang mit den multilateralen Umweltabkommen regeln. Einige der wichtigsten Vorschriften für den Umgang mit Chemikalien und Abfällen sind die Regeln für Herstellung, Lagerung und Import gefährlicher Chemikalien von 1989, die Regeln für elektronische Abfälle und für den Umgang mit Plastikabfällen sowie die Richtlinien für Blei in Haushaltsfarben von 2016. Weiterhin ist Indien eines der wenigen Länder im globalen Süden, das die erweiterte HerstellerInnenverantwortung (EPR) übernommen hat. Diese Regelung zieht die ProduzentInnen für die Entsorgung von Elektronikschrott, Batterie- und Kunststoffabfällen heran. Mit einem Gesetz zu Insektiziden aus dem Jahre 1968 hat Indien außerdem eine robuste Gesetzgebung zur Registrierung und Verwaltung von Pestiziden, um die Umweltrisiken durch deren Einsatz zu minimieren.

Das Ministerium für Umwelt, Wald und Klimawandel ist das zentrale Schlüsselorgan, um Vorschriften für Chemikalien und Abfälle zu erlassen. Seine Aufgabe ist es auch, die verschiedenen multilateralen Abkommen für diese Bereiche im Blick zu behalten. Die letztendliche Implementierung der Vorschriften obliegt jedoch den Umweltministerien der jeweiligen Länder, den Verschmutzungskontrollbehörden der Länder und deren nationalem Pendant, der zentralen Umweltkontrollbehörde. Das Management von Pestiziden ist weitgehend Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums, der Insektizidbehörde und verschiedener staatlicher Regierungsbehörden.

© Joel Muniz/Unsplash

Blei in Farben ist in vielen Ländern noch immer ein massives Gesundheitsproblem.

Herausforderungen für die Behörden

Ungeachtet dieser Rechts- und Verwaltungsbestimmungen bleibt das Chemikalienmanagement eine Herausforderung für Indien – wie für praktisch alle Länder und Regionen weltweit. Die Vorschriften für Chemikalien und Abfälle werden in Indien recht häufig umgangen. Studien der Organisation ‚Toxics Link' über das Vorkommen von Nonylphenol, einer als endokrin wirksam bekannten Chemikalie in Waschmitteln, und großen illegalen Recyclinganlagen für Elektronikschrott sind nur Beispiele für den Zustand der indischen Chemikalien- und Abfallwirtschaft.[3] In einem vergleichsweise großen Land wie Indien geraten die Behörden bei der Umsetzung von Vorschriften schnell an die Grenzen ihrer Kapazität.

AkteurInnen im Kampf für ein solides Chemikalienmanagement

Da das Chemikalienmanagement in Indien unbedingt verbessert werden muss, hat sich eine Reihe von AkteurInnen mit der Lösung von Problemen wie Blei in Farben, Chemikalien in Spielzeug und Bisphenol A in Babyflaschen befasst. Toxics Link war die erste Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus dem globalen Süden, die sich dem Thema Blei in Farben in Indien annahm und eine dezidierte Kampagne durchführte, um dessen Verwendung einzustellen. Im Jahr 2017 erließ die indische Regierung eine Verordnung, die den Bleigehalt von Farben auf 90 Millionstel beschränkt. Die gemeinsame Arbeit von Toxics Link und dem globalen Netzwerk IPEN (International Pollutants Elimination Network) hat dazu geführt, dass bleihaltige Farben zu einem Thema von globaler Bedeutung und schließlich auch innerhalb des Strategischen Ansatzes zum Internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management, SAICM) als solches anerkannt wurden.[4]

Die indische Chemieindustrie hat begonnen, sich mit dem Thema solides Chemikalienmanagement zu befassen – nachdem sie dieses viel zu lange ignoriert hat. Seit 2003 beteiligt sich die Industrie an der Initiative ‚Responsible Care',[5] die Unternehmen auffordert, ihr Engagement für Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz zu verstärken. Jedoch lassen sich bisher kaum Ergebnisse feststellen.

Im heutigen Indien sind Zivilgesellschaften und NGOs sehr präsent. Viele von ihnen arbeiten an Umweltthemen wie Biodiversität, Klimawandel und Pestizide. Doch trotz der Größe von Land und Bevölkerung gibt es nur wenige NGOs, die sich mit den Themen Chemie und Abfall befassen. Toxics Link ist die zentrale NGO für SAICM in Indien, fungiert als südasiatische Drehscheibe für IPEN und fördert ein solides Chemikalienmanagement mit Hilfe lokaler NGOs im ganzen Land. Letztere haben auch an einigen der wichtigsten politischen Veränderungen in Bezug auf Chemikalien und Abfälle mitgewirkt.

Herausforderungen des Chemikalienmanagements in Indien

Selbst mit dem Engagement der Regierung sowie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher AkteurInnen bleiben mehrere Herausforderungen beim Umgang mit Chemikalien auf der vor- und nachgelagerten Ebene bestehen.

Einige der kritischen Herausforderungen sind die folgenden:

1. Die Umsetzung der Chemikalien-/Abfallmanagementregeln ist unzureichend.
2. Indien verfügt nicht über die Mittel, um die derzeit verwendeten gefährlichen Chemikalien zu identifizieren.
3. Indien hat das global harmonisierte System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) nicht übernommen.
4. Es gibt keine empirischen Daten, um einen Zusammenhang zwischen der Chemikalie und ihren möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit der Gemeinschaft herzustellen.
5. Die Industrien haben sich nicht ausreichend für die Einführung eines besseren Chemikalienmanagementsystems engagiert.
6. Es gibt auch in der chemischen Industrie einen großen informellen Sektor, einschließlich im Recycling.
7. Es fehlt an kostengünstigen und besseren Alternativen zu Chemikalien.
8. Es gibt zu wenige öffentliche Informationen über die mit Chemikalien verbundenen Fragen.

Für ein großflächiges Land wie Indien mit mehr als 1,3 Milliarden EinwohnerInnen ist Wirtschaftswachstum für die Verbesserung der Lebensqualität unerlässlich. Gleichzeitig ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, die Umwelt und die menschliche Gesundheit vor verschiedenen Gefahren zu schützen. Bedauerlicherweise wurden viele der in SAICM angenommenen Themen nicht angegangen und das Land hat nicht genug getan, um einen Rahmen und eine Strategie für die Umsetzung von SAICM über 2020 hinaus zu schaffen. Angesichts des Engagements Indiens für die SDGs und der Bedeutung eines soliden Chemikalienmanagements ist es für das Land der richtige Zeitpunkt, einen umfassenden Ansatz für das Chemikalienmanagement zu entwickeln, um die negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu minimieren und die gesetzten Ziele der SDGs zu erreichen.

Piyush Mohapatra

Der Autor leitet das Chemie- und Gesundheitsprogramm der indischen NGO Toxics Link.

Aus dem Englischen von Lina Gerstmeyer.

1 http://ficci.in/spdocument/23036/Knowledge%20paper-India%20Chem%202018-ficci.pdf.

2 http://www.lexpress.in/environment/right-clean-healthy-environment-fundamental-right-india.

3 Siehe https://chemicalwatch.com/82666/indian-ngo-calls-for-ban-on-nonylphenol-in-detergents und https://timesofindia.indiatimes.com/city/delhi/ngt-seeks-report-on-e-waste-units/articleshow/71714415.cms.

4 http://www.saicm.org/Implementation/EmergingPolicyIssues.

5 https://www.indianchemicalcouncil.com/responsible_care.htm.

HOCHGEFÄHRLICHE PESTIZIDE IM FOKUS VON SAICM

Über die Notwendigkeit, hochgefährliche Pestizide durch agrarökologische Maßnahmen zu ersetzen

Pestizide sind Substanzen, die designt wurden, um unerwünschte Organismen zu schädigen oder abzutöten. Als einzige Chemikaliengruppe werden sie gezielt in großen Mengen in die Umwelt ausgebracht. Längst lassen sich Pestizide überall auf der Welt in Böden, Gewässern und selbst im Menschen nachweisen. Besonders problematisch sind die sogenannten „Highly hazardous Pestizides (HHPs)" – zu Deutsch „sehr gefährliche" beziehunggsweise „hochgefährliche" Pestizide, insbesondere, wenn diese unter Armutsbedingungen angewandt werden. Das internationale Chemikalienmanagement SAICM (Strategic Approach to International Chemicals Amanagement) hat HHPs und die mit ihnen verbundene Gefährdung von Menschen und ihrer Umwelt als ein globales Problem anerkannt und benennt Lösungswege: Der Ersatz von HHPs soll durch agrarökologische Maßnahmen erfolgen. Jetzt gilt es, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Obgleich das Problem von Pestizidvergiftungen seit Jahrzehnten bekannt ist, gibt es hierüber keine aktuelle Statistik. Basierend auf den letzten offiziellen Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 1990 muss von derzeit schätzungsweise 41 Millionen Pestizidvergiftungen jährlich ausgegangen werden. Wie viele davon tödlich enden und wie viele Menschen an Langzeitfolgen wie Krebs, Fruchtbarkeitsstörungen, neurologische Erkrankungen und Hormonstörungen leiden oder daran sterben, ist nicht oder nur lückenhaft dokumentiert. Auch gibt es nur wenige Informationen über pestizidbedingte Veränderungen von Ökosystemen und darüber, was es für nachfolgende Generationen bedeutet, in einer pestizidbelasteten Umwelt aufzuwachsen. Durch neueste Daten der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) ist hingegen belegt, dass weltweit ein Fünftel aller Suizide mit Pestiziden verübt werden und seit 1960 schätzungsweise 15 Millionen Menschen durch Selbsttötung mit Pestiziden gestorben sind. Bekannt ist auch, dass ein Verbot von HHPs nachweislich die Anzahl an Selbsttötungen reduziert. Ein Beispiel hierzu kommt aus Sri Lanka. Dort haben Pestizid-Verbote dazu beigetragen, dass es zwischen 1995 und 2015 93.000 weniger Selbstmordopfer gab.

Besonders gefährdet: Länder des globalen Südens

Insbesondere in Ländern, in denen ein soziales, ökologisches und arbeitsrechtliches Schutzsystem nur schwach ausgebildet ist, sind die Anwendung, Lagerung und Entsorgung von Pestiziden mit erheblichen Risiken verbunden. Obgleich in Entwicklungsländern lediglich rund 25 Prozent der globalen Pestizidmenge eingesetzt wird, ereignen sich dort nach Aussage der WHO 99 Prozent aller tödlichen Pestizid-Vergiftungsfälle. Jüngste Befragungen in sieben asiatischen Ländern durch die Welternährungsorganisation (Food and Agricultural Organization, FAO), das Pesticides Action Network und der Hanoi National University zeigen, dass dort 70 Prozent der PestizidanwenderInnen in ländlichen Gebieten unter akuten Pestizidvergiftungen leiden.[1] Zu den Vergiftungen kam es u. a. durch HHPs wie Paraquat, Lambda-Cyhalothrin, Chlorpyrifos und Glyphosat. Ähnlich hohe Vergiftungszahlen werden aus Lateinamerika berichtet. Das brasilianische Gesundheitsministerium meldete 15.018 Fälle von Pestizidvergiftungen in 2018, geht aber von einer tatsächlich viel höheren Zahl aus. Auch in den Industriestaaten kommt es zu akuten Vergiftungen und chronische Erkrankungen durch Pestizide.

© no one cares/Unsplash

Monokulturen und der exzessive Einsatz von Pestiziden gehen oft Hand in Hand.

Außerdem tragen umweltgefährliche Pestizide zur Verunreinigung von Gewässern und Böden und zum Verlust der Artenvielfalt bei.

Krebserregend? Fruchtbarkeitsschädigend? Umweltgefährdend?

Nach FAO/WHO sind Pestizide dann „hochgefährlich", wenn sie ein besonders hohes Potenzial haben, akute oder chronische Gefahren für Gesundheit und Umwelt mit sich zu bringen. Die PAN International List of Highly Hazardous Pesticides basiert auf den FAO/WHO-Kriterien und konkretisiert beziehungsweise erweitert diese.[2] Die Liste ermöglicht es Ländern, Kommunen, Anbauorganisationen und anderen Beteiligten, HHPs zu identifizieren und bildet eine Grundlage für deren schrittweises Verbot beziehungsweise deren Ersatz durch umwelt- und sozialverträgliche Alternativen. Derzeit sind in der PAN HHP-Liste 310 Pestizidwirkstoffe als hochgefährlich gelistet. Das ist ein Drittel der rund 1.000 weltweit angewandten Pestizidwirkstoffe. Nur 34 davon sind derzeit international durch verbindliche Übereinkommen im Handel strenger reguliert oder gänzlich verboten. Dies zeigt einen Mangel an verpflichtenden Regelungen und verdeutlicht zudem die Verantwortung des internationalen Chemikalienmanagements, zu Lösungen des weltweiten Pestizidproblems beizutragen.

Menschenrechtsverletzungen, Krankheit und vergiftete Umwelt – Das Leid hinter den Zahlen

Hilal Elver, die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung stellte in ihrem Bericht 2017 klar, dass gefährliche Pestizide katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und Gesellschaften haben und dass für bestimmte Gruppen ein erhöhtes Risiko für Menschenrechtsverletzungen vorläge. Wie richtig sie damit liegt, verdeutlichte im August das Urteil des UN-Menschenrechtsausschusses. Er machte Paraguay für Menschenrechtsverletzungen durch die großflächige Besprühung von Sojafeldern mit Pestiziden verantwortlich. Hierdurch erlitt die Bevölkerung, einschließlich dort lebender Kinder, Vergiftungen. Wasserressourcen und Grundwasserleiter wurden so verunreinigt, dass sie nicht mehr genutzt werden konnten, Böden und Lebensmitten wurden kontaminiert und es kam zum Verlust von Obstbäumen und zu Ernteausfällen.[3]

Doppelstandards im Pestizid-Handel tragen zum Leid bei

Es ist allgemein bekannt, dass in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen Millionen von BäuerInnen und LandarbeiterInnen Pestizide ohne Schutzkleidung versprühen, weil das Klima zu heiß, die Schutzkleidung zu teuer oder nicht zu bekommen ist. Bekannt ist auch, dass Pestizide dort oft im Wohnhaus gelagert und die vermeintlich leeren Pestizid-Verpackungen wegen fehlender Rücknahmesysteme einfach in die Natur entsorgt werden, wo sie Böden und Gewässer verunreinigen. Dennoch ist es gängige Praxis, dass Länder und Regionen wie die Europäische Union (EU) oder die Schweiz hochgefährliche Pestizide exportieren, die aufgrund ihrer besonderen Gefährlichkeit hier längst verboten sind. Diese Doppelstandards im Pestizidhandel stehen international zunehmend in der Kritik. PAN Germany zeigte in seinem jüngsten Report ‚Giftige Exporte', dass Firmen aus Deutschland im Jahr 2017 insgesamt 62 HHPs exportiert haben, von denen neun in der EU keine Genehmigung (mehr) hatten.[4] Darunter waren bis zu 10.000 Tonnen des hochgefährlichen Wachstumsregulators Cyanamid, der in der EU schon seit 2008 aufgrund der Gefährdung von AnwenderInnen verboten ist. Cyanamid ist giftig beim Verschlucken, gesundheitsschädlich bei Hautkontakt, kann schwere Augenschäden, allergische Hautreaktionen und Atemnot hervorrufen und hatte in der EU zu erheblichen Vergiftungen bei italienischen Weinbauern und -bäuerinnen geführt. Die EU und die US-amerikanische Zulassungsbehörde EPA stuften den Wirkstoff zudem als möglicherweise krebserregend beim Menschen ein. Doch ungeachtet dessen werden mit dem Export von Cyanamid gute Geschäfte gemacht und das ganz legal. Noch gibt es weder in Deutschland noch EU-weit ein Gesetz, das Doppelstandards im Pestizidhandel verbietet.

Was muss sich ändern?

Sicher ist: Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung von 2015 können nicht erreicht werden, wenn der Einsatz hochgefährlicher Pestizide in der Landwirtschaft so weitergeht. Schon im Gründungsdokument für den Strategischen Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management, SAICM; vgl. Seite 2) wurde 2006 auf die Pestizidproblematik verwiesen und gefordert, dass Maßnahmen ergriffen werden, um hochtoxische Pestizide schrittweise aus dem Verkehr zu ziehen. Dabei hat SAICM das Engagement aller im Prozess Beteiligten eingefordert und auf der vierten Internationalen Chemikalienmanagement-Konferenz 2015 den Ersatz von HHPs durch agroökologische Praktiken gefordert. Derzeit wird an der neuen Rahmenvereinbarung für ein SAICM-Folgeabkommen gearbeitet. Ein solches ‚SAICM Beyond 2020' wird daran gemessen, wie erfolgreich es dazu beiträgt, die Anzahl und das Ausmaß von Pestizidvergiftungen und Umweltkontaminationen zukünftig zu reduzieren.

Susan Haffmans

Die Autorin ist Referentin beim Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) und Mitglied im Leitungsgremium von PAN International.

1 PAN Asia Pacific (2018): Of Rights and Poisons: Accountability of the Agrochemical Industry. Penang. https://panap.net/2018/10/of-rights-and-poisons-accountability-of-the-agrochemical-industry/.

2 FAO/WHO (2016): International Code of Conduct on Pesticide Management. Guidelines on Highly Hazardous Pesticides. Rom/Genf. http://www.fao.org/3/a-i5566e.pdf.

3 https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24890&LangID=E.

4 PAN Germany (2019): Giftige Exporte. Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide von Deutschland in die Welt. Hamburg. https://pan-germany.org/download/giftige-exporte-ausfuhr-hochgefaehrlicher-pestizide-von-deutschland-in-die-welt/.

GIFT IM KINDERZIMMER?

HerstellerInnen und EinzelhändlerInnen schützen die VerbraucherInnen nicht vor giftigen Chemikalien in Alltagsprodukten. Kinder sind am meisten gefährdet.

Kinder sind ganz verrückt nach quietschbuntem Plastikspielzeug, Springseilen und Bällen. Wir können uns das Leben unserer Kinder ohne eine Badeente, eine Plastikpuppe oder einen Metallbaukasten kaum vorstellen. Diese Spielsachen können unsere Kinder stundenlang beschäftigen, ihnen beim Lernen helfen oder sie einfach glücklich machen. Aber zu welchem Preis? Kinderprodukte können gefährlich sein und mehr schaden als nutzen. Toxische Flammschutzmittel, Schwermetalle, Weichmacher, Bisphenol A und zahlreiche andere gefährliche Chemikalien sind immer wieder in Konsumgütern zu finden, darunter Kinderspielzeug, das in verschiedenen Ländern und Regionen auf dem Markt ist.

Eine vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen bestätigt, dass Kinder gefährlichen Chemikalien besonders schutzlos gegenüberstehen. Die Belastung durch giftige Chemikalien in der Frühphase des Lebens kann den Organismus von Kindern negativ beeinflussen und ihre Gesundheit durch lebensbedrohliche Krankheiten und Funktionsstörungen beeinträchtigen.

Sowohl in Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern sind Kinder gefährlichen Chemikalien ausgesetzt. Laut eines Berichts der Europäischen Kommission über das Schnellwarnsystem der Europäischen Union (EU) für gefährliche Produkte (Safety Gate) machten mit Chemikalien verbundene Risiken 25 Prozent aller Meldungen im Jahr 2018 aus. Spielzeug gehörte zu den fünf am häufigsten gemeldeten Produkten, während Chemikalien zu den fünf am häufigsten gemeldeten Risiken gehörten. Im Jahr 2018 wiesen mehrere neue Warnmeldungen auf zusammendrückbares Spielzeug als Quelle toxischer Chemikalien hin.

Im Jahr 2018 untersuchten fünf Länder aus verschiedenen Regionen, namentlich Serbien, Weißrussland, Armenien, Nepal und die Philippinen, Spielzeuge auf das Vorhandensein verbotener oder nur beschränkt zugelassener Weichmacher, sogenannter Phthalate. Mehr als 50 Prozent der in Serbien, Weißrussland und Armenien getesteten Proben enthielten erhöhte Phthalatwerte, die gegen die EU-Vorschriften und die nationale Gesetzgebung in diesen Ländern verstoßen. Alle Spielzeugproben, die in Nepal untersucht wurden, enthielten mehrere Phthalate, die in vielen Ländern – einschließlich der USA und der EU – verboten sind. Ihre Konzentration lag dabei über dem durch den US Consumer Product Safety Improvement Act (CPSIA) festgelegten Grenzwert von 0,1 Prozent. Die gesetzlichen Grenzwerte für drei Phthalate wurden auch von 40 Prozent der philippinischen Proben überschritten.

Giftige Zusatzstoffe

Spielzeug mit hohen Phthalatwerten ist ein ernsthaftes Problem. Phthalate sind – wie eine ganze Reihe von Chemikalien – bekannte endokrine Disruptoren (vgl. Seite 16) und können durch Hitze, intensiven Kontakt und längere Lagerung aus einem Produkt freigesetzt werden. Endokrine Disruptoren führen zu Entwicklungsstörungen und haben negative neurologische und immunologische Auswirkungen auf Mensch und Tier. Phthalate können Unfruchtbarkeit verursachen und werden mit Adipositas (Fettleibigkeit) im Kindesalter, Asthma, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und sogar Krebs in Verbindung gebracht.[1]

ForscherInnen glauben, dass diese Chemikalien für Kinder im Wachstum besonders schädlich sind. Phthalate werden verwendet, um die Stabilität von Kunststoffen zu erhalten und gleichzeitig deren Flexibilität zu erhöhen. Beim Spielen, insbesondere durch Kauen und Saugen, lösen sie sich aus den fertigen Produkten.[2] Phthalate kommen in Beißringen, Schnullern und zusammendrückbarem Kunststoffspielzeug vor. Sie werden auch häufig in flexiblen Polyvinylchlorid-Kunststoffen (PVC) und in Haushaltsprodukten wie Vinylböden, Klebstoffen, Waschmitteln, Schmierölen, Automobilteilen, Kunststoffbekleidung wie Regenmänteln und Körperpflegeprodukten wie Seife, Shampoo, Haarspray und Nagellack verwendet.[3]

Kinderprodukte aus recyceltem Kunststoff können toxische Flammschutzmittel enthalten. Diese gehö-

© Tanaphong Toochinda/ Unsplash

Bällebad, Quietscheentchen, Telefon, Puppe – Kinderspielzeuge aus Plastik enthalten häufig gefährliche Zusatzstoffe.

ren aufgrund ihrer Beständigkeit in der Umwelt zu den 28 gefährlichsten Chemikalien der Welt. Sie fanden sich in den Gehäusen und Kabelummantelungen alter Elektronikgeräte und tauchten in Polystyrolschaumstoffen und Kunststoffen für Elektronik und Autos auf. Diese Chemikalien sind nicht für die Verwendung in Spielzeug bestimmt, aber eine aktuelle Studie des International POPs Elimination Network (IPEN) hat in 86 Prozent der getesteten Produkte toxische Flammschutzmittel identifiziert.[4] Die höchsten Konzentrationen wurden in Kinderspielzeug gefunden, gefolgt von Haarschmuck und Küchenutensilien.

Auf keinem dieser Produkte wurde das Vorhandensein toxischer Chemikalien deklariert. Obwohl die von ihnen ausgehenden Gesundheitsrisiken bekannt sind, wissen VerbraucherInnen nicht, dass sie kontaminierte Produkte für ihre Kinder kaufen. Tatsächlich wies keine der getesteten Spielzeugproben, die giftige Chemikalien enthielten, auf dem Etikett auf diese hin. Es fanden sich keine Warnhinweise oder Warnsymbole zur Information oder Vorwarnung von KäuferInnen und NutzerInnen.

Ein globaler Ansatz für Chemikalien in Produkten

Wissen und Informationen über Chemikalien in Produkten sind von grundlegender Bedeutung für die Risikominderung und das Chemikalienmanagement während des gesamten Produktlebenszyklus. Dies wurde von Regierungen und anderen Interessengruppen im Jahr 2015 mit der Verabschiedung des Chemicals in Products-Programms (CiP) durch die Internationale Konferenz zum Chemikalienmanagement als Teil des Prozesses des Strategischen Konzepts für ein internationales Chemikalienmanagement (SAICM) (siehe Seite 2) anerkannt. Dem Programm zufolge sollten die Informationen während des gesamten Produktlebenszyklus transparent, verfügbar, zugänglich, benutzerfreundlich, angemessen und den Bedürfnissen aller Beteiligten innerhalb und außerhalb der Lieferkette entsprechend sein.

Das CiP-Programm empfiehlt, zumindest regulierte Chemikalien in den betreffenden Produkten zu identifizieren. In der Praxis wurde jedoch keine der giftigen, in getestetem Spielzeug enthaltenen Chemikalien auf Produktetiketten oder Verpackungen angegeben, obwohl es entsprechende nationale Regelungen gibt. Dadurch werden VerbraucherInnen über die potenziellen Gefahren der von ihnen gekauften Produkte im Unklaren gelassen.

Chemikalien in Produkten sind ein wichtiges Querschnittsthema, an dem ein breites Spektrum von Interessengruppen innerhalb und außerhalb der Wertschöpfungskette beteiligt ist. Zu besonders durch Chemikalien gefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören Kinder und Schwangere sowie ArbeitnehmerInnen, die toxischen Chemikalien ausgesetzt sind und daher eine inakzeptable Last von Krankheiten und Leiden tragen. Das Bewusstsein der BürgerInnen und VerbraucherInnen für Chemikalien in Produkten kann ein starker Treiber für die Schaffung von Märkten für sauberere Produkte sein. Dies würde effektiv zu saubereren Prozessen entlang der gesamten Wertschöpfungskette führen.

Graue oder informelle Märkte sowie Online-Shops, die weltweit eine große Präsenz haben, sind eine ernstzunehmende Quelle der Belastung durch giftige Chemikalien. Produkte, die auf solchen Märkten verkauft werden, werden durch das CiP-Programm nicht angemessen erfasst, was eine große Gefahrenquelle für die VerbraucherInnen darstellt.

Keine Daten – kein Markt!

Die Informationen über Chemikalien in Produkten sollten ausreichen, um die Risiken, die für die menschliche Gesundheit und die Umwelt während des gesamten Lebenszyklus von Produkten auftreten können, vollständig zu verstehen und fundierte Entscheidungen zu treffen. Die derzeitigen Bemühungen und Mittel zur Bereitstellung von Informationen über bedenkliche Chemikalien in Produkten sind jedoch unzureichend. „Keine Daten – kein Markt“ sollte das Ziel für die gesamte Lieferkette sein, einschließlich der Informationen für die VerbraucherInnen.

Da Chemikalien in Produkten ein Querschnittsthema für viele Aspekte der Arbeit mit Chemikalien und Abfällen sind, ist eine gemeinsame Liste von bedenklichen Chemikalien, die in Erzeugnissen verschiedener Sektoren auftreten, erforderlich. Ihre Gesundheits- und Umweltauswirkungen sollten benannt und alle gesundheitsgefährdenden Stoffe verbindlich aufgeführt werden. Ein besonderer Fokus sollte dabei auf Produkten für Kinder liegen.

Es sollte ein globales Informationssystem oder ein Rahmenwerk von Systemen entwickelt werden, um die dringend notwendige bessere Verfügbarkeit und den Zugang zu Informationen über Chemikalien in Produkten zu gewährleisten. Ziel muss es sein, die Bereitstellung, Verfügbarkeit und den Zugang zu Informationen über Chemikalien in Produkten unter Beteiligung aller Interessengruppen zu erleichtern. Dieses Rahmenwerk sollte eine Bestimmung enthalten, die sicherstellt, dass Informationen über gesundheitliche Auswirkungen niemals vertraulich sein können. Die Schaffung eines harmonisierten Rahmenwerks sollte nicht zu einer Herabstufung bestehender Gesundheits- oder Umweltnormen führen und die Entwicklung nationaler Rechtsvorschriften in Ländern fördern, die über keine oder nur unzureichende Bestimmungen verfügen.

Eine breit angelegte internationale Kampagne ist erforderlich, um das Verständnis der VerbraucherInnen in diesem Bereich zu verbessern, die Nachfrage nach sauberen Produkten zu erhöhen und die VerbraucherInnen zu einer treibenden Kraft des gesamten CiP-Prozesses zu machen.

Olga Speranskaya

Die Autorin ist Co-Direktorin von HEJSupport. Sie ist außerdem die von IPEN ernannte NGO-Vertreterin in der SAICM Chemicals in Products Steering Group.

Aus dem Englischen von Lina Gerstmeyer.

---

1 https://www.ncbi.nlm.nih.gov/m/pubmed/27692877/.

2 https://www.parentmap.com/article/toxic-toys.

3 https://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=102556613.

4 IPEN bringt führende öffentliche Interessengruppen zusammen, die sich mit Umwelt- und Gesundheitsfragen in über 100 Ländern befassen, um international Maßnahmen zu ergreifen, welche die Verwendung gesundheitsgefährdender und toxischer Chemikalien minimieren und, wenn möglich, beseitigen. www.ipen.org.

© Cristian Palmer/Unsplash

Immer mit dabei, niemals verträglich: Plastik flutet unseren Alltag und bedroht die ökologische Balance des Planeten.

MEHR ALS NUR EIN ÄSTHETISCHES PROBLEM

Plastik: Symbol für zu viel Chemie

Fast alle Gegenstände in unserem Alltag enthalten Kunststoffe, einige bestehen sogar nur daraus. Diese Plastikwelt hat Schattenseiten: Ob im Mikro- oder Makrozustand – Plastik bedroht aufgrund seiner Langlebigkeit und seiner giftigen Zusatzstoffe die ökologische Balance des Planeten.

Kunststoffe in der Umwelt waren oder sind für viele nur ein ästhetisches Problem. Flaschen, Tüten und andere Plastikteile verschmutzen Straßen, Parkanlagen, Strände oder Wälder. Dass dies kein rein lokales Problem mehr ist, zeigten die Bilder der Plastikstrudel in den Ozeanen. Nicht nur das: Viele Kunststoffe enthalten giftige Zusatzstoffe, die entweichen und die Umwelt belasten. Heute findet man Plastik – groß oder klein – überall, im Meer, in Flüssen und Seen, in Böden, in Komposten und im Klärschlamm wie auch in Menschen und Tieren. Das gilt auch für die Zusatzstoffe, die regelmäßig im Blut etwa von Kindern nachgewiesen werden.

Kunststoffe sind Massenware. Chemiefirmen weltweit stellen jährlich mehr als 400 Millionen Tonnen davon her. Tendenz? Wohl steigend! Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) schätzt, dass sich der Umsatz der Chemiefirmen weltweit von 2017 bis 2030 verdoppeln wird – auf jährlich zehn Billionen Dollar – eine zehn mit zwölf Nullen. Einen Großteil davon werden diese Firmen auch mit der steigenden Plastikproduktion verdienen.

Auch die Plastikmüllberge sind hoch. Auf alle BundesbürgerInnen entfallen jährlich rund 40 Kilo allein an Plastikverpackungsabfall. In der Europäischen Union (EU) sind es jedes Jahr rund 25 Millionen Tonnen an Plastikabfall aller Art. Davon wird weniger als ein Drittel stofflich recycelt. Ein großer Anteil des gesammelten Plastiks wird stattdessen ausgeführt – früher in großen Mengen nach China. Seit das Land Anfang 2018 einen faktischen Importstopp eingeführt hat, gelangt dieser Abfall in andere Länder des Ostens und Südens zur „Wiederverwertung“.

Gute Werkstoffe …

Chemiefirmen stellen Plastik beziehungsweise Kunststoffe meist aus Erdöl her. Der Siegeszug dieser Stoffe liegt in deren Vielfalt und Variabilität begründet. Einige Beispiele: Polyethylen mit niedriger Dichte (LDPE) ist zäh, flexibel und transparent und wird für Folien eingesetzt. Aus Polyethylen mit hoher Dichte (HDPE) bestehen Rohre. Aus Polyethylenterephthalat (PET), das weder Gase noch Flüssigkeiten durchlässt, werden Getränkeflaschen. Polypropylen (PP) hat einen hohen Schmelzpunkt, was den Kunststoff für heiße Flüssigkeiten attraktiv macht. Polystyrol (PS) kann starr, spröde, klar oder geschäumt sein und findet sich in Schutzverpackungen, Dämmstoffe und Lebensmittelbehältern wieder. Aus Polyvinylchlorid (PVC) werden starre oder flexible Verpackungen, aus denen weder Sauerstoff noch Wasser austreten können. Hartes PVC wird etwa für Fensterrahmen benutzt, weicheres PVC für Fußbodenbeläge und ganz weiches beispielweise für Planschbecken.

Um den Kraftstoffverbrauch von Autos, Schiffen oder auch Flugzeugen zu senken, werden zunehmend „faserverstärkte Kunststoffe“ eingesetzt. Natürlich nutzen Unternehmen diese Kunststoffe auch als Verpackungsmaterial etwa für Lebensmittel oder

stellen daraus Möbel, Spielzeug und viele Einwegartikel her.

… mit giftigen Zusätzen

Kaum ein Plastikprodukt besteht nur aus seinen Grundstoffen. Zugemischte Substanzen sorgen für die gewünschten Eigenschaften. Es gibt Farbpigmente, Weichmacher, Antioxidantien, UV-Stabilisatoren oder Flammschutzmittel. Bromierte Substanzen dienten lange Zeit als Flammhemmer in Elektrogeräten und Möbeln und sind bis heute in etwa in der Muttermilch nachweisbar. Mit langlebigen fluorierten Verbindungen werden Outdoor-Jacken imprägniert. Weichmacher verwandeln sprödes Polyvinylchlorid (PVC) in weiches Material für Planschbecken oder Fußbodenbeläge. Durchschnittlich enthalten Plastikprodukte rund 7 Prozent an solchen Zusatzstoffen. Besonders viele Zusatzstoffen enthält Weich-PVC: Bälle aus diesem Stoff können zu mehr als der Hälfte aus Weichmachern bestehen.

Viele dieser Zusatzstoffe sind gesundheits- oder umweltschädlich. Und weil sie nicht fest im Plastik eingebunden sind, entweichen sie mit der Zeit und reichern sich in der Umwelt und in Lebewesen an.

Klein und gefährlich

Auch Mikroplastik hat es in sich, also alle Plastikteilchen, die kleiner als fünf Mikrometer sind. Es wird zwischen primärem und sekundärem Mikroplastik unterschieden. Von „primären" Partikeln spricht man, wenn diese bei Eintritt in die Umwelt bereits so klein sind, von „sekundärem", wenn größere Kunststoffteile im Verwitterungsprozess etwa durch Wellenbewegung oder Sonneneinstrahlung zerfallen.

Primäres Mikroplastik wird in Kosmetika und Körperpflegemittel eingesetzt wie auch in Düngemitteln, Pestiziden und Wasch- und Reinigungsmitteln, damit Nähr-, Wirk- oder Duftstoffe kontrolliert abgegeben werden können. Als primäre Mikropartikel gelten auch jene, die beim Abrieb von Autoreifen entstehen oder als Fasern aus synthetischen Textilien beim Waschen ins Abwasser gelangen.

Und: Je kleiner die Kunststoffpartikel sind, umso leichter können Tiere sie aufnehmen: entweder passiv durch Filtration oder dadurch, dass sie Kunststoffpartikel mit Nahrung verwechseln oder andere Tiere fressen, die bereits Kunststoffe im Körper haben. Dies kann zu Entzündungsreaktionen führen bis hin zu inneren Verletzungen und Tod. Weil viele Schadstoffe auch dazu neigen, sich an kleine Partikel zu heften, gelangen auch diese mit den winzigen Plastikteilchen in lebende Organismen.

Wider die Plastikflut

Plastik ist allgegenwärtig. Gegen überflüssiges Plastik wie Einweg- und Billigware und Plastik mit problematischen Zusatzstoffen gibt es keine universelle Wunderwaffe. Es braucht viele Initiativen und einen ganzheitlichen Ansatz, um die Nachfrage nach und damit auch die Produktion von Kunststoffen zu verringern. Dies würde Energie und Rohstoffe einsparen und wäre gleichzeitig ein Schritt weg vom Glauben an das „ewige Wachstum".

Hier gibt es bereits eine Reihe von Ansätzen. Ein Beispiel: Familien oder kleine Gruppen versuchen immer wieder medienwirksam oder privat, eine Zeitlang ohne Kunststoffe auszukommen. „Suffizienz" ist hier ein Schlagwort: Weniger verbrauchen und dabei gut leben!

Ein zweites Beispiel: 2002 wurde die ‚Zero Waste International Alliance' (ZWIA) gegründet, eine Bewegung gegen die Müllflut. Mehr als 400 Städte und Gemeinden in Europa sind dabei, als Zero-Waste-Städte entsprechende Strategien umzusetzen. Einwegprodukte sollen abgeschafft, alternative Vertriebssysteme gefördert und Interesse für einen abfallfreien Lebensstil geweckt werden. Die erste Stadt in der EU, die eine solche Strategie entwickelte, war Capannori in der Toskana. 2007 gab die Gemeinde das Ziel aus, von 2020 an möglichst keinen Müll mehr zu erzeugen. Es gibt getrennte Sammelsysteme. Wirtschaftliche Anreize helfen, Müll an der Quelle zu vermeiden. Geschäfte haben eröffnet, die regionale Produkte ohne Verpackung verkaufen. Es gibt öffentliche Trinkbrunnen, die es überflüssig machen, Wasser in Plastikflaschen zu kaufen. In einer Wiederverwertungsstation können BürgerInnen Kleidung, Schuhe oder Spielzeug abgeben. Dort werden diese repariert und an Menschen mit geringem Einkommen weiterverkauft. Waschbare Windeln werden bezuschusst.

Gesetze von oben

Auch die Politik reagiert. So hat die EU-Kommission Anfang 2018 in einer Plastikstrategie Wege aufgezeigt, die Umweltbelastung durch Kunststoffe zu senken. Die EU-Staaten und das EU-Parlament haben im Sommer 2019 diese Strategie mit einem Maßnahmenpaket angenommen. Es gibt unter anderem höhere Recyclingquoten, eine „erweiterte Herstellerverantwortung" – das heißt, Hersteller etwa von Plastikflaschen, Luftballons oder Zigaretten müssen sich an den Kosten, Plastikabfälle aus Parks oder Grünstreifen zu entfernen, beteiligen – sowie von 2021 an Verbote von Trinkhalmen, Wattestäbchen, Einweggeschirr und anderen Einwegprodukten aus Plastik. Ob diese Vorgaben den Eintrag von Plastik in die Umwelt drastisch senken, wird sich zeigen. Auch Mikroplastik geht die EU an. Es wird ein Gesetz vorbereitet, das die bewusste Verwendung solcher kleinen Partikel weitgehend verbieten soll.

Die bisherigen Pläne der EU gehen in die richtige Richtung, werden aber nicht ausreichen. Fachleute des Fraunhofer-Instituts Umsicht in Oberhausen schätzen, dass eine Reduktion der Kunststoffeinträge in die Umwelt um den Faktor 27 notwendig ist, um weitere Schäden abzuwenden. Dazu braucht es Verbote, Pfand- und Abgaberegelungen sowie ein hochwertiges Recycling mit verbesserten Sammel- und Sortiersystemen und – wo möglich – einen Verzicht auf Kunststoffe aus mehreren Komponenten. Denn bei diesen Verbundkunststoffen sind mehrere Kunststoffe quasi miteinander verklebt, lassen sich nicht voneinander trennen und lassen sich damit nicht wiederverwerten.

Auch in anderen Regionen der Welt wird über das Eindämmen der Plastikflut gesprochen. Auch die Vereinten Nationen hat das Thema erreicht: Im weltweiten Diskussionsprozess um Chemikaliensicherheit fordern Umweltverbände und viele Staaten eine Arbeitsgruppe zu ‚Plastik in der Umwelt'.

Ralph Ahrens

Der Autor ist beim BUND zuständig für Internationale Chemikalienpolitik

HORMONELL SCHÄDLICHE CHEMIKALIEN

Eine Gefahr für Mensch und Umwelt

Endokrine Disruptoren (EDs) sind körperfremde Substanzen, die bei Menschen und Tieren wie Hormone wirken, den Hormonhaushalt stören und in der Konsequenz Entwicklungs- und Gesundheitsstörungen auslösen oder verstärken können. Chemikalien mit dieser besonderen und gefährlichen Eigenschaft werden kurz als EDCs (Endocrine Disrupting Chemicals) oder Hormongifte bezeichnet. Nur wenige EDCs wurden bisher verboten. Es bleibt deshalb noch viel zu tun für die Politik – auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

Die Öffentlichkeit wurde zuerst auf die globalen Auswirkungen sehr langlebiger EDCs aufmerksam. Dazu gehören die polychlorierten Biphenyle (PCBs), die Unfruchtbarkeit und Zwitterbildung bei Eisbären verursachen oder die Auswirkungen des Biozids Tributylzinn (TBT), das gegen den Bewuchs an Schiffrümpfen eingesetzt und entlang der internationalen Schifffahrtsrouten kontinuierlich in die Meeresumwelt freigesetzt wurde. Selbst bei niedrigsten TBT-Konzentrationen im Nanogrammbereich bildeten weibliche Meeresschnecken Penisse aus, ein als „Imposex" beschriebener Effekt. Mittlerweile sind diese beiden Stoffe aufgrund ihrer globalen Schäden über internationale Vereinbarungen verboten.

Die genannten Stoffbeispiele bilden aber nur die Spitze des Eisbergs. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) im Jahr 2012 einen wissenschaftlichen Bericht zu EDCs und deren Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen veröffentlicht und betiteln EDCs als eine „globale Bedrohung". Der Bericht spricht von rund 800 Chemikalien mit endokriner Wirkung.[1]

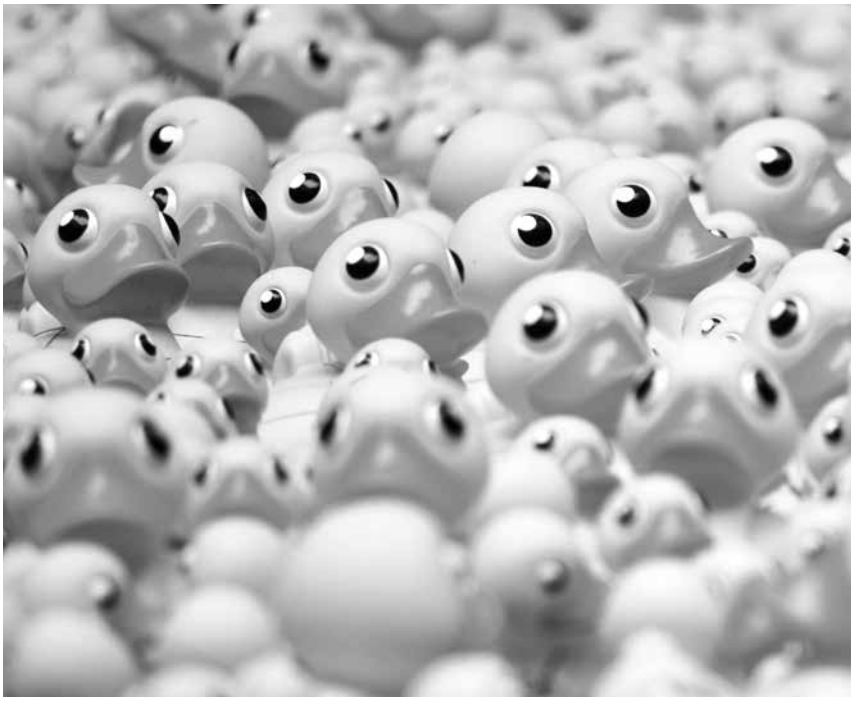
Eine allgegenwärtige globale Bedrohung

Das Problem ist besonders brisant, weil EDCs fast überall vorkommen – beispielsweise in vielen Alltagsprodukten, konventionellen Lebensmitteln und Lebensmittelverpackungen, Wasser, Innenraumluft – und bereits in sehr geringen Konzentrationen bei Menschen und Tieren körpereigene Hormone wie Sexualhormone oder Schilddrüsenhormone blockieren oder diese imitieren können. Das bedeutet, dass nicht nur Personen gefährdet sind, die beruflich mit Chemikalien oder Pestiziden umgehen, sondern potentiell alle diesem Risiko ausgesetzt sind.

Besonders in sehr empfindlichen Entwicklungsphasen während der fötalen Entwicklung bis hin zur Pubertät können EDCs wichtige Abläufe wie die Organ- oder Gehirnentwicklung stören. Die Folgen werden oft erst viel später im Leben sichtbar und können sogar generationenübergreifend sein – eine schleichende Gefahr für Bevölkerung und Umwelt. Daher sind der Schutz und die Aufklärung von Schwangeren besonders wichtig.

Laut dem WHO/UNEP-Bericht und der Internationalen Endokrinen Gesellschaft[2] werden EDCs unter anderem mit folgenden Krankheiten in Zusammenhang gebracht: Diabetes, Übergewicht, männliche und weibliche Fortpflanzungsstörungen, Unfruchtbarkeit, Brustkrebs, Hodenkrebs, Schilddrüsenkrebs, Herzprobleme, Asthma, neurologische Störungen sowie ADHS. Die Zunahme dieser Krankheiten kann nicht allein genetisch erklärt werden. Unter WissenschaftlerInnen herrscht weitgehend Einigkeit, dass die Exposition gegenüber EDCs bei der Entwicklung dieser Erkrankungen eine Rolle spielt.

Besonders bekannte und weit verbreitete EDCs sind z. B. Bisphenol A (BPA) und die Weichmacher (Phthalate) in Kunststoffen, aber auch bestimmte Pestizide und Biozide. Untersuchungen der Körperbelastung durch Schadstoffe zeigen, dass fast



© Andrew Wulf/Unsplash

Weichmacher sind eine Quelle endokriner Disruptoren – egal wie süß die Tierchen aussehen, in denen sie enthalten sein können.

in allen Kindern und Erwachsenen EDCs nachgewiesen werden können. Eine Analyse von PAN Europe zu hormonell wirksamen Pestizidrückständen in Lebensmitteln zeigt, dass rund 23 Prozent aller untersuchten Obst- und Gemüseproben in der EU mindestens einen solchen Pestizidrückstand aufweisen und in jeder achten bis neunten Probe mehr als eines der ED-Pestizide nachzuweisen ist.[3]

Hier wird ein weiteres Problem deutlich. Ob in Lebensmitteln oder als Umweltbelastungen, z. B. in Gewässern, EDCs mit denselben Wirkpunkten, z. B. der Störung der Schilddrüsenfunktion, wirken als Gemische und verursachen einen sogenannten Cocktail-Effekt. Die Regulierung einzelner weniger EDCs ist deshalb nicht ausreichend, um das Problem in den Griff zu bekommen. Chemikalien mit endokrinschädlichen Eigenschaften sollten deshalb zukünftig gar nicht mehr von der chemischen Industrie entwickelt und vermarktet werden dürfen. Voraussetzung dafür ist die Berücksichtigung von EDCs in allen chemikalienbezogenen Gesetzgebungen.

SAICM erfüllt Aufgaben zu EDCs nur halbherzig

Eine globale Bedrohung braucht eine globale Lösung! Die einzige internationale politische Plattform, die zu EDCs arbeitet, ist der Strategische Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (SAICM, vgl. Seite 2). Das Thema wird dort als „Emerging Policy Issue" von allen Mitgliedsstaaten und Stakeholdern anerkannt. Laut eines Arbeitsplans sollten UNEP, WHO und die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unter anderem eine internationale Kampagne zur Aufklärung, wissenschaftsbasierten Informationsaustausch und Unterstützung für Entwicklungsländer zur Reduzierung von Risiken durch EDCs bereitstellen. Allerdings sind lediglich Flyer und drei Berichte – nach großer Verspätung und unter enormem Lobbydruck – entstanden, die weltweite Initiativen zur Identifizierung von EDCs beschreiben, den Stand der politischen Regulierungen abbilden und einen Überblick zu einzelnen Hormongiften geben, was kaum als „Kampagne" zu bezeichnen ist. Insgesamt ist die Arbeit zu EDCs in SAICM ungenügend und halbherzig. Es ist daher dringend notwendig, nicht erreichte Ziele in einem SAICM-Folgeabkommen weiterzuführen und gegebenenfalls mit größeren Verpflichtungen für die AkteurInnen zu versehen.

Politik reagiert zu zögerlich

Trotz der wissenschaftlichen Kenntnisse um die Gefahren von EDCs tun sich Regierungen schwer, angemessen oder gar gemeinsam zu reagieren. Ein Grund dafür sind wirtschaftliche Interessen der Chemikalien- und Pestizidindustrie. In der Europäischen Union wurde 1999 immerhin eine europäische Gemeinschaftsstrategie zum Umgang mit EDCs initiiert. Im gemeinsamen 7. Umweltaktionsprogramm wurde vereinbart, dass bis 2020 EDCs in allen einschlägigen Rechtsvorschriften der Union angemessen berücksichtigt werden sollen. Außerdem sollten bis 2015 Maßnahmen ergriffen werden, um eine Minimierung der Belastung durch endokrine Disruptoren sicherzustellen. Aus Sicht der Umweltverbände kann von einer engagierten Umsetzung dieser Ziele aber keine Rede sein.

Endokrine Eigenschaften sollen bei der Stoffbewertung von Chemikalien unter dem EU-Chemikalienrecht REACH berücksichtigt werden – sofern Daten dazu vorhanden sind. Bei der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts wurden Verwendungsverbote für solche Pestizide und Biozide festgeschrieben, die endokrinschädliche Eigenschaften haben können. Um diese Rechtsvorgaben umzusetzen, gab es – trotz erheblichem Lobbydruck und um Jahre verspätet – eine politische Einigung über eine Definition und über wissenschaftlich fundierte Kriterien zur Identifizierung von endokrinschädlichen Substanzen in Pestizid- und Biozidprodukten in der EU. Obwohl verbesserungswürdig, mit dem Inkrafttreten dieser Kriterien für diese beiden Gesetzgebungen Jahr 2018 wurde zum ersten Mal – auch international – der Weg für eine systematische Identifizierung und Regulierung für EDCs im Stoffrecht beschritten. Eine im Auftrag des EU-Parlaments 2019 erstellte Studie bietet eine aktuelle Übersicht zur EDC-Problematik und den legislativen Maßnahmen in der EU.[4]

Wie geht es weiter in der EU? Die breite NGO-Allianz ‚EDC-Free Europe' fasste 2018 in einem 8-Punkte-Katalog ihre zentralen Forderungen zum Umgang mit EDCs zusammen, u. a. die dringende Notwendigkeit zur EDC-Regulierung in allen betroffenen Gesetzgebungen wie z. B. auch für Kosmetika und Spielzeug und die Festlegung einer umfassenden Strategie zum Umgang mit EDCs.[5] Die Maßnahmen der EU-Kommission stießen diesbezüglich auf breite Kritik, nicht nur von Seiten der NGOs. Auch das EU-Parlament und der EU-Ministerrat mahnten mit großer Mehrheit ein stärkeres Engagement an.

Und was macht Deutschland? Im Gegensatz zu Frankreich und Belgien hat Deutschland keinen Plan zum Schutz der Umwelt und Gesundheit vor EDCs. Ein nationaler Aktionsplan ist dringend erforderlich, sowie mehr Engagement auf europäischer und internationaler Ebene.

Alexandra Caterbow, Johanna Hausmann und Susanne Smolka

Alexandra Caterbow ist Co-Direktorin von Health and Environment Justice Support (HEJSupport).
Johanna Hausmann ist Senior Policy Advisor und Projektmanagerin für Chemikalien und Gesundheit bei Women Engage for a Common Future (WECF). Susanne Smolka ist Senior Policy Advisor und Projektkoordinatorin für Pestizide und Biozide beim Pestizid Aktions-Netzwerk e. V. (PAN Germany)

1 WHO/UNEP (2012): State of the Science of Endocrine Disrupting Chemicals – Summary for Decision-Makers. Genf/Nairobi. https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/78102/WHO_HSE_PHE_IHE_2013.1_eng.pdf;jsessionid=1F1BB6C7BD5CEF9D107C86A63530F400?sequence=1.

2 https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/26544531.

3 PAN Europe (2017): Endocrine Disrupting Pesticides in European Food. Brüssel. https://www.pan-europe.info/sites/pan-europe.info/files/Report_ED%20pesticides%20in%20EU%20food_PAN%20Europe.pdf.

4 http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/608866/IPOL_STU(2019)608866_EN.pdf.

5 EDC Free Europe (2018): Acht Forderungen für eine EU EDC-Strategie. Brüssel. https://pan-germany.org/download/acht-forderungen-fuer-eine-eu-edc-strategie/.

DAS MENSCHENRECHT AUF EINE GIFTFREIE UMWELT

Die am stärksten marginalisierten Menschen zahlen den höchsten Preis für chemische Verschmutzung

Jedes Jahr erkranken oder sterben weltweit Millionen von Menschen durch Umweltverschmutzung. Bereits 1992 wurde die Rio-Deklaration verabschiedet, in der das Recht auf nachhaltige Entwicklung verankert ist und mit der sich die Regierungen verpflichtet haben, das Vorsorgeprinzip anzuwenden und die VerursacherInnen finanziell für die verursachten Schäden verantwortlich zu machen. Jedoch scheinen wir uns immer weiter von diesen Verpflichtungen zu entfernen. Die am stärksten marginalisierten Menschen zahlen den höchsten Preis für chemische Verschmutzung, die sie nicht verursacht haben. Die globalen Chemieübereinkommen und der Strategische Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management, SAICM) zielen darauf ab, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor Chemikalien und Abfällen zu schützen, haben aber nicht den erforderlichen Wandel hervorgebracht, sodass nun rechtliche Maßnahmen erforderlich sind.

Der neueste Global Chemicals Outlook (GCO II) der Vereinten Nationen offenbart erschreckende Zahlen. Der Einsatz von Chemikalien und das Abfallaufkommen nehmen stark zu. Für das Jahr 2018 wurde die Gesamtzahl der im Handel erhältlichen Industriechemikalien weltweit auf 40.000 bis 60.000 geschätzt. Rund 62 Prozent der in Europa im Jahr 2016 verbrauchten Chemikalien werden als gesundheitsschädigend eingestuft.[1]

Die Lancet-Kommission für Umweltverschmutzung und Gesundheit identifiziert chemische Verschmutzung als einen bedeutenden und „fast sicher unterschätzten" Beitrag zur globalen Krankheitslast. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass 2016 durch eine Reduzierung der Chemikalien 1,6 Millionen Menschenleben und 45 Millionen DALY (disability-adjusted life years) hätten gerettet werden können. Chemikalien sind unter anderem in verschmutzter Luft zu finden, zum Beispiel durch die Verbrennung von Kunststoffen und anderen Abfällen, die allein für schätzungsweise bis zu sieben Millionen Todesfälle pro Jahr verantwortlich sind. Diese Schätzungen dürften viel zu niedrig sein, da sie nur auf Expositionen gegenüber Chemikalien beruhen, für die zuverlässige globale Daten vorliegen.[2]

Umweltungerechtigkeit, für die die TäterInnen nicht zur Verantwortung gezogen werden

Der Sonderberichterstatter zu Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf die Menschenrechte des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen (UNHRC) berichtet, dass Krebs inzwischen weltweit zu den häufigsten Ursachen für Morbidität und Mortalität gehört, mit etwa 17 Millionen neuen Krebserkrankungen jährlich.[3] Die Inzidenz von Krebs im Kindesalter hat in Zeiten des raschen Anstiegs des Einsatzes von Industriechemikalien zugenommen und lässt sich nicht allein durch Genetik oder Lebensstil erklären. Die WHO schätzt, dass im Jahr 2012 über 1.700.000 Kinder unter fünf Jahren an Umweltfaktoren wie Luft- und Wasserverschmutzung starben. Diese Faktoren verursachten also 26 Prozent der Todesfälle in dieser Altersgruppe. Kinder aus einkommensschwachen Vierteln in Entwicklungsländern, die auf und in der Nähe von Mülldeponien leben, sind am stärksten gefährdet und durch die Verbrennung von Abfällen und Lebensmitteln oft extrem hohen Chemikalienkonzentrationen ausgesetzt.[4] Der UNHRC berichtet, dass in La Chureca in Managua, Nicaragua, etwa die Hälfte aller AbfallsammlerInnen weniger als 18 Jahre alt war. So stellen sich Fragen nach Umweltrassismus und Umweltungerechtigkeit, welche die Menschenwürde, Gleichheit und Nichtdiskriminierung untergraben. Dieser Angriff auf die Rechte des Kindes ist weitgehend unsichtbar, sodass sich die TäterInnen – einschließlich europäischer Unternehmen und Re-

© The Climate Reality Project/Unsplash

Für das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt lohnt es sich, auf die Straße zu gehen.

gierungen – der Verantwortung entziehen können. Zunehmend versucht die Gesetzgebung, Rechenschaftsrahmen zu schaffen, und bereits rund 100 Länder haben in ihren Verfassungen oder anderen Gesetzen das Konzept eines Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt verankert.

Während die wirtschaftlichen Kosten der Umweltverschmutzung stark ansteigen, werden Unternehmen nicht zur Verantwortung gezogen

Nach Angaben des UNHRC werden die von Regierungen und der Öffentlichkeit getragenen wirtschaftlichen Kosten – die von den Unternehmen weitgehend ausgelagert werden – auf Hunderte von Milliarden bis zu Billionen von US-Dollar geschätzt. Allein der Einsatz von Blei in Farben wird für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommensniveau auf fast eine Billion US-Dollar geschätzt. In Lebensmitteln, Kosmetika und anderen Quellen gefundene Chemikalien, die das Hormonsystem beeinflussen, kosten die EU schätzungsweise über 100 Milliarden Euro pro Jahr. Für Entwicklungsländer liegen nur unzureichende Daten vor.[5]

Unternehmen tragen eine Verantwortung für von ihnen produzierten Müll oder Produkte, die zu Abfall werden. Oftmals schützen Industrien, die Verschmutzungen produzieren, eher ihre Gewinnspannen als die Menschenrechte der betroffenen ArbeiterInnen und Gemeinschaften. Der Bericht des UNHRC nennt Beispiele, wie den symbolischen Fall des illegalen Abladens von Giftmüll in der Elfenbeinküste durch Trafigura, welcher mindestens 17 Menschen tötete und zur Erkrankung von mehr als 100.000 Menschen führte. Das volle Ausmaß der Kontamination in und um Abidjan ist noch immer unbekannt.

Die Opfer tragen die tatsächlichen Kosten der durch Unternehmen verursachten Verschmutzung

Einige Klagen erhalten viel Aufmerksamkeit, wie zum Beispiel die der Opfer von Monsantos Glyphosathaltigem Pestizid Roundup. Aber die überwiegende Mehrheit der Opfer hat keine Chance auf Gerechtigkeit, sie werden nie entschädigt. Der UNHRC stellt fest, dass sich die Angelegenheit auch in Fällen, in denen eindeutig gegen Rechte verstoßen wurde und die relevanten Unternehmen oder andere AkteurInnen ermittelt wurden, weltweit schwierig gestaltet: Es fehlen wirksame Rechtsmittel und die Unternehmen, die Schäden durch giftige Chemikalien oder Verschmutzung verursacht haben, werden nicht zur Verantwortung gezogen. Die Beweislast liegt beim Opfer ebenso wie die Ermittlung der Ursache. Auch die Prozesskosten für den KlägerInnen und die endlosen Berufungsverfahren führen meist dazu, dass die Opfer vor der Schließung ihres Falles verstorben sind. Die Opfer zahlen mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben, während die VerursacherInnen ihre Gewinne weiter steigern, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Es gibt mehrere Schritte, die die politischen EntscheidungsträgerInnen ergreifen können und sollten, um die Menschen zu schützen, den Opfern Zugang zur Justiz zu gewähren, die BürgerInnen und die Umwelt zu schützen und die wirtschaftlichen Kosten der Chemikalienverschmutzung zu internalisieren. Sie sollten:

1. die vom UN-Sonderberichterstatter zu Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf die Menschenrechte empfohlenen 15 Grundsätze der umweltgerechten Bewirtschaftung und Beseitigung gefährlicher Stoffe und Abfälle vollständig umsetzen;
2. die entsprechenden Gesetze verschärfen, um sicherzustellen, dass die Kreislaufwirtschaft nicht auf ein kontinuierliches Recyceln von Giftstoffen hinausläuft, sondern alle Gruppen von Chemikalien ausschließt, die persistent, bioakkumulierbar, hormonstörend, für Bienen und andere Insekten gefährlich und potenziell schädlich für die menschliche Gesundheit sind;
3. uneingeschränkt für Verstöße gegen internationale Übereinkommen über Elektroschrott und andere gefährliche Abfälle, die ihre Länder verlassen, verantwortlich sein und die Abfälle zur sicheren Entsorgung zurückführen;
4. die Schaffung von Fonds zu unterstützen, die den Entwicklungsländern Zuschüsse für die sofortige Stilllegung und Sanierung von Deponien und Altlasten gewähren;
5. die Annahme eines Vertrags über das sofortige Verbot aller hochgefährlichen Chemikalien sowie den Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat unterstützen und den Übergang zur Agrarökologie fördern;
6. die Zivilgesellschaft bei der Erreichung des Menschenrechts auf eine giftfreie Umwelt unterstützen – auch unter Berücksichtigung von politischen Freiheitsrechten und Aspekten der Geschlechtergleichstellung;
7. die Annahme eines verbindlichen globalen Instruments zum Thema Unternehmen und Menschenrechte unterstützen und sicherstellen, dass dieses besonderen Fokus auf transnationale Unternehmen legt.

Sascha Gabizon

Die Autorin ist Exekutivdirektorin des internationalen Netzwerks WECF.

Aus dem Englischen von Lina Gerstmeyer.

---

1 UNEP (2019): Global Chemicals Outlook II, Nairobi. https://www.unenvironment.org/resources/report/global-chemicals-outlook-ii-legacies-innovative-solutions und Europäische Umweltagentur (2018): Consumption of hazardous chemicals. Kopenhagen. https://www.eea.europa.eu/airs/2018/environment-and-health/production-of-hazardous-chemicals.

2 Philip J. Landrigan/ Richard Fuller/ Nereus Acosta (2018): The Lancet Commission on Pollution and Health. In: The Lancet 391 (10119), S. 462-512. https://doi.org/10.1016/S0140-6736(17)32345-0 und WHO (2018): The public health impact of chemicals: knowns and unknowns: data addendum for 2016. Nairobi. https://apps.who.int/iris/handle/10665/279001.

3 UNHRC (2018): Report of the Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes. Genf. http://www.srtoxics.org/wp-content/uploads/2018/09/2018-HRC-report-on-Workers-Rights-EN.pdf.

4 WECF (2017): Gender Dimensions of Hazardous Chemicals and Waste Policies under the Basel, Rotterdam and Stockholm Conventions. Case Studies Indonesia and Nigeria. https://www.wecf.org/gender-dimensions-of-hazardous-chemicals/.

5 https://echa.europa.eu/documents/10162/22816069/leonardo_trasande_en.pdf/984e8082-1ec4-4c29-9d82-74a79a1e81bb.

STIMMT DIE CHEMIE?

Was Chemikalien mit Gender zu tun haben

Frauen und Männer sind unterschiedlich von der Exposition gegenüber schädlichen Chemikalien betroffen. Das hat mit biologischen Unterschieden zu tun und mit der spezifischen Rollenzuweisung – in Deutschland und weltweit. Eine genderdifferenzierte Analyse ist nötig, um den Schutz vor schädlichen Chemikalien zu erhöhen, vor allem auch für Frauen. Der SAICM Beyond 2020-Prozess kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Weichmacher in Kunststoffen, per- und polyfluorierte Stoffe (PFC) in Outdoor-Bekleidung, oder Pestizide in Lebensmitteln – das sind nur einige Beispiele: Überall sind wir gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien ausgesetzt. Entweichen diese aus den Produkten, können sie über die Atmung, die Nahrung und die Haut in unsere Körper gelangen. Sie werden in Zusammenhang gebracht mit der Entstehung und Zunahme von Krebserkrankungen, Diabetes, Unfruchtbarkeit, neurologischen Erkrankungen und vielem mehr. Analysen von Blutproben, der Nabelschnur, Sperma oder Fettgewebe u. a. zeigen, dass jeder Mensch mit Dutzenden von Schadstoffen belastet ist.[1] Ist das der Preis einer modernen Lebensweise, die wir einfach hinnehmen müssen, wie es uns die Industrie und auch die Politik häufig suggeriert? Nein!

Eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt ist ein Menschenrecht. Die Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen und Abfällen untergräbt dieses Recht. Besonders betroffen sind Frauen, Kinder und andere gefährdete Gruppen, wie etwa indigene Menschen.

Ein Großteil der Chemikalien, die auf dem Markt sind, ist nicht auf ihre negative Wirkung auf Gesundheit und Umwelt getestet und schon gar nicht differenziert nach der Wirkung auf Männer und Frauen. Es gibt jedoch gute Gründe, warum eine genderdifferenzierte Bewertung von Chemikalien essentiell ist: biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen, verschieden soziale Geschlechterrollen sowie der Nutzen, den genderspezifische Daten für mehr Chemikaliensicherheit bringen.

Frauen und Männer sind nicht gleich

Biologische Unterschiede führen dazu, dass die Exposition gegenüber schädlichen Chemikalien und deren Risiken je nach Geschlecht verschieden ist. Frauen reichern aufgrund ihres höheren Fettanteils im Gewebe fettlösliche und bio-akkumulierende Chemikalien stärker an, beispielsweise Weichmacher (Phthalate).

Schwangere Frauen sind die erste Umgebung ihrer Kinder. Während Pubertät, Stillzeit und Menopause sowie der Schwangerschaft reagieren Frauen besonders sensibel auf schädliche Chemikalien. Die Exposition gegenüber hormonell wirksamen Stoffen (engl. endocrine disrupting chemicals, EDCs) wie Bisphenol A und Phthalaten kann hormonell gesteuerte Entwicklungsprozesse stören und insbesondere in der Schwangerschaft kritische gesundheitliche Effekte auch für das ungeborene Kind haben. Die Plazenta ist keine sichere Barriere für Schadstoffe. So gelangen diese über die Mutter zum Kind und können zukünftige Generationen schädigen. Nach Aussagen der Internationalen Föderation der GynäkologInnen und GeburtshelferInnen kommen viele Babys bereits vorbelastet zur Welt – mit bis zu 200 Substanzen in ihren kleinen Körpern.

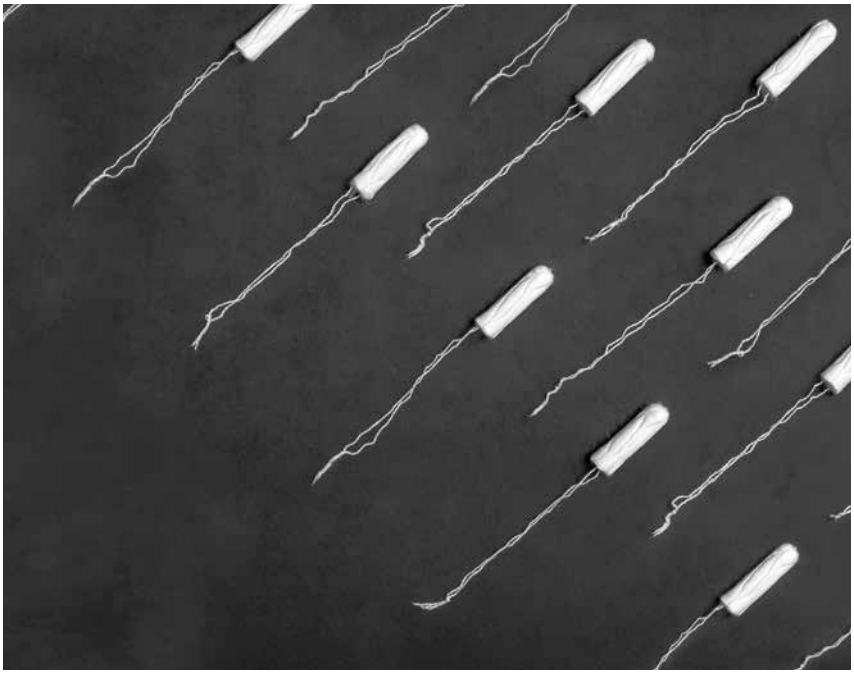
2020 werden laut WHO 26 Prozent mehr Frauen an Brustkrebs erkrankt sein als noch vor fünf Jahren. Die Belastung mit toxischen Chemikalien über den ganzen Lebenszyklus darf als eine von mehreren möglichen Ursachen für diesen Anstieg nicht unberücksichtigt bleiben.[2]

Auch bei Männern sehen WissenschaftlerInnen in hormonell wirksamen Chemikalien eine mögliche Ursache für den weltweiten Anstieg der Hodenkrebsrate und der geringeren Spermienproduktion bei Männern in Industrieländern.[3]

Biologische Unterschiede sind bisher zu wenig erforscht und finden auch in der Risikoanalyse von Chemikalien, der Festlegung von vermeintlich sicheren Grenzwerten oder Medikamententests nur wenig Beachtung. Das muss sich dringend ändern.

Soziale Geschlechterrollen und Arbeitsplatz

Frauen und Männer folgen geschlechtsspezifischen und sozialen



© Josefin/Unsplash

Frauen sind besonders häufig giftigen Chemkalien ausgesetzt.

Verhaltensnormen und haben unterschiedliche Rollen. Diese beeinflussen auch den Umgang mit Chemikalien, einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt und Gesundheit. Aufgrund der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sind Frauen und Männer toxischen Chemikalien in unterschiedlichen Dosen ausgesetzt. Frauen arbeiten öfter in schlecht bezahlten Berufen mit langen Arbeitszeiten und einer hohen Belastung durch giftige Chemikalien bei gleichzeitig fehlenden Schutzvorkehrungen, wie beispielsweise in der Textil- und Elektronikindustrie. In den von Frauen dominierten Pflegeberufen sind sie Chemikalien in Reinigungsmitteln und Kosmetik- oder Pflegeprodukten überproportional ausgesetzt. Eine Studie zeigt, dass Frauen ein erhöhtes Brustkrebsrisiko hatten, die als Krankenschwestern, in der Lebensmittel- und Getränkeproduktion oder in der Textilindustrie mit Kunststoffchemikalien in Berührung kamen.[4]

Frauen sind auch in der Landwirtschaft oder der Floristikindustrie überproportional toxischen Chemikalien ausgesetzt. Im Globalen Süden werden 70 Prozent der Nahrungsmittel von Frauen angebaut, und auf kommerziellen Farmen und Plantagen sind bis zu 85 Prozent der Frauen mit Ausbringen von Pestiziden beschäftigt. Oft arbeiten sie ohne Schutzbekleidung, auch während der Schwangerschaft und Stillzeit.

In vielen Gesellschaften sind noch immer Frauen vornehmlich für die Hausarbeit zuständig. Sie sind deshalb stärker von Innenraumverschmutzung betroffen, beispielweise durch die Verbrennung von Haushaltsbrennstoffen oder der chemischen Belastung von Mobiliar oder Reinigungsmitteln.

Frauen als Konsumentinnen

Eine Vielzahl von Produkten wird nur oder bevorzugt von Frauen genutzt. Bestimmte Damenhygieneprodukte bestehen zu 90 Prozent aus Rohölkunststoffen und können die hormonell wirksamen EDCs Bisphenol A und Bisphenol S enthalten. Tampon-Applikatoren enthalten häufig Phthalate. Durchschnittlich benutzt eine Frau in ihrem Leben 125 bis 200 Kilogramm dieser Produkte.[5] Die Einwegprodukte landen auf Deponien, in Wasserquellen und Meeren und blockieren auch die Abwassersysteme. Auch Kosmetikprodukte sind eine Quelle für Schadstoffe, besonders für EDCs. Frauen verwenden bis zu 15 unterschiedlicher Produkte täglich, die nicht selten bis zu 100 Chemikalien enthalten, einige davon gesundheitsschädigend.[6] Neben Regulierungen zum Verbot toxischer Stoffe in den Produkten kann Aufklärung dazu beitragen, das Konsumverhalten der Frauen zu verändern. So können sie aktiv den Druck auf Produktion, Handel und Politik zu erhöhen.

Genderspezifische Perspektiven für mehr Chemikaliensicherheit

Obwohl Frauen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, und die Chemikalienexpositionen weit verbreitet sind, wissen wir immer noch wenig über die speziellen Expositionswege und Wirkungen der Chemikalien auf die Gesundheit von Frauen.

Frauen sind in vielen Ländern nach wie vor bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen unterrepräsentiert, um Maßnahmen voranzutreiben, die diese Wissenslücke schließen. Frauen haben oft einen erschwerten Zugang zu Bildung, Ressourcen, Finanzmitteln, sozialer Absicherung oder Ausbildungen besonders im technischen oder wirtschaftlichen Bereich. Vor allem in weniger entwickelten Ländern sind sie giftigen Chemikalien häufig schutzlos ausgesetzt, weil sie sich zum Beispiel Schutzkleidung nicht leisten können oder aufgrund der niedrigeren Alphabetisierungsrate unter Frauen Sicherheitshinweise nicht verstehen.

Aber auch in den Ländern des Globalen Nordens sind Frauen (und Männer) durch toxische Chemikalien zum Beispiel in Produkten des täglichen Bedarfs belastet – häufig ohne davon zu wissen, weil es keine Kennzeichnungspflichten gibt.

SAICM Beyond 2020 – die Chance für mehr Gendergerechtigkeit nicht vertun

Die Verhandlung zu einem Folgeabkommen für den Strategischen Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management, SAICM; vgl. Seite 2) bietet eine Chance, Genderaspekte in die globale Rahmenvereinbarung zu integrieren, um negative Auswirkungen von Chemikalien aufgrund von Geschlechterungerechtigkeiten entgegenzuwirken.

Frauen müssen daher auf allen Entscheidungsebenen des SAICM-Prozesses gleichberechtigt aktiv beteiligt sein. Für einen umfassenden Schutz vor Chemikalien und chemischen Abfällen müssen geschlechtsspezifische Daten erforscht und zugänglich gemacht werden. Es braucht Finanzierungsmechanismen, die bei der Umsetzung von SAICM Beyond 2020 die aktive Teilnahme von Frauen in internationalen und nationalen Politikprozessen und Projekten unterstützen. Genderaspekte müssen Teil von Projektplanung, Umsetzung und Evaluierung sein, um Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu vermeiden. Die Implementierung eines Gender-Aktionsplans kann dafür die Grundlage sein.

Johanna Hausmann

Die Autorin ist Senior Policy Advisor und Projektmanagerin für Chemikalien und Gesundheit bei Women Engage for a Common Future (WECF).

---

1 UNEP (2016): Global Gender and Environment Outlook: The Critical Outlook. Nairobi, S. 39.

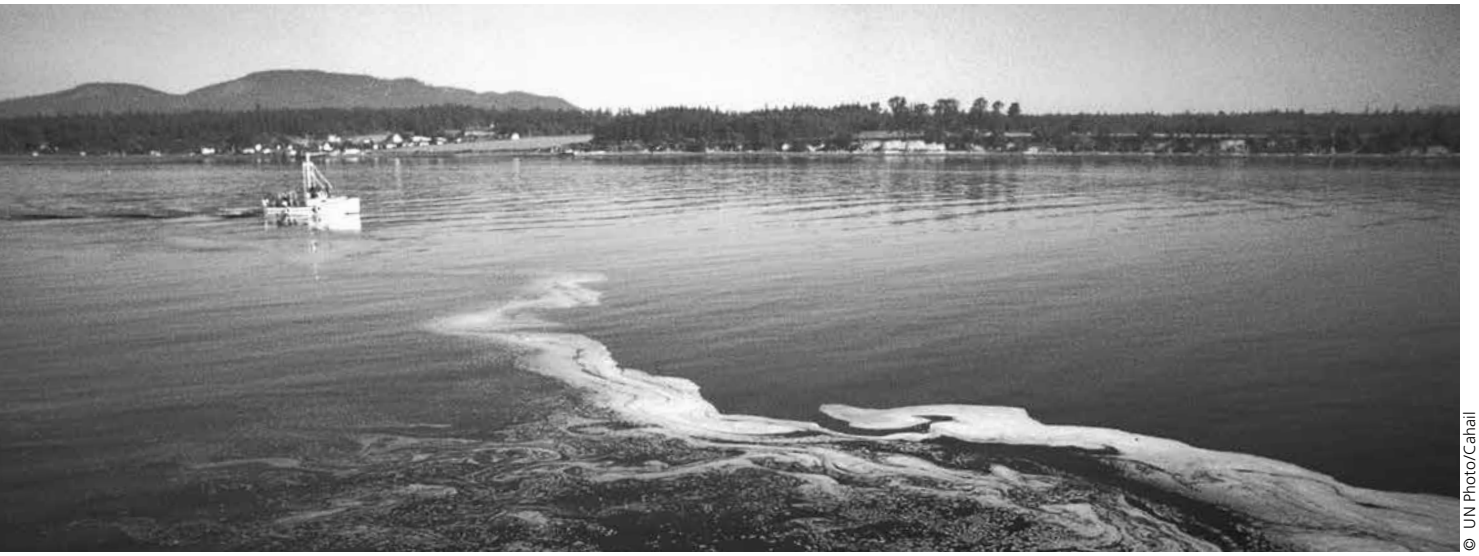
2 WECF (2016): Women and Chemicals: The impact of hazardous chemicals on women. Utrecht/München/Annemasse, S. 8. http://www.wecf.eu/download/2016/March/WomenAndChemicals_PublicationIWD2016.pdf.

3 Hagai Levinei et al. (2017): Temporal trends in sperm count: a systematic review and meta-regression analysis. In: Human reproduction update, Vol. 23(6), S. 646-659. https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6455044/.

4 Connie Engel/Sharima Rasanayagam (2015): Working Women and Breast Cancer: The State of the Evidence. San Francisco: The Breast Cancer Fund. https://www.etui.org/fr/content/download/21116/176339/file/working-women-and-breast-cancer-1.pdf.

5 https://www.prnewswire.com/news-releases/world-feminine-hygiene-products-market-is-expected-to-reach-427-billion-by-2022-575532151.html.

6 WECF (2016): Women and Chemicals: The impact of hazardous chemicals on women. Utrecht/München/Annemasse, S. 29.



© UN Photo/Cahail

Wer die Umwelt veschmutzt, sollte für die Schäden aufkommen. Das „Polluter Pays Principle" wird allerdings politisch unterwandert.

DIE CHEMIE STIMMT NICHT

Von der Notwendigkeit einer globalen stoffpolitischen Wende

Über Jahrzehnte hinkte die Politik bei der Regulierung von gefährlichen Stoffen den Ereignissen, oder besser, den von der Industrie geschaffenen Tatsachen, hinterher. Gifte wie Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT), Lindan, Polychlorierte Biphenyle (PCB), Dioxine und Furane stehen für eine Zeit, in der offizielle Instanzen erst dann in Erscheinung zu treten pflegten, wenn der Schaden bereits angerichtet war. Katastrophen wie im italienischen Seveso 1976, im indischen Bhopal 1984 und in Schweizerhalle 1986 lösten schließlich eine chemiepolitische Diskussion aus. Es wurden europäische und deutsche Gesetze zum Schutz vor Chemikalien erlassen, die chemische Industrie bekannte sich mit der Initiative ‚Responsible Care' zu ihrer Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produktion und Produkte.

In Europa mündete dies in eine gründliche Reform des Chemikalienrechts der Europäischen Union (EU). Mit ihrem Kernstück, der Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation, Authorization of Chemicals/Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien), trat 2007 die weltweit fortschrittlichste gesetzliche Grundlage für den Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Stoffen in Kraft. Nirgendwo sonst sind die Optionen für ein präventives Eingreifen des Gesetzgebers so klar und rechtlich verankert.

REACH – und alles war gut?

Mit REACH wurde das Vorsorgeprinzip gestärkt und die Beweislast vom Staat auf die Industrie verlagert. HerstellerInnen und ImporteurInnen müssen durch entsprechende Daten belegen, dass ihre Stoffe keine Risiken für Mensch und Umwelt darstellen. Für das Inverkehrbringen von Chemikalien gilt der Grundsatz „Keine Daten, kein Markt". Ein Hauptziel von REACH ist die Erfassung von Stoffen mit besonders kritischen Eigenschaften (Substances of Very High Concern, SVHC) in einer sogenannten Kandidatenliste und deren schrittweise Substitution durch weniger schädliche beziehungsweise nachhaltige Stoffe oder Verfahren. REACH ist zweifellos ein großer Fortschritt, doch wie fortschrittlich diese Vorgaben auch sein mögen, sie sind letztlich nur so gut wie ihre Umsetzung in der Praxis.

Kritik ruft insbesondere die mangelhafte Qualität der Daten in vielen der bislang weit über 22.000 eingereichten Registrierungsdossiers hervor. Regelmäßige Stichproben der Europäischen Chemikalienagentur (European Chemicals Agency, ECHA) und eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) zeigen, dass ein hoher Prozentsatz der Registrierungen nicht den gesetzlichen Anforderungen genügen. Der Grund sind fehlende oder mangelhafte Sicherheitsdaten zu den gefährlichen Eigenschaften von Stoffen. Daten, die für eine adäquate Risikobewertung unerlässlich sind. Dabei geht es auch um Stoffe, die in sehr großen Mengen produziert und bei der Herstellung von unzähligen Konsumprodukten des täglichen Gebrauchs verwendet werden. Etliche weltweit agierende Unternehmen, unter anderem aus der Kunststoff- und Erdöl-Industrie, sind, wie eine Recherche des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) offenlegte, ihren gesetzlichen Registrierungspflichten nicht nachgekommen. Die Problematik hat generelle Debatten in der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament ausgelöst.

Zu kritisieren ist auch die traditionelle Vorgehensweise, jede Chemikalie einzeln („substance by substance") zu bewerten. Diese Einzelstoffbewertung ignoriert das Zusammenwirken

mehrerer Stoffe und begünstigt die unsägliche Praxis der Substitution durch weniger gut untersuchte Stoffe mit ähnlichem Gefahrenprofil (Beispiel: Bisphenol S ersetzt zunehmend Bisphenol A). Auch berücksichtigt die REACH-Verordnung in ihrer derzeitigen Fassung nicht die besonderen Risiken von Nanomaterialien oder Mikroplastik.

Ferner muss der Informationstransfer in den Lieferketten vor und nach der eigentlichen Produktion verbessert werden, da zahlreiche Unternehmen wesentliche, sicherheitsrelevante Informationen häufig nicht weitergeben. Vor allem erreichen diese Informationen nicht die Recyclingunternehmen, die aus Abfällen wieder marktfähige Produkte herstellen. Enthalten Produktabfälle SVHC, die in der Zwischenzeit nicht mehr verwendet werden dürfen, wird das Recycling zu Sekundärprodukten zusätzlich erschwert. Der aus der novellierten Abfallrahmenrichtlinie abgeleitete Auftrag an ECHA, eine Datenbank mit SVHC-haltigen Produkten aufzubauen, ist ein sinnvoller Schritt zu mehr Transparenz. Es wird aber auch hier auf die effektive Umsetzung ankommen.

„Business as usual"

Schon seit den 1970er und 1980er Jahren wissen wir, dass es häufig bereits zu spät ist, wenn Wirkungen von Stoffen in der Umwelt zweifelsfrei nachgewiesen sind. Deshalb wurde im nationalen und internationalen Recht das Vorsorgeprinzip verankert. Der Gesetzgeber wäre angehalten, Maßnahmen bereits dann zu ergreifen, wenn triftige Gründe zur Besorgnis vorliegen. Doch noch immer ist oft das „Weiter so" die bestimmende Maxime. Es fehlen Mut und politischer Wille, sich gegen die mächtige Lobbymaschinerie der chemischen Industrie durchzusetzen.

Spätestens seit Beginn der Verhandlungen mit der US-Regierung für das transatlantische Handelsbündnis TTIP im Jahr 2013 versuchen Industrieverbände und Teile der Politik beiderseits des Atlantiks verstärkt, eine Abkehr vom präventiven Ansatz bei der Regulierung gefährlicher Stoffe zu erzwingen. Am EU-Prozess zur Regulierung von hormonell schädlichen Stoffen (endokrine Disruptoren, ED) lässt sich gut nachvollziehen.

Im Jahr 2013 sollte die EU-Kommission im Auftrag des EU-Parlaments Kriterien zur Einstufung und Regulierung von ED vorlegen. Diese sollten später zwar auf alle chemikalienrelevanten Bestimmungen anwendbar sein, aber zunächst für Pestizide und Biozide gelten. Eine ExpertInnengruppe unter Anleitung des deutschen Endokrinologen Andreas Kortenkamp wurde von der Generaldirektion Umwelt mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Auf Grundlage dieses Gutachtens ließ die Kommission einen Vorschlag für ED-Kriterien erstellen, der, wäre er umgesetzt worden, ein Verbot etlicher Pestizide bedeutet hätte. Doch dazu kam es nicht.

Die Landwirtschafts-, Pharma- und Kunststoffbranche, allen voran deutsche Konzerne wie die Bayer-AG und BASF, lief Sturm gegen das Kommissionspapier. Wie, das belegt eine Auswertung von Dokumenten zu dem Vorgang, die das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Europe) auf ein Informationsersuchen von der EU-Kommission erhalten hatte.[1] So bemängelt Bayer in einer Mail an die Kommission, der Vorschlag sei „durchgängig auf Basis des Vorsorgeprinzips konstruiert worden", was „weit reichende, gravierende Auswirkungen auf die Chemiebranche und Agrarindustrie" haben werde.[2] In weiteren E-Mails, Briefen und persönlichen Gesprächen warnten die Industrieverbände vor Verlusten von jährlich drei bis vier Milliarden Euro im Pflanzenschutzbereich. Horrorszenarien von bis zu 50 Prozent Ernteverlusten bei Weizen, Kartoffeln und Raps machten die Runde. Bayer CropScience, die Pestizidsparte des Konzerns, warnte in einer E-Mail an das Generalsekretariat vor signifikanter Beschädigung der Wettbewerbsfähigkeit.[3] Der massive Lobbyvorstoß wirkte: Kortenkamps Bericht verschwand in der Schublade.

Kriterien für ED seien „ein sensibles Thema, wegen [...] der potentiellen Auswirkungen auf die Chemieindustrie und den Handel", schrieb die Generalsekretärin der Kommission, Catherine Day, an die Generaldirektion Gesundheit und Umwelt.[4] Erst 2018 legte die EU-Kommission Kriterien für ED vor, die hohe Nachweishürden setzen. Vermutlich werden deshalb nur wenige Stoffe als endokrin schädlich identifiziert werden. Eine Kategorie von Stoffen, bei denen der begründete Verdacht auf hormonelle Wirkung besteht (analog zu krebserregenden und genverändernden Stoffen), ist nicht vorgesehen. Auch ist die Standardisierung von Prüfverfahren, die verlässlich klären, ob endokrine Wirkungen auftreten, nach wie vor nicht abgeschlossen. Die vorliegenden Kriterien sind offensichtlich nicht vom Vorsorgeprinzip geleitet.

Das Gesamtbild

Dabei ist das Vorsorgeprinzip als Leitbild für eine nachhaltige Entwicklung in der Chemie- beziehungsweise Stoffpolitik unverzichtbar. Das Ziel ist klar und in allen relevanten Abkommen festgeschrieben, im 7. EU-Umweltaktionsprogramm ebenso, wie in den 2015 international vereinbarten Zielen für nachhaltige Entwicklung: Es gilt die Verwendung und Herstellung von Chemikalien so zu gestalten, dass negative Folgen für die Umwelt und unsere Gesundheit weitgehend ausgeschlossen werden können. Das gilt ganz besonders für Stoffe, die in unsere Körper und in die Umwelt gelangen können.

Es ist wichtig, die Stoffmengen, die wir in die Umwelt eintragen, grundsätzlich zu reduzieren. Das gilt umso mehr für solche Stoffe, bei denen verzögerte und unbekannte Wirkungen nicht ausgeschlossen werden können. An einer nachhaltigen Stoffpolitik führt kein Weg vorbei. Und das bedeutet vor allem, nicht wiedergutzumachende Beeinträchtigungen unserer Umwelt zu vermeiden. Vorsorgeprinzip und Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen. Ohne Vorsorge wird eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich sein.

Manuel Fernandez

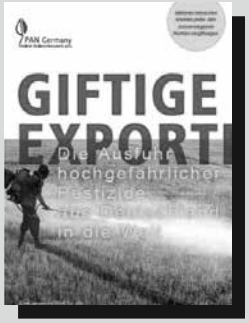
Der Autor ist zuständig für Chemikalienpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland.

1 https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/chemikalien-wie-die-industrie-eu-regulierung-beeinflusst-a-1034563.html und https://corporateeurope.org/sites/default/files/toxic_lobby_edc_1.pdf.

2 https://www.spiegel.de/media/media-36628.pdf, S. 1.

3 Vgl. ebd., S. 2.

4 Vgl. https://www.spiegel.de/media/media-36637.pdf, S. 1. Eigene Übersetzung.



GIFTIGE EXPORTE

Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide von Deutschland in die Welt

PAN Germany (09/2019)

Sogenannte hochgefährliche Pestizide (HHPs) stellen eine besondere Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Jahr für Jahr werden weltweit Millionen Menschen Opfer von Pestizidvergiftungen. Trotzdem wird der Handel mit Pestiziden weiterhin global im großen Umfang betrieben. Der Bericht von PAN Germany zum Thema ‚Giftige Exporte. Die Ausfuhr hochgefährlicher Pestizide von Deutschland in die Welt' widmet sich der Frage nach der Rolle Deutschlands bei globalen Exporten hochgefährlicher Pestizide und den daraus folgenden Gefährdungen für Menschen und ihrer Umwelt.

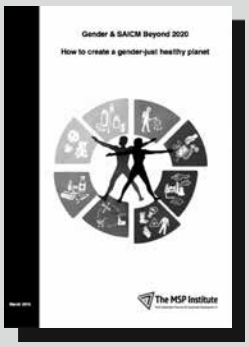
Download unter: https://pan-germany.org/download/giftige-exporte-ausfuhr-hochgefaehrlicher-pestizide-von-deutschland-in-die-welt/

PLASTIC WASTE POISONS INDONESIA'S FOOD CHAIN

IPEN (11/2019)

Indonesien hat mit der Plastikflut zu kämpfen. Die Auswirkungen für Mensch und Umwelt sind dramatisch. So lassen sich beispielsweise in indonesischen Gemeinden mittlerweile hochgiftige, gesundheitsgefährdende Chemikalien in Hühnereiern nachweisen. Die Studie ‚Plastic Waste Poisons Indonesia's Food Chain' untersucht die Verseuchung der Nahrungskette in Süd-Ost-Asien durch unzureichendes Abfallmanagement und Plastikexporten, auch aus Europa. Die AutorInnen stellen fest, das in sämtlichen Bereichen die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) empfohlenen Grenzwerte oft drastisch überschritten werden.

Download unter: https://ipen.org/sites/default/files/documents/indonesia-egg-report-v1_9-web.pdf



GENDER & SAICM BEYOND 2020

How to Create a gender-just healthy Planet

MSP Institute e.V. (03/2019)

Es gibt drei Gründe, warum das Thema Gender für Chemikalien von Bedeutung ist: (1) biologische Differenzen, (2) soziale Geschlechterrollen, -normen und -identitäten und (3) das Potenzial der Gender-Analyse. Um negative Auswirkungen von Chemikalien aufgrund von Geschlechterungerechtigkeiten entgegenzuwirken und eine geschlechtergerechte und gesunde Zukunft für alle zu ermöglichen, müssen Genderaspekte nun auch innerhalb des SAICM Post 2020-Prozesses integriert werden. Die AutorInnen formulieren hierfür konkrete Forderungen.

Download unter: http://gender-chemicals.org/wp-content/uploads/2019/03/MSPInstitute_Broschu%CC%88re_Howtocreate.pdf

PLASTIKATLAS

Daten und Fakten über eine Welt aus Plastik

BUND, Heinrich-Böll-Stiftung (07/2019)

Unser Planet versinkt im Plastik: Es ist im Boden, im Wasser, in der Luft. Doch Müllstrudel im Meer und Abfallhalden gigantischen Ausmaßes sind nur die eindrucksvollsten Auswirkungen der Plastikkrise. Wir essen Plastik, tragen Plastik als Kleidung am Körper und schmieren uns Mikroplastik aus Kosmetik ins Gesicht. Der ‚Plastikatlas' umreißt das Ausmaß der Plastikkrise und verdeutlicht, dass die wahren Gründe für die Verschmutzung unserer Umwelt mit Plastik nicht ein Problem der Entsorgung oder der VerbraucherInnen sind, sondern dass insbesondere international agierende Unternehmen ihrer großen Verantwortung nicht nachkommen.

Download unter: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/chemie/chemie_plastikatlas_2019.pdf

HANDELSPOLITIK AUF AUTOPILOT

Der Anachronismus des Mercosur-Abkommens

Als im Sommer dieses Jahres die Urwälder am Amazonas brannten und Brasiliens rechtsradikaler Präsident Bolsonaro sich offen hinter die Brandstifter stellte, war die internationale Empörung groß. Kurz zuvor hatte die EU-Kommission bekanntgegeben, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Brasilien und den anderen Mercosur-Staaten nach über zwanzig Jahren erfolgreich beendet zu haben. Mancher Politiker rief angesichts dessen dazu auf, das Abkommen zu blockieren. Das geplante Abkommen ist aber auch unabhängig davon ein Anachronismus.

Es ist exakt zwanzig Jahre her, als die Welthandelsorganisation WTO in eine existenzielle Krise geriet: Bereits ihre zweite Ministerkonferenz im Dezember 1999 in Seattle endete ohne Ergebnis im Chaos, während sich die Innenstadt von Seattle nach tagelangen Massenprotesten im Ausnahmezustand befand. Schon damals war deutlich geworden, dass die in Wirtschaft und Politik der Industrieländer herrschende Vorstellung einer schrankenlos liberalisierten und globalisierten Weltwirtschaft eine elitäre Vision ist, die nur gegen die Mehrheit der Menschen durchgesetzt werden konnte. Auch die folgenden WTO-Ministerkonferenzen änderten nichts daran, dass die meisten Entwicklungsländer die radikalen Visionen der Regierungen der Industrieländer von Marktöffnung und Deregulierung nicht teilten und sie daher in der WTO blockierten. Bald setzten die Regierungen der Europäischen Union (EU) und der USA die Geschichte von der Paralyse der WTO in die Welt, in der angeblich nichts mehr vorangehe. In der Tat: der Neoliberalismus der EU und der USA ging in der WTO nicht mehr voran. Eine Welthandelspolitik, die nicht einseitig die Interessen nördlicher Konzerne bedient hätte, wäre allerdings in der WTO durchaus möglich gewesen.

Kurswechsel der EU

Als Konsequenz setzte die EU nun nicht mehr primär auf die WTO, sondern auf bilaterale und regionale Freihandelsabkommen, um ihre Marktöffnungs- und Deregulierungsagenda durchzusetzen. In ihrer 2006 beschlossenen Strategie ‚Global Europe'[1] verkündete die EU, mit einer konsequent neoliberalen Wirtschaftspolitik der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt" werden zu wollen. Dafür sollen die Märkte der anderen mit über 20 bilateralen und regionalen Abkommen geöffnet werden. Unausgesprochen blieb, dass der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt" von solchen schrankenlos offenen Märkten am meisten profitieren dürfte

Im Gegensatz zur WTO blieben diese geplanten Abkommen lange unter dem Radar der „kritischen Zivilgesellschaft". Erst mit dem geplanten TTIP-Abkommen mit den USA änderte sich dies schlagartig: das Projekt scheiterte spektakulär bereits im Sommer 2016, als noch nicht einmal Donald Trump selbst glaubte, dass er 2017 ins Weiße Haus einziehen würde.[2] In der Tat wird über die meisten der anderen geplanten Abkommen bis heute verhandelt.

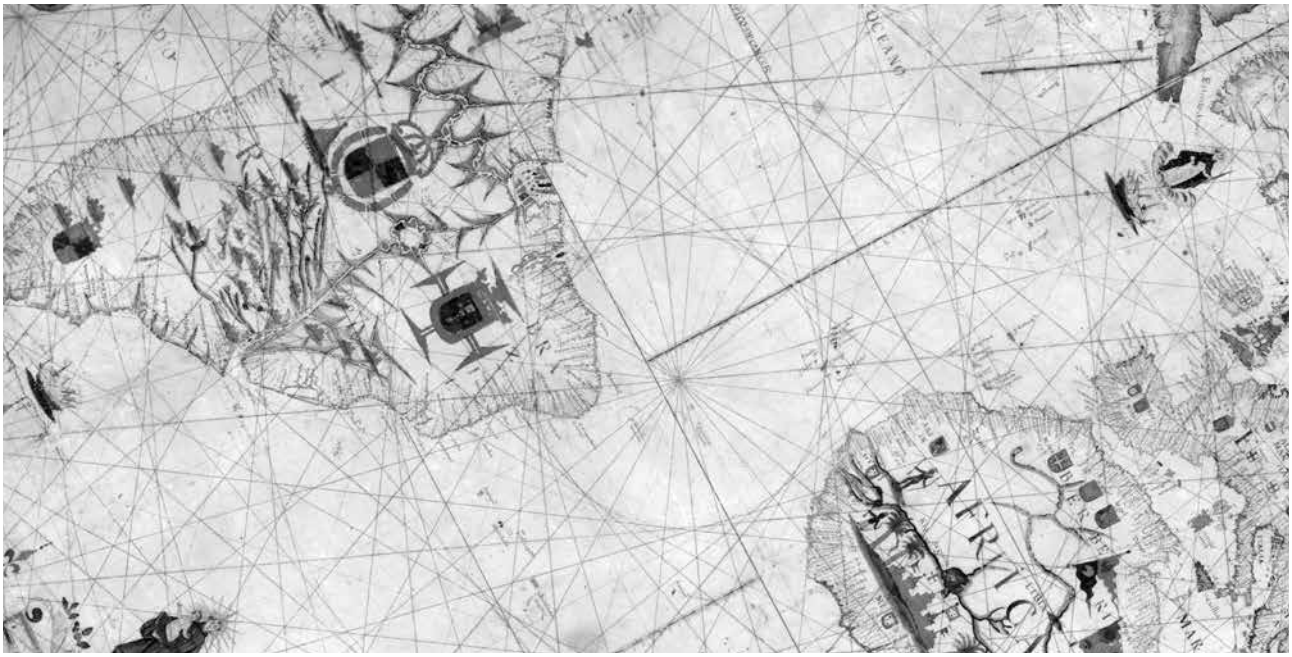
Relikt aus längst vergangenen Tagen erwacht

Eines der ältesten Projekte für solche regionalen Freihandelsabkommen ist das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern Südamerikas, also Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Schon 1998 beschloss der EU-Ministerrat ein Verhandlungsmandat, seitdem wird verhandelt, wenn auch mit langen Verhandlungspausen aufgrund unüberbrückbarer Interessengegensätze.

Im Kern geht es darum, dass die Mercosur-Länder ihre mit immer noch sehr hohen Zöllen geschützten Märkte für Industrie- und Chemieprodukte, insbesondere Autos, aber auch verarbeitete Lebensmittel, öffnen und die Zölle sukzessive radikal absenken oder ganz abschaffen. Im Gegenzug würde die EU ihre stark abgeschotteten Agrarmärkte für Südamerikas Exporte öffnen, das heißt vor allem Fleisch, Ethanol, Zucker. Auf Soja-Futtermittel erhebt die EU bereits heute keine Zölle.

Auf beiden Seiten sind das weitreichende Zugeständnisse, die keineswegs nur Gewinner, sondern auch viele Verlierer haben würden. Einen Durchbruch gab es daher erst jetzt, unter den Regierungen Bolsonaro und Macri, die konsequenter als alle ihrer Vorgänger einseitig die Interessen der Großagrarier vertreten. Im Vorgriff auf neue Bioethanol-Exportmöglichkeiten hat Bolsonaro jetzt weitreichende Erlaubnisse zur Ausweitung der Flächen erteilt, auf denen Zuckerrohr-Monokulturen erlaubt sind. Als Abnehmer dafür kommt nur die EU in Frage.

21 Jahre nach Verhandlungsbeginn ist ein Abkommen herausgekommen, das eigentlich schon 1998 anachronistisch war, aber im Jahr 2019 nur noch als Polit-Relikt aus längst vergangenen Zeiten bezeichnet werden kann. Wer glaubt heute noch ernsthaft, dass Europas Landwirtschaft noch weiter einer globalen Billigkonkurrenz ausgesetzt werden muss? Europas Bauern wehren sich immer verzweifelter gegen das massive Preisdumping, das ihre Existenzen zerstört. Wir alle wissen, dass die Landwirtschaft ökologischer und regionaler werden muss, wenn wir nicht die Artenvielfalt, die Bienen, das Grundwasser und letztlich unsere Lebensgrundlagen ruinieren wollen und die Tierquälerei immer weiter zuspitzen wollen. Dafür muss Schluss gemacht werden mit der Billig-Mentalität, dafür müssen die Bauern höhere Erzeugerpreise bekommen. Stattdessen sollen Europas Bauern jetzt noch massiver mit Südamerikas Großagrariern konkurrieren, die Sklavenlöhne bezahlen, keine Steuern bezahlen, den Amazonas abfackeln und faktisch keinerlei Umwelt- oder Hygienestandards einhalten müssen.



Ähnlich in der Zeit stehen geblieben wie diese Karte wäre ein EU-MERCOSUR-Abkommen.

Zwischen Paralyse und Widerstand in Südamerika

In Südamerika dagegen wird die umfassende Marktöffnung für Industrieprodukte im großen Stil Arbeitsplätze in diesen Sektoren vernichten. Argentinischen Studien zufolge dürften dort 186.000 industrielle Arbeitsplätze verloren gehen, vor allem in der metallverarbeitenden und chemischen Industrie, immerhin 11 Prozent der Industriearbeitsplätze Argentiniens.[3] Deutschland hat Rekord-Exportüberschüsse von 250 Milliarden Euro, entsprechend 8 Prozent des BIP – aber das reicht Deutschlands Industriekonzernen offenbar immer noch nicht.[4] Laut den Regeln der EU sind dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse von über 6 Prozent des BIP ein Problem für die Euro-Zone. Schon jetzt verstößt Deutschland seit 2007 ununterbrochen gegen diesen Wert. Manche Euro-Regeln sind den Deutschen offenbar nicht so wichtig wie andere.

Nein, es ist nicht im öffentlichen Interesse Europas oder Südamerikas, die europäische bäuerliche Landwirtschaft und die mittelständische Industrie Südamerikas plattzumachen. Es ist im privaten Interesse einiger europäischer – vorwiegend in Deutschland ansässiger – Industriekonzerne und einiger südamerikanischer Agrarbarone. Aber der Einfluss dieser Leute auf die Regierungen in Europa und Südamerika ist überproportional hoch. Nur deswegen gelingt es der EU-Kommission bis jetzt, ihre völlig anachronistische Freihandels-Agenda unbeirrt von demokratischer Kontrolle weiter durchzudrücken.

Es zeichnet sich allerdings ab, dass die Geduld der Menschen, in deren Namen die Regierungen diese Abkommen durchsetzen wollen, inzwischen überstrapaziert wurde. Als im Herbst das chilenische Volk sich gegen die neuesten Zumutungen von 40 Jahren neoliberaler Politik militant zur Wehr setzte, fielen Regierung und Oppositions-Parteien aus allen Wolken, genauso wie der Rest der Welt. Im benachbarten Argentinien gab es bis jetzt zwar noch keinen Volksaufstand gegen die seit Jahrzehnten andauernde Ausplünderung normaler Menschen, aber eine dramatische Abwahl des konservativen Präsidenten Macri, der konsequent für die Interessen der Agrarbarone und für das Mercosur-Abkommen eintrat. Die neue Regierung Fernandez will das Abkommen nicht.

Aus Brasilien ist mit Widerstand einstweilen nicht zu rechnen. Brasiliens Bevölkerung und erst recht die „progressive Zivilgesellschaft" ist auch ein Jahr nach dem Wahlsieg Bolsonaros und der hinter ihm stehenden Großagrarier immer noch in Schockstarre und nicht handlungsfähig. Bolsonaro hat bereits gedroht, wenn Argentiniens neue Regierung das Abkommen blockiert, werde Brasilien den Mercosur-Block verlassen und ein eigenes Freihandelsabkommen mit der EU machen.

Und Europa?

Nach den Amazonas-Bränden im Sommer gab es zwar viel Kritik, auch in diversen Regierungen, an dem Mercosur-Freihandelsprojekt. Wahrscheinlich haben die meisten dieser Minister bereits wieder vergessen, was sie damals gesagt haben. Auch Europas „progressive Zivilgesellschaft" hat längst wieder andere Themen. Immerhin: Österreichs Parlament hat in der kurzen Phase, als es eine parteilose Expertenregierung gab und alle Parteien Oppositionsparteien waren, nahezu einstimmig beschlossen, dass die Regierung verpflichtet wird, das Abkommen in den EU-Institutionen abzulehnen. Alle künftig regierenden Parteien haben das mitgetragen.[5]

Selbst wenn Österreich das geplante Abkommen blockieren wollte, kann man davon ausgehen, dass die Kommission und die Ratsmehrheit dann eben das geplante Abkommen in zwei Teile zerlegen werden, einen Handelsteil und einen politischen Teil. Der Handelsteil fällt exklusiv in die Zuständigkeit der EU, den kann man im Rat auch mit Mehrheit beschließen, dafür ist keine Einstimmigkeit erforderlich. Die traditionelle Einstimmigkeit im EU-Rat in der Handelspolitik ist inzwischen Makulatur, seit sich Frankreich bei den Verhandlungsmandaten für die angestrebten diversen Teilabkommen mit den USA überstimmen ließ. Wer Frankreich überstimmt, überstimmt

auch Österreich – und Kanzler Kurz kann dann immerhin sogar sagen, er habe sich an den Parlamentsauftrag gehalten. Man kann davon ausgehen, dass diese Möglichkeit bereits Bestandteil der juristischen Überprüfung („legal scrubbing“) ist, die derzeit stattfindet und mit deren Abschluss Mitte 2020 zu rechnen ist.

Rote Karte für das deutsche Wirtschaftsmodell

Die Aussichten für das Projekt Mercosur-Abkommen sind also durchaus unsicher. Die Chancen, dass Argentiniens neue Regierung unter dem Einfluss der dortigen Industrieinteressen ablehnt, sind real. In Europa könnte unter dem Einfluss von aggressiver werdenden Bauern auch noch die eine oder andere Regierung umfallen. Nur in Deutschland, dessen Regierung und Industrie wie niemand anders Druck für dieses Abkommen machen, ist es weitgehend ruhig. Eine mehrstündige Blockade des Futtermittel-Verladehafens Brake/Niedersachsen durch die Bauern von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Robin Wood war bisher das einzige, was passiert ist. Mercosur ist auch Thema der Bauernproteste, die neben Deutschland auch in den Niederlanden und Frankreich immer massiver werden. Die meisten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vermeiden allerdings konsequent eine ökonomische Analyse dieses Abkommens und der dahinterstehenden Interessen und beschränken sich auf die Forderung nach Nachverhandlungen mit dem Ziel eines eher symbolischen „wirksamen und durchsetzbaren“ Nachhaltigkeitskapitels.

Auch wenn die Meinungsführer der deutschen Öffentlichkeit, auch der Zivilgesellschaft, das offenbar extrem unangenehm finden: wir werden nicht mehr lange darum herumkommen, über das sehr spezielle deutsche Wirtschaftsmodell zu reden und es zu ändern. Ein Land, das ernsthaft glaubt, wirtschaftlich davon abhängig zu sein, immer höhere Exportüberschüsse aufzutürmen, damit unausweichlich anderswo Handelsbilanzdefizite zu verursachen, und dafür mit immer mehr Freihandelsabkommen weltweit Marktöffnungen zu erzwingen, wird früher oder später vom Rest der Welt die rote Karte gezeigt bekommen. Es wird zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen kommen, wenn Deutschland nicht von selbst zu dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht findet, zu dem uns eigentlich das Stabilitätsgesetz von 1967 verpflichtet. Auf eines können wir allerdings bereits heute wetten: Schuld an Rezessionen hierzulande durch Exportrückgänge werden auf jeden Fall „die Anderen“ sein, aber auf gar keinen Fall die deutsche Politik und Wirtschaft. Bis dahin läuft Deutschlands und damit Europas Außenwirtschaftspolitik weiterhin auf Autopilot: noch mehr Globalisierung, noch mehr Marktöffnungen, noch mehr exportieren, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen. Solange wie möglich.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung.

1 https://europa.eu/rapid/press-release_IP-06-1303_en.htm; das Forum Umwelt & Entwicklung hat die Strategie kommentiert: https://www.forumue.de/global-europe-die-neue-eu-handelspolitik-im-wahn-der-wettbewerbsfaehigkeit/.

2 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/sigmar-gabriel-erklaert-freihandelsabkommen-ttip-fuer-tot-14419413.html.

3 https://www.baenegocios.com/economia-finanzas/Advierten-que-la-firma-de-un-TLC-entre-Mercosur-y-UE-afectaria-el-empleo-20171227-0088.html.

4 https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kritik-an-deutscher-wirtschaftsbilanz-warum-ein-hoher-exportueberschuss-zum-problem-werden-kann/19697406.html.

5 https://www.sueddeutsche.de/politik/mercosur-freihandel-oesterreich-1.4607098.

BUNDESTAGS*PETITION* #100969

BRIEFKASTENWERBUNG
NUR AUF WUNSCH

***Die Petition* gegen unnötige Werbung im Briefkasten**

Unser Ziel: 500.000 Unterschriften für eine Petition direkt an die Regierung. Gemeinsam schaffen wir eine der größten Verschwendung von Ressourcen ab, die es in Deutschland gibt.

***Werbepost:* Eine unnötige Umweltsünde**

Obwohl die absolute Mehrheit der Bevölkerung Werbepost im Briefkasten ablehnt, werden jährlich ca. 1,2 Milliarden Kilogramm davon verteilt. Das ist eine unglaubliche Verschwendung von Ressourcen, eine Belastung für unser Entsorgungssystem und eine große Belästigung für BürgerInnen.

Es gibt eine einfache Lösung: Briefkastenwerbung *nur auf Wunsch*

Wer möchte, klebt sich einen Sticker mit „Ich möchte Werbung!“ auf den Briefkasten. Alle anderen bleiben verschont. Wir kehren das System um: Dem Willen der Mehrheit entsprechend.

MEHR INFOS AUF WWW.NUR-AUF-WUNSCH.DE

ANSPRECHPARTNERIN
Katharina Wallmann, Director Communications
Tel. +49 (0) 176 582 306 47, katharina@letzte-werbung.de

LETZTE WERBUNG

AGROFORSTWIRTSCHAFT – KLIMAFREUNDLICHE WIN-WIN-OPTION AUCH IN DEUTSCHLAND

Interview mit Tony Rinaudo (WorldVision) über die Integration von Bäumen in landwirtschaftliche Produktionssysteme

Die natürliche Wiederaufforstungstechnik ‚Farmer Managed Natural Regeneration' (FMNR) wurde von Tony Rinaudo, einem australischen Agrarökonom, in den 1980er Jahren in Niger wiederentdeckt. Heute wird sie in vielen Sahel-Ländern praktiziert. Die Methode ist einfach, kostengünstig und hat das Potenzial, ganze Regionen wieder zu begrünen und dabei den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern. Nach bahnbrechenden Erfolgen wird FMNR in über 25 vor allem afrikanischen Ländern angewandt. Im Angesicht des Klimawandels auch eine Option für Deutschland.

Lebende, unterirdische Wurzeln gerodeter Bäume werden bearbeitet, ihre Schösslinge geschützt, gezielt beschnitten und wachsen so wieder zu kräftigen neuen Bäumen heran, die in lockeren Abständen auf den Feldern stehen. So kommt FMNR in degenerierten und entwaldeten Böden ohne Baumpflanzungen aus. Das Laub der Bäume beschattet die Böden, Wurzeln halten die Feuchtigkeit in der Erde. Außerdem sorgt der Eintrag von Laub und Früchten für das Entstehen neuer Humusschichten. Nach diesem Prinzip werden ganze Wälder wieder aufgeforstet. Allein im Niger wurden 240 Millionen Bäume hochgezogen. Insgesamt kehrte zwischen 1983 und 2015 im Niger Baumbestand auf 6 Millionen Hektar zurück. Das Wissen über FMNR wird meist mündlich durch die Bäuerinnen und Bauern weitergegeben. Damit diese Anbauweise erfolgreich ist, müssen oft herkömmliche Bewirtschaftungsweisen sowie bestehende Forst- und Landwirtschaftsgesetze angepasst werden.

Deutscher Fachverband Agroforstwirtschaft (DEFAF): Herr Rinaudo, woher rührt Ihre Motivation, sich so stark für die Nutzung von Bäumen in der Landwirtschaft einzusetzen?

Tony Rinaudo (TR): Für mich begann alles sehr früh. Als ich ein kleiner Junge war, liebte ich den Wald, die Flüsse, die Berge, war fasziniert von der Vielfalt des Lebens. Doch es gab so viel Zerstörung: Wälder wurden gerodet, Flüsse verschmutzt, Fische durch Pestizide vergiftet. Das hat mich wütend gemacht. Gleichzeitig begriff ich, was für ein komfortables Leben die Menschen in Australien führen, während Menschen in anderen Weltregionen aufgrund von Dürren hungerten. Ich studierte Landwirtschaft und über die Jahre verstand ich, dass es oft nicht nur um das Fällen von Bäumen geht, sondern dass dies eine Angelegenheit ist, die über Leben und Tod entscheidet. Die Diversifizierung von Anbaukulturen bringt Resilienz, also die Fähigkeit von Ökosystemen, nach Störungen wieder einen Gleichgewichtszustand zu erreichen: Eine artenreiche Landwirtschaft gibt den Menschen etwas, um davon zu leben. Sie ist unabdingbar, um mit dem Klimawandel umgehen zu können. Bäuerinnen und Bauern in Afrika, die Bäume in ihr Anbausystem integrieren, wirtschaften besser als andere. Es ist eine

© Silas Koch/ WORLD VISION

Der Mann mit besonders grünem Daumen: Tony Rinaudos Aufforstungsmethode brachte bahnbrechende Erfolge.

Technologie, die man nicht bereut und zugleich eine Anpassungs- und Minderungsmaßnahme gegen den Klimawandel, eine Win-win-Option. Die Integration von Bäumen in landwirtschaftliche Systeme berührt viele Bereiche: Sie reduziert Armut und Hunger und damit einhergehende Konflikte sowie Migration, sie bringt mehr Ressourcen, die geteilt werden können, und vor allem: sie bringt neue Hoffnung. In Europa sieht man junge Menschen, die sehr verzweifelt und angstvoll sind. Vielleicht mangelt es ihnen an Hoffnung?

Dagegen gibt es viele fröhliche und hoffnungsvolle Menschen in den afrikanischen Projektgebieten, sie sind stolz auf das, was sie geschaffen haben, indem sie dafür sorgen, dass es in ihren Heimatdörfern wieder neue Wälder gibt: Es ist eine Investition in die Zukunft. Die Menschen beginnen in Verbesserungen ihrer Farmsysteme zu investieren, und ihre Kinder können zur Schule gehen. Das Rezept ist so einfach und es funktioniert. Der Vergleich mit Europa ist wichtig, denn schließlich sind die Lebensbedingungen in afrikanischen Ländern und in Deutschland sehr unterschiedlich.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, FMNR auch in Deutschland praktisch umzusetzen?

Natürlich unterscheiden sich die Ökosysteme in Afrika gegenüber denen gemäßigter Breiten stark. In Europa macht es dennoch Sinn, Bäume zu pflanzen. In Industrieländern wie Deutschland ist die Landwirtschaft ein Geschäft, ein gewinnorientierter Erwerbszweck. In Afrika hingegen dient die Landwirtschaft in großen Teilen noch der Subsistenz, das heißt dem unmittelbaren Überleben. Das Anpflanzen beziehungsweise die von Bäuerinnen und Bauern unterstützte natürliche Regeneration von Bäumen erfüllt dort existenzielle Grundbedürfnisse auf Nahrung, Tierfutter und Brennstoff, dadurch lassen sich Einkommen vervielfachen. Angesichts des Zusammenbruchs der Populationen von Bienen und anderen Bestäubern ist es in Europa wichtig, mehr über die Ökosystemdienstleistungen von Bäumen zu sprechen.

Der Laubabwurf der Bäume vermehrt die organische Substanz im Boden und die schwammartige Fähigkeit der Böden, Wasser zu speichern. Beispielsweise ist nachgewiesen, dass für jedes Prozent der Zunahme an organischer Materie im Boden die Wasserspeicherkapazität der Böden um 144.000 Liter pro Hektar zunimmt.[1] Dank der Bäume verbessern die Bäuerinnen und Bauern die Feuchtigkeitsspeicherung im Boden gegenüber immer unvorhersehbareren Regenfällen. Dadurch haben sie geringere dürrebedingte Ernteausfälle. Viele Baumarten haben die Fähigkeit, über ihre tiefen Pfahlwurzeln Wasser aus tieferen Bodenschichten in das System mit einzubringen, das sonst für landwirtschaftliche Kulturen nicht verfügbar ist. Der sogenannte hydraulische Lift ermöglicht eine effizientere Nutzung der Wasserressourcen. Es gibt aber auch viele andere Gründe, warum Baumpflanzungen für LandwirtInnen in Deutschland Sinn machen, zum Beispiel für den Wind- und Erosionsschutz. Das sind alles wichtige Ökosystemleistungen, die sich auch monetär auszahlen. Es ist nicht nur so, dass Menschen Bäume brauchen, sondern umgekehrt brauchen auch Bäume Menschen, die sie pflegen und das Eindringen von Waldbränden verhindern. Deutschland beginnt ja nicht bei Null mit der Wiederbewaldung. Es gibt noch viele Bäume in der Landschaft, darauf gilt es nun aufzubauen.

Wie kann man am besten die LandwirtInnen von den Vorteilen der FMNR überzeugen?

Das ist sehr facettenreich! Zunächst müssen wir von den Bäuerinnen und Bauern lernen und ihnen zuhören. Wir sollten bescheiden sein und auf ihre Motivation hören. Meine Arbeit hat zu 95 Prozent nicht primär land- oder forstwirtschaftliche Inhalte, sondern ich trainiere Denkweisen und Einstellungen. Ich frage Bäuerinnen und Bauern in Afrika oft nach der Vergangenheit: Wie stand es um Gewässer und Bodenfruchtbarkeit? Wie steht es um die Zukunft: Wohin willst Du am Ende Deines Arbeitslebens kommen, was willst Du für Deine Kinder erreicht haben? Wenn wir unsere Praktiken nicht ändern, wie wird dann die Zukunft sein? Dann stellt sich die Frage, ob das, was sie im Moment machen, sie dahin bringen kann. Die Bäuerinnen und Bauern merken, dass es so nicht weitergehen kann. An diesem Punkt kommen auch Bäume ins Spiel. Es ist wichtig, den Austausch und Dialog zwischen LandwirtInnen zu fördern, denn externen BeraterInnen glauben sie oft nicht. Aber wenn Bäuerinnen und Bauern untereinander mit anderen sprechen, die erfolgreich Agroforstsysteme etabliert haben, beginnen sie nachzudenken, nachzuhaken und lassen sich überzeugen.

Im Niger schien es unmöglich, mit traditionellen Wiederaufforstungsmethoden Erfolg zu haben. Aber die Entdeckung, dass noch im Boden vorhandene Wurzeln – auch in manchen verwüsteten Regionen – wieder kräftige und gesunde Bäume hervorbringen konnten, führte zur Kehrtwende in einer verzweifelten Situation, die ich als ausweglos empfunden hatte.

Was würden Sie LandwirtInnen in Deutschland mit auf den Weg geben?

Wenn der Klimawandel wirklich stattfindet und nicht nur ein kurzes Aufblitzen ist, dann sage ich LandwirtInnen: Nur diejenigen, die Agroforstwirtschaft betreiben, werden in der Zukunft noch am Markt bestehen. Dasselbe sollten auch europäische Bäuerinnen und Bauern bedenken. Wir müssen mit der Natur kooperieren, um zu überleben. Ein senegalesisches Sprichwort besagt: Wenn du auf Reisen bist und dich verirrst, geh zum Ausgangspunkt zurück. Genauso ist es in der Landwirtschaft: Wir sind in der agrarindustriellen Intensivlandwirtschaft verloren gegangen, wir haben uns und die Erde vergiftet. Wenn wir nicht zurückkehren zur Natur, werden wir untergehen.

Das Interview führten Ulrike Bickel, Julia Günzel und Anika Sebastian vom Deutschen Fachverband für Agroforstwirtschaft e.V. (DeFAF, www.defaf.de) am 9. September 2019 in Berlin.

Tony Rinaudo (World Vision) ist ein australischer Visionär und Träger des alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award), den er 2018 für die bauerngestützte Methode natürlicher Wiederbewaldung (FMNR) erhielt.

1 https://managingwholes.com/soil-carbon-means-water.htm/.

© Fran[zi]s[ko]Vicencio/Flickr (BY-NC-ND 2.0)

In Südamerika entladen sich gegenwärtig lange gepflegte gesellschaftliche Spannungen.

SEHNSUCHT NACH LINKEN ALTERNATIVEN

In Ecuador, Bolivien und Chile flammen scheinbar überraschend Proteste auf – Erklärungen dafür finden sich in Entwicklungen der letzten Jahre

Aktuell wird über Proteste in Chile, Ecuador und Bolivien berichtet, aber nicht immer werden die Hintergründe und Grundursachen für die Demonstrationen und Revolten ausreichend beleuchtet. Dazu muss ein Blick auf die politischen Entwicklungen der Länder geworfen werden, um soziale Spannungen und strukturelle Reformvorschläge aus der Zivilgesellschaft aufzuzeigen.

Menschen, die mit Kochtöpfen und Löffeln auf die Straße ziehen; junge AktivistInnen, die sich vermummen, Molotow-Cocktails bauen und mit diesen auf die Gewalt von Polizei und Militär reagieren; brennende Barrikaden; Tote. Das sind die Bilder und Nachrichten, die uns seit einigen Wochen aus Chile, Ecuador und Bolivien erreichen. Sie verstören, denn seit mehr als zehn Jahren ging es in diesen Ländern Lateinamerikas eher friedlich zu. Grund genug also, sich mit diesen Ereignissen ausführlicher auseinanderzusetzen, Parallelen und Unterschiede aufzuzeigen und einen Blick in die Zukunft zu wagen.

Rohstoffausbeutung setzt Demokratie unter Druck

Trotz unterschiedlicher Protestanlässe sind die politischen Entwicklungen in Ecuador und Bolivien vergleichbar: In beiden Ländern können sich Mitte-Links-Regierungen seit Anfang der 2000er Jahre im Amt halten. Dafür setzten und setzen die Präsidenten Rafael Correa (2007–2017) und Lenín Moreno (seit 2017) in Ecuador sowie Evo Morales (seit 2006) in Bolivien teilweise auf die Aushebelung der Demokratie. Sie haben zwar Verbesserungen für die arme Bevölkerung angestoßen, diese fußen aber nicht primär auf Umverteilung, sondern auf der Intensivierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und dem teilweise rücksichtslosen Ausbau der Infrastruktur. Das führte zu Konflikten mit beziehungsweise unter verschiedenen indigenen Gruppen, die ihre Territorien und Lebensgrundlage gefährdet sehen. Und mit der ländlichen Bevölkerung, die oftmals auf Subsistenzwirtschaft und damit auf ein intaktes Ökosystem angewiesen ist. Im Zentrum der Konflikte stehen Vorhaben wie Wasserstaudämme, Bergbauprojekte oder Erdölforderung, wie zum Beispiel im Yasuní-Nationalpark in Ecuador, in welchem die letzten indigenen Völker in freiwilliger Isolation leben.

Die jüngsten Proteste in Ecuador wurden ausgelöst durch die Streichung staatlicher Subventionen auf Treibstoffe durch Präsident Moreno und damit einhergehende Preiserhöhungen für Benzin und Busfahrten Anfang Oktober. In Bolivien waren es die Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 20. Oktober, die der amtierende Präsident Morales, trotz gegenteiliger Prognosen, gewann. Sowohl Morales Konkurrent Mesa, aus dem bürgerlichen Lager, als auch große Teile der bolivianischen Bevölkerung warfen der Wahlkommission und Morales eine Fälschung der Wahlergebnisse vor. Die Organisation Amerikanischer Staaten gab zudem bekannt, dass sie Unregelmäßigkeiten beobachtet hätte.

Sowohl in Ecuador, als auch in Bolivien lenkten die Regierungen an-

gesichts der Proteste ein. In Ecuador kündigte Moreno Mitte Oktober die Rücknahme der Treibstoffpreiserhöhungen an und versprach, die Vorsitzenden des indigenen Dachverbandes CONAIE an der Ausarbeitung von Reformen der staatlichen Subventionen zu beteiligen.

In Bolivien stellte ein Bericht der Organisation Amerikanischer Staaten nach der Wahl die Ergebnisse offiziell in Frage, woraufhin Morales Neuwahlen versprach. Zuvor hatte er ein Projekt zur Lithiumförderung am Salar de Uyuni mit einer deutschen Firma aufgekündigt. Bolivianische NGOs hatten das Projekt stark kritisiert, da die Verträge nicht einsehbar waren und die Bevölkerung nicht beteiligt wurde. Es ist gut möglich, dass Morales das Projekt aufkündigte, um den Protesten gegen seine Person ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Doch trotz dieser Maßnahme und der Ankündigung von Neuwahlen wuchsen die Proteste weiter an. Einige Polizei- und Militärkräfte schlossen sich an. Am 11. November verkündete Morales seinen Rücktritt und sprach von einem Putsch gegen seine Person. Ein großer Teil des Unmuts gegen Morales besteht aufgrund seiner Kandidatur selbst. Laut Verfassung ist die Anzahl der politischen Mandate auf zwei begrenzt. Morales und seine Partei, Bewegung zum Sozialismus (MAS), klammerten sich aber an die Macht und erzielten ein Urteil vor dem Verfassungsgericht, laut dem Morales sich erneut zur Wahl stellen konnte. Daraufhin wuchs die Kritik auch innerhalb der MAS und unter den Indigenen. Derweil schaffte es die politische Rechte die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Morales erfolgreich für sich zu vereinnahmen.

Ähnliche Auslöser, andere Ursachen

Auch in Chile gibt es seit Anfang Oktober landesweite Proteste. Während der Auslöser, ähnlich wie in Ecuador, ein Anstieg der Strompreise und Preiserhöhungen für die U-Bahn waren, sind die politischen Spannungsfelder Chiles andere. Wenngleich der Abbau natürlicher Rohstoffe auch für Chiles Wirtschaft eine große Rolle spielt, ist das Land sehr viel industrialisierter, die Wirtschaft diversifizierter, die seit 2018 amtierende Regierung von Präsident Sebastián Piñera ist konservativ-neoliberal. Zudem hat Chile die Zeit der Militärdiktatur von 1973 bis 1990 bis heute nicht aufgearbeitet. Die unter Augusto Pinochet 1980 verabschiedete Verfassung ist immer noch in Kraft.

Auch deswegen ließen sich die Menschen nicht mit Piñeras Rücknahme der Strompreiserhöhungen besänftigen, sondern protestierten weiter, anders als in Ecuador, wo sich die Lage wieder entspannt hat. Viele fordern den Rücktritt Piñeras, der die DemonstrantInnen als „mächtigen Feind des Landes“ bezeichnet hat. Piñeras versuchte Sympathien für sich zu gewinnen, indem er Ende Oktober sein gesamtes Kabinett entließ und soziale Reformen ankündigte. Doch vielen ChilenInnen geht es nicht nur um die soziale Ungleichheit und die schwierigen Lebensbedingungen, sondern um das politische System: Die zentrale Forderung ist die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, an der die Zivilgesellschaft beteiligt werden soll, um endlich eine neue Verfassung zu erarbeiten. Mitte November ging Piñera zum Teil auf diese Forderung ein. In einer Verhandlung mit der Opposition einigte er sich darauf, dass nächstes Jahr im April ein Referendum abgehalten werden soll, in welchem die BürgerInnen zu der Verfassung befragt werden und die Ausarbeitung einer neuen Konstitution fordern können sollen.

Erfolg motiviert

Weil die Regierungen Ecuadors, Boliviens und Chiles (teilweise) auf die Forderungen der Proteste eingegangen sind, fühlen sich die Menschen ermutigt, weiter für ihre Ziele zu demonstrieren.

In Ecuador könnten die Proteste schnell wieder aufflammen, sollte die Regierung nicht ausreichend auf die Wünsche der Indigenen und der Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung der Reformen eingehen. Bisher sieht es nicht danach aus: So hat der indigene Dachverband CONAIE Ende Oktober die Gespräche mit Moreno ausgesetzt und der Regierung vorgeworfen, den Verband auszuspionieren. Derweil versucht Moreno im Parlament ein Eilgesetz zu verabschieden, welches weitere neoliberale Reformen vorsieht. Zudem könnten jederzeit Konflikte über Rohstoffprojekte hochkochen. So wurden die Bemühungen nach Demonstrationen und einem Volksbegehren eingestellt, Gold in der Nähe der Stadt Cuenca im südlichen Hochland zu fördern. Anderenorts laufen die Explorationen aber weiter. Auch wird die Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark vorangetrieben, obwohl ein Referendum 2018 eine Begrenzung der Förderung beschlossen hat. UmweltschützerInnen kämpfen gegen weitere Förderstandorte in diesem Park, die das Leben der indigenen Völker gefährden würden.

Boliviens Präsident Morales hat durch seine vierte Präsidentschaftskandidatur das Land gespalten. Die politische Linke leidet insgesamt darunter, dass sich Morales an die Macht klammerte. Das von Morales vorangetriebene Entwicklungsmodell, das wie in Ecuador auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basiert, wird besonders von links kritisiert. All das spielt der politischen Rechten in die Hände. Nach Morales Rücktritt hat die extrem rechte Jeanine Áñez die Präsidentschaft vorrübergehend übernommen. Ihr Kabinett besteht hauptsächlich aus ultrarechten weißen Männern. Jedoch hat die MAS Ende November einem Gesetzentwurf von Áñez zugestimmt, der Neuwahlen und die Ausschließung Evo Morales von diesen vorsieht.

Die anhaltenden Proteste in Chile bieten derweil Potential für eine Stärkung der politischen Linken des Landes. Entscheidend dafür wird sein, dass sich die unterschiedlichen AkteurInnen auf gemeinsame Ziele konzentrieren. Zudem könnte das Land endlich die Zeit der Militärdiktatur aufarbeiten. Dafür müssten sich diejenigen durchsetzen, deren Familien unter Augusto Pinochet verfolgt, gefoltert und tyrannisiert wurden. Ihnen gegenüber stehen starke staatliche und gesellschaftliche Institutionen, die seit Jahren von konservativen Kräften kontrolliert werden. Möglich ist aber auch, dass die demonstrierenden Menschen den Präsidenten noch vor den Referenden nächstes Jahr aus dem Amt jagen.

Katharina Schwirkus

Katharina Schwirkus ist Redakteurin der Tageszeitung „neues deutschland“ und freie Autorin.

BYE BYE GLOBALES INTERNET?

Internet Governance zwischen nationalen Interessen und geteilter Verantwortung

„One World. One Net. One Vision." Unter diesem Titel tagte das Internet Governance Forum (IGF) der Vereinten Nationen (UN) vom 25. bis 29. November 2019 in Berlin. Das IGF wurde 2005 für den Austausch über die politischen Aspekte des Internets eingerichtet und bietet unter anderem Diskussionsforen zu Cyber-Sicherheit, Daten und neuen technologischen Entwicklungen. Nebenbei erlaubt es eine moderne Perspektive auf Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen internationaler Kooperation im 21. Jahrhundert.

Der multistakeholder-Ansatz ist in die DNA des IGF eingeschrieben. Staaten, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind gleichberechtigte Teilnehmer dieses UN-Forums. Da laut Mandat keine konkreten politischen Entscheidungen vorgesehen sind, steht vor allem der Austausch zwischen ExpertInnen aus dem digital-technischen Bereich im Vordergrund.

Jenseits dieser hochspeziellen aber nicht minder interessanten Fachdebatten,[1] erfüllt das IGF eine interessante Funktion. Es fungiert beispielhaft als Bühne für die Diskussion zweier zentraler Fragen: Inwiefern ist internationale Zusammenarbeit derzeit überhaupt möglich? Und wer trägt die Verantwortung für sozioökonomische und technologische Entwicklungen?

Zerstückelung des Internets?

Gleich zu Beginn des IGF ging Bundeskanzlerin Angela Merkel überraschend klar auf eine Entwicklung ein, bei der jenseits des ursprünglich mehr oder weniger global zugänglichen Netzes nationale Internets entstehen. Sie erklärte, „dass manchem auf der Welt ein Internet der Freiheit und der Offenheit sowie die vielen dezentralen Strukturen des Internets ein Dorn im Auge sind" und dass „nichtdemokratische Staaten und ihre Staatsführungen" in die Freiheiten eingriffen, die das Internet schaffe. „Sie versuchen eigene oder nationale Interessen durchzusetzen und hierfür ihre Netze vom globalen Internet abzuschotten." Diese Aussagen haben besondere Relevanz, wenn man sich vergegenwärtig, wen es implizit adressiert: China.

China ist Vorreiter im nationalen Internetausbau

China ist das Land, in dem der Ausbau eines nationalen Internets am weitesten fortgeschritten ist. Nicht nur hat die chinesische Regierung in den letzten 15 Jahren massiv in den Ausbau der „Great Firewall" investiert, sowohl technisch durch Zensursoftware wie auch mit extrem restriktiver Gesetzgebung. Die einstige Nutzung des Internets als Werkzeug der Bevölkerung zur Kritik am Staat oder an Behörden und zum Austausch über Missstände ist faktisch zum Erliegen gekommen. Chinas Regierung und Wirtschaft haben hierfür perfekte Bedingungen geschaffen. Der Großteil der im Land verkauften Hard- und Software stammt mittlerweile aus chinesischer Produktion oder wird speziell für den chinesischen Markt produziert. Die großen, globalen Internetplattformen wie Google, Twitter und Facebook sind innerhalb Chinas nicht zugänglich. Die Nutzung von VPNs, die den Ort des Einloggens verschleiern und Zugang zu nicht-chinesischen Seiten ermöglichten, ist eingeschränkt und teilweise verboten.

Begründet werden diese Maßnahmen, die Menschenrechte in China massiv einschränken, mit dem Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen und dem Recht des Staates auf Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Auch Russland versucht sich an Internetzensur bspw. durch das „Internetsouveränitätsgesetz". Offiziell soll es Russlands Internet im Falle einer Trennung vom globalen Internet oder vor Cyber-Attacken schützen. Faktisch wird so aber jeglicher Internetverkehr in und aus Russland durch eine staatlich kontrollierte Netzinfrastruktur laufen, die unter anderem Massenüberwachung ermöglicht.

Datenlokalisierung versus freier Datenfluss

Ein Werkzeug staatlicher Kontrolle nationaler Netze ist die lokale Speicherung von Daten. Viele netzpoli-

© UN Photo/Tobias Hofsaess

UN-Generalsekretär Antonio Guterres eröffnete im November 2019 das Internet Governance Forum in Berlin.

tische AktivistInnen lehnen Datenlokalisierung innerhalb nationaler Grenzen ab, mit dem Verweis auf potentiellen staatlichen Missbrauch. Das ist häufig richtig und wichtig, zeigt sich doch weltweit eine deutliche Zunahme von Datenlokalisierungsgesetzgebungen in den letzten 30 Jahren.

Ganz unkritisch ist ein freier, unbeschränkter Datenfluss allerdings auch nicht. Er hat insbesondere in der kommerziellen Nutzung auch zum Verlust der Kontrolle über die Daten durch die Datenbereitstellenden (wir) geführt. Zudem sind Daten derzeit vor allem auf Servern in den USA und Europa (und China) gespeichert, aber kaum im Globalen Süden. Das ist insbesondere hinsichtlich Datenschutzregulierungen und steuerlicher Abgaben digitaler Konzerne relevant.

Auch die EU ist nicht frei von in diesem Fall regionaler Bestrebungen im digitalen Raum. Die Datenschutzgrundverordnung hat sicherlich Fortschritte hin zu mehr Verbraucherschutz in der EU gebracht. Langfristig geht es der EU aber um ein Bestehen im internationalen Wettbewerb. Sie strebt an, einen Daten-Binnenmarkt zu schaffen mit freiem Verkehr nichtpersonenbezogener Daten. VerbraucherschützerInnen sollten genau hinschauen, inwiefern Menschenrechte berücksichtigt werden und welchen weiteren Entwicklungen Vorschub geleistet wird. Denn Datenlokalisierung ist bspw. ein kritisches Thema in EU-Handelsabkommen. Es steht zu befürchten, dass durch ein Verbot von Datenlokalisierung und die Vereinbarung eines freien Datenflusses zwischen den Vertragsparteien europäische Datenschutzstandards unterminiert werden könnten. Zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit fordern unter anderem deswegen, dass Datenströme und Datenlokalisierung nicht in EU-Handelsabkommen geregelt werden dürfen.

Internationaler Beschluss zum Zugang zum globalen Internet nötig

Zurück zum IGF. Dass die chinesische Regierung beim IGF prominente Rederollen hat und neuste Zensurgesetze vorstellen kann, ist ernüchternd und zeigt die Schwäche internationaler (UN-)Diskurse, Autokratien angemessen zu konfrontieren. Vor allem dann, wenn es wirtschaftliche Interessen und Wettbewerbsängste gibt.

Umso interessanter die Rede von Angela Merkel – umso interessanter der Slogan des IGF „One World. One Net. One Vision.“. Für Milliarden Menschen gibt es dieses eine Internet nicht mehr. Was es bräuchte, wäre gerade hinsichtlich der gravierenden Einschränkung von Menschenrechten eine internationale Ächtung der Bildung dieser nationalen Internets und Unterstützung für freien Internetzugang für alle Menschen. Das ist eine Aufgabe für die Staatengemeinschaft, genauso wie der mächtigen, global agierenden IT-Unternehmen und Plattformen.

Geteilte Verantwortung von wem?

Womit wir bei der zweiten Frage wären, wer eigentlich die Verantwortung trägt für Entwicklungen im digitalen Raum? Ist es der Staat, den es betrifft? Die internationale Staatengemeinschaft? Der Hersteller oder die Plattform? Die NutzerInnen? Oder die Technik selber?

Die Notwendigkeit, hierüber international zu sprechen, zeigt sich besonders drastisch in der Frage der IT-Sicherheit. Mit zunehmender Ausweitung des Internets auf unserer Lebens- und Arbeitsbereiche sowie der Verbreitung billiger Technologien auf globalen Märkten wachsen die globalen Sicherheitsrisiken. Massive Hackerangriffe sind bereits aufgetreten, wie der Hackerangriff auf die Internetinfrastruktur im Osten der USA, der im Oktober 2016 mehrere Stunden lang den Internetzugang fast der gesamten Ostküste lahmlegte.

Es ist zu erwarten, dass diese Art von Cyber-Angriffen zunehmen werden, mit dem Einzug von immer mehr digitalen Technologien in unseren Alltag. Bereits jetzt gibt es weltweit schätzungsweise über sieben Milliarden mit dem Internet verbundene Geräte, bis 2025 werden es wohl mindestens 21 Milliarden sein. Darunter fallen im Internet der Dinge Smartphones, digitale Haushaltsgeräte, Geräte in Fabriken und öffentlicher Infrastruktur. Wir leben in eng vernetzten, digitalen Welten, die von lauter Laien genutzt werden. Viele der Geräte weisen Sicherheitslücken auf, auch weil es bisher keine entsprechenden verbindlichen Standards gibt. Schnell und billig zu produzieren ist weltweites Geschäftsmodell. Darin ist kein Platz für Sicherheitschecks. Regulierer alleine sind hier häufig überfordert, schon im Verständnis dessen, was eigentlich zu regeln wäre.

Ohne dem IGF und seinem durchaus kontrovers diskutierten Multistakeholder-Ansatz zu viel Bedeutung geben zu wollen, kann es wie ein durch die Lupe betrachtetes Experiment für modernen Multilateralismus gesehen werden. Dass internationale Kooperation bei Internetbelangen notwendig ist, liegt in der Natur der Sache. Bestrebungen, das durch nationale Ansätze aufzukündigen, werden kritisiert. Grundsätzlich scheint Konsens darüber zu bestehen, dass HerstellerInnen, RegulierernInnen und Zivilgesellschaft gemeinsame Strategien bspw. hinsichtlich der Sicherheit von Technik erarbeiten müssen. Gesetzliche Regelungen werden schon aus rein marktwirtschaftlichen Überlegungen (wer versichert z. B. ein unsicheres Gerät) auch von HerstellerInnenseite nicht grundsätzlich abgelehnt. Die Schwäche des IGF ist seine Unverbindlichkeit. Vielleicht ist aber ein offener, internationaler Austausch alles, was wir uns derzeit überhaupt erhoffen können.

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt & Entwicklung.

1 Ein Blick in die umfassenden Video-Aufzeichnungen des IGFs lohnt sich: https://www.youtube.com/user/igf/playlists.

© László Maráz

Waldsterben 2.0: Klimawandel, Borkenkäfer und exzessive Holzwirtschaft setzen den heimischen Wäldern schwer zu.

WALD IN DER KLIMAKRISE

Der fahrlässige Umgang der Politik mit dem Wald

Selten war das Schicksal unserer heimischen Wälder so prominent in den Medien wie in diesem Sommer. Nach zwei Hitze- und Dürre-Sommern gerieten viele Bäume an ihre Grenze. Geschwächte Fichten wurden von Borkenkäfern befallen, Buchen leiden unter Schleimfluss (eine Pilzkrankheit). Millionen von Fichten, aber auch Birken, Buchen und sogar viele der recht trockenresistenten Kiefern sind verdorrt. Kein Wunder, dass landauf, landab WaldeigentümerInnen, Forstleute und PolitikerInnen sich darin überboten, in der Öffentlichkeit die Bedeutung des Waldes für das Allgemeinwohl zu loben und vor allem viel Geld für die Beseitigung der Schäden und die Anpflanzung neuer Waldbestände zu fordern.

Forderungen nach mehr Klimaschutz oder gar Demonstrationen vor den Regierungsgebäuden blieben dagegen aus, obwohl WaldeigentümerInnen schon heute und viel stärker von den Klimaschäden betroffen sind als die vielen SchülerInnen, die seit über einem Jahr und inzwischen weltweit freitags für echten Klimaschutz demonstrieren. Es sieht ganz danach aus, als könnte die Regierung auch dieses Problem mit einigen Hundert Millionen Euro Steuergeldern in die Zukunft verschieben.

Mehr Geld, Mehr Holz, weniger Klimaschutz

Dass nicht der Wald, sondern das Holz und die eigenen Geschäfte im Vordergrund stehen, wurde dann bei einem Fachgespräch im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sichtbar: WaldeigentümerInnen wollen Geld, um den Wald von abgestorbenen Bäumen zu säubern, obwohl Borkenkäfer keine toten Bäume befallen und niemand das Holz kaufen will. Das Transportgewerbe fordert die Zulassung höherer Frachtgewichte, um Holz schneller (wohin?) fahren zu können. Die Baumschulen bieten eine Milliarde junge Bäume zum Kauf an, obwohl auch in geschädigten Wäldern Milliarden von Jungpflanzen kostenfrei wachsen würden, wenn man die Flächen nicht räumen und befahren würde oder weniger Wild weniger Pflanzen wegfressen würde. Aus den Reihen der Forst- und Holzwirtschaft wird gefordert, den Holzverbrauch zu steigern, um das Klima zu schützen (in Wirklichkeit will man den Holzabsatz und Einnahmen daraus steigern). Die Bioenergiebranche sieht Holzverbrennung sowieso als entscheidenden Beitrag zur Verringerung von Treibhausgasemissionen, auch wenn längst bekannt ist, dass auch dieser Beitrag gering und umstritten ist.[1] Vom Deutschen Forstwirtschaftsrat ist die Verlautbarung zu vernehmen, die Gesellschaft müsse viel Geld für die Wälder ausgeben, da Wälder viel Sauerstoff produzieren würden. In Krisenzeiten nimmt man es mit der Wahrheit nicht so genau: Wälder verbrauchen den erzeugten Sauerstoff fast vollständig selbst, wenn Laub und Holz verrotten (oder verheizt werden). Die Sorge solcher LobbyistInnen um die Sauerstoffversorgung erfasst übrigens nie den gigantischen Sauerstoffverbrauch von Kohlekraftwerken oder Fahrzeugmotoren.

Der Borkenkäfer macht nur seinen Job

Die Warnungen von ExpertInnen, wie dem renommierten Forstwissenschaftler Prof. Dr. Pierre Ibisch,[2] wurden indes nicht berücksichtigt, da sie den gewohnten Gang der Dinge nur stören würden. Naturverjüngung statt teurer Pflanzungen? Den Wald ein paar Jahre in Ruhe lassen? Schalenwild effektiver bejagen? Oder gar die Fehler in der Forstwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte selbstkritisch analysieren? Fehlanzeige! Stattdessen wurden die Auswirkungen der Klimakrise dafür genutzt, von den hausgemachten und altbekannten Problemen abzulenken. Denn nicht die Borkenkäfer, sondern der Massenanbau standortfremder Na-

delbaumplantagen hatten schon lange zu massiven Ausfällen der Fichte geführt, die von Natur aus nur auf ein bis zwei Prozent der Waldfläche wachsen würde – heute sind es 28 Prozent. Jetzt, wo massenweise Fichtenholz auf den Markt drängt, sind die Preise so niedrig, dass es sich nur in wenigen Fällen lohnt, das viele Holz aus dem Wald zu räumen. Viele der etwas älteren Laubwälder wurden stark aufgelichtet, indem man zu viele der alten Bäume gefällt hat. Die schweren Maschinen haben in den vergangenen Jahrzehnten einen großen Teil der Waldböden verdichtet, die deshalb weniger Wasser aufnehmen und speichern. Der Waldumbau weg von artenarmen Nadelbaumplantagen hin zu gemischten und Laubbaum-reicheren Wäldern wurde viel zu langsam durchgeführt. Auch wegen der verfehlten Jagdpolitik sind heute immer noch zu viele dieser Holzäcker nicht in der Lage, auf die Folgen der Klimakrise zu reagieren. Die intensive, oft gar industrielle Forstwirtschaft trägt selbst eine große Mitverantwortung für die Schäden.

Gleichwohl sind auch viele Forstleute und WaldeigentümerInnen, die sich darum bemüht haben, eine naturnähere Waldnutzung zu verfolgen, an den Interessen der Jagdlobby und an Vorgaben der Länder (mehr Gewinne durch Holzverkauf machen) schier verzweifelt. Bei aller berechtigten Kritik muss man hier doch differenzieren und die Kritik an die Verantwortlichen richten, statt pauschal alle Forstleute und WaldeigentümerInnen zu kritisieren.

Patient Wald bracht Ruhe!

Mit einem offenen Brief[3] wandten sich mehr als 70 WaldexpertInnen an die zuständige Bundesministerin Julia Klöckner, um zu verhindern, dass im Forst nun das große Aufräumen und das wilde Anpflanzen aller möglichen Bäume gestartet wird. An erster Stelle stand die wichtigste Forderung: ernsthaften Klimaschutz betreiben, denn kein noch so ökologisch gestalteter Wald kann die Folgen der befürchteten Erdüberhitzung überleben. Die angeschlagenen Wälder brauchen Schonung. Weniger Holzeinschlag würde die Wälder schattiger erhalten, das Liegenlassen von Totholz kann zur Kühlung beitragen, weil Moderholz viel Wasser speichert. Die Einträge von Pestiziden und Stickstoff, die den Wald seit Jahrzehnten stark belasten, müssten ebenso verringert werden wie die Wildbestände, die das natürliche Aufwachsen junger Laubbäume verhindern. Anstatt teurer Pflanzungen könnte diese natürliche Regeneration dabei helfen, die abgestorbenen Waldstücke zu erneuern. Schon gar nicht dürfe man jetzt Baumarten anpflanzen, die aus fernen Regionen importiert werden, weil sie besonders schnell wachsen oder weil man vermutet, dass sie mit wärmerem Klima und weniger Wasser auskommen.

Waldgipfel: ratlos in die Zukunft

Doch beim Waldgipfel stellte sich leider heraus, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium nicht daran interessiert ist, das Möglichste zu tun, um funktionsfähigen Wäldern eine Chance zu geben. Die wichtigsten Maßnahmen außerhalb des Waldes (Klimaschutz, Pestizide, Stickstoff) werden von der Regierung nicht angepackt – im Gegenteil: Wir erleben derzeit das komplette Versagen einer Bundesregierung in den wichtigsten Zukunftsfragen. Weder wurden die Empfehlungen anderer Bundesfachbehörden wie des Bundesamts für Naturschutz[4] berücksichtigt, noch hatte man unabhängige Experten als ReferentInnen eingeladen. Offenkundig stand das Ergebnis, nämlich die Hausmeinung des BMEL, schon vorher fest.[5] Viel Geld soll von Problemen ablenken, um Lobbygruppen und vermutetes WählerInnenpotenzial zufriedenzustellen.

Deutlich wurde die Haltung auch während der Veranstaltung: Als die Waldreferentin von Robin Wood während ihrer Rede auf eine kleine Aktion im Saal hinwies, die im Hintergrund lediglich Aufmerksamkeits- und Informationscharakter hatte und weder aggressiver noch störender Natur war, wurde ihr vom Moderator in rüder Weise das Wort entzogen. Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Hauk, der seinen Wortbeitrag dazu missbrauchte, gegen die Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt zu hetzen, erhielt dagegen Beifall, obwohl diese Strategie und das Ziel, fünf Prozent der Wälder zu schützen, nicht Gegenstand des Waldgipfels war.

Dabei ist seit Langem klar, was getan werden müsste. Die wichtigste Forderung zur Waldnutzung ist, aus den Forstflächen wieder funktionierende, möglichst naturnahe Waldökosysteme zu machen. Das kann vielfach durch Unterlassen forstlicher Maßnahmen erfolgen, manchmal aber auch durch Pflanzungen unterstützt werden. Die Pflege und Förderung von (holz)leistungsstarken Baumarten hingegen ist der falsche Weg. Wenn gesunde, strukturreiche gemischte Wälder geschont werden und sich entwickeln dürfen, können sie auch wieder Holz produzieren. Genug Holz wird es nur dann sein, wenn wir unseren Verbrauch auf die Mengen beschränken, die wir Wäldern entnehmen können, ohne dass diese geschädigt werden.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Dialogplattform Wald des Forum Umwelt & Entwicklung.

1 https://plattform-wald-klima.de/holz-oder-kohle/.

2 http://waldproblematik.de/wp-content/uploads/2019/11/ausf%C3%BChrl-Stellungnahme-Prof-Ibisch-Bundestag-Waldanh%C3%B6rung-11-11-2019.pdf.

3 https://www.forumue.de/offener-brief-an-bundesministerin-kloeckner-waldexperten-warnen-vor-aktionismus-in-der-waldkrise-und-fordern-ende-von-holzfabriken/.

4 https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/landwirtschaft/Dokumente/BfN-Positionspapier_Waelder_im_Klimawandel_bf.pdf.

5 https://www.waldgipfel.de/fileadmin/waldgipfel/dateien/presse/bmel_eckpunktepapier_waldgipfel_sept2019_1.pdf.

© David Clode/Unsplash

Nach den verheerenden Waldbränden im November 2019 erklärt die Australische Koala-Stiftung die Beuteltiere für „praktisch ausgestorben".

MIT FRISCHER KRAFT ENDLICH VORWÄRTS?

Auf dem Weg zum neuen globalen Biodiversitätsrahmenwerk

Die bevorstehende 15. Vertragsstaatenkonferenz (COP) der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) im Oktober 2020 wirft ihre langen Schatten voraus. Auf dieser Konferenz, die in der südchinesischen Stadt Kunming stattfindet, soll das neue Globale Biodiversitätsrahmenwerk beschlossen werden, das den bisherigen strategischen Plan der CBD 2010-2020 ablösen wird. „Ambitioniert" soll es werden, da sind sich alle einig, doch was bedeutet das, und was muss man tun, um endlich das Ruder herumzureißen und zumindest die Rate des Biodiversitätsverlustes zu verringern? In dem umfassenden Prozess wird bisher viel über die Ziele gefachsimpelt und wie diese angeordnet werden sollen. Um aber die Probleme anzugehen, die der Bericht des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) im Mai 2019 eindrücklich vor Augen geführt hat, braucht es vor allem eine Verbesserung der Umsetzung. Die Biodiversität muss endlich aus der Umweltnische heraus in den Mainstream, und es muss mehr über Transparenz, Verbindlichkeit und Durchschlagskraft der Konvention gesprochen werden.

Eigentlich ist der Anlass eher formell: Der bisherige, 2010 im japanischen Nagoya beschlossene strategische Plan läuft aus, und es muss festgelegt werden, wie es ab 2020 weitergeht. Doch gibt es auch inhaltlich guten Grund zu schauen, ob man die Umsetzung der CBD mit einer neuen Strategie nicht verbessern kann. Denn nur eines seiner 20 Ziele (das Inkrafttreten des Nagoya-Protokolls, das auf internationaler Ebene den Zugang und die Nutzung genetischer Ressourcen regelt) wurde vollständig erreicht. Der Bericht des IPBES vom Mai dieses Jahres zeigt deutlich: der Biodiversitätsverlust schreitet ungebremst voran, das Ziel, ihn aufzuhalten, wurde erneut verfehlt.

Der Weg zum neuen Abkommen

Gute Gelegenheit also, hier nachzubessern und international einen Rahmen zu schaffen, damit es diesmal nach den Pleiten von 2010 und 2020 in den nächsten zehn Jahren endlich gelingen kann, den Schwund der Artenvielfalt zu bremsen. Damit das Ergebnis wirklich gut und von allen Ländern getragen wird, wurde ein umfassender internationaler Prozess aufgegleist. Die Taktdichte globaler Treffen im Rahmen der CBD wird deutlich erhöht: Zusätzlich zu den ohnehin stattfindenden beiden Treffen des wissenschaftlich-technischen Ausschusses (SBSTTA), die binnen zwei Jahren beziehungsweise zwischen zwei Vertragsstaatenkonferenzen normalerweise stattfinden, wurden zunächst regionale Konferenzen in allen Kontinenten veranstaltet, denen seit August 2019 vier Treffen der Open-ended working group (OEWG) folgen. Diese Arbeitsgruppe soll Inhalt und Text des neuen Biodiversitätsabkommens entwerfen, das in seiner Bedeutung vergleichbar mit dem Paris-Abkommen sein wird. Ihr sollen vielfältige globale Expert-Innenworkshops zuarbeiten, etwa zu den Themen Ökosystemrestaurierung, Schutzgebiete, Ressourcenmobilisierung und Umsetzungsmechanismen. Auch auf nationaler und Ebene der Europäischen Union (EU) hat sich die Zahl der Treffen deutlich erhöht. Die Ergebnisse des Prozesses

sollen im Juli 2020 vorliegen und die dann noch strittigen Punkte auf der CBD COP im Oktober 2020 bereinigt und das neue Abkommen beschlossen werden.

Was steht auf dem Spiel?

Auch wenn eine vertiefte Ursachenanalyse noch aussteht – klar ist, dass das Scheitern des bisherigen strategischen Plans und seiner Ziele in erster Linie an der mangelnden Umsetzung liegt. Zu wenig wurde getan, um sie zu erreichen. Wirklich gekümmert haben sich lediglich die (personell und finanziell) schlecht aufgestellten Umweltministerien und so wundert es auch nicht, dass die Erreichung der Ziele in ihrem Zuständigkeitsbereich (z. B. Ausweisung von Schutzgebieten) in vielen Fällen besser ist als bei anderen Zielen, etwa die Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten oder biodiversitätsschädigende Anreize abzuschaffen. Weil aber die Ursachen des Biodiversitätsverlustes aus allen Ebenen und Sektoren von Politik und Gesellschaft stammen, muss die Umsetzung des neuen globalen Biodiversitätsrahmenwerks nun auch durch alle Sektoren und die Regierungen in ihrer Gesamtheit erfolgen. Das neue Biodiversitätsrahmenwerk muss durch die Staatsoberhäupter in Kunming verabschiedet und von ihnen getragen werden, und jedes einzelne Amt und Ministerium muss die nötigen Maßnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich beschließen und umsetzen. Nur wenn sich die Regierungen in ihre Gesamtheit um die Umsetzung kümmern, wird es gelingen, die im Mai 2019 vom IPBES erhobenen Forderungen nach Bekämpfung der Ursachen des Biodiversitätsverlustes (Änderungen der Landnutzung, direkte Verfolgung durch Jagd und Fischerei, Klimawandel, Umweltverschmutzung und die Ausbreitung gebietsfremder Arten) und Änderung der dem zugrundeliegenden Mechanismen (z. B. internationale Handelspolitik und Konsum) auch umzusetzen.

Es braucht klare Richtlinien für die Umsetzung

Generell muss die Umsetzung der Biodiversitätskonvention und des neuen Biodiversitätsrahmenwerks gestärkt werden. Dazu gehören Standardisierung, bessere Überprüfung und Stärkung der Verbindlichkeit: Derzeit gibt es keine Vorschriften, wie die nationalen Biodiversitätsstrategien und nationalen Berichte zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention strukturiert werden sollen. Sie sind somit weder untereinander noch mit der globalen Strategie vergleichbar. Man kann sie nicht beurteilen und die Berichte neigen dazu, einzelne Projekte und Erfolge herauszustellen, statt einen Überblick über den Stand der Erreichung der 20 Ziele zu geben. Um diese nötige Transparenz zu schaffen, muss ein klares, einheitliches Standardformat für diese zentralen Instrumente der CBD-Umsetzung eingeführt werden.

Aufbauend auf die nationalen Berichte braucht es einen Prozess, in dem die erzielten Ergebnisse durch unabhängige ExpertInnen und andere Länder überprüft, beurteilt und besprochen werden und damit Ideen zur Verbesserung der Situation übernommen werden. Am Ende müssen – anders als heute – klare Verstöße gegen die Konvention auch Konsequenzen haben. Ein sogenannter „Compliance-Mechanismus“ tut not, wie er in anderen Konventionen enthalten ist. In diesem können vermeintliche Regelverstöße vorgebracht und Sanktionen beschlossen werden, etwa durch Kürzungen globaler Fördertöpfe. Hierzu müssen die tatsächlichen Verpflichtungen im neuen Biodiversitätsrahmenwerk allerdings sehr klar und verbindlich definiert werden.

Leider fokussiert die Diskussion aktuell wenig auf diese wichtigen Elemente. Stattdessen wird viel am derzeitigen Zielekanon herumgedoktort, es wird eine neue „Architektur“ oder bessere Indikatoren vorgeschlagen. Viele fordern ein eingängiges, übergeordnetes Ober- oder „Apex“-Ziel, das man ebenso wie das 1,5 Grad Celsius-Ziel der Klimakonvention leicht kommunizieren kann, was aber angesichts der Komplexität des Themas Biodiversität nicht möglich ist. Dieser Fokus auf die Ziele ist falsch. Ursache für die nicht zufriedenstellende Zielerreichung sind nicht die Ziele selbst – diese sind gut formuliert und decken das gesamte Spektrum der Biodiversitätspolitik ab – sondern ihre mangelhafte Umsetzung.

Die Industrieländer müssen sich bewegen.

Damit dieses neue Abkommen zustande kommt, braucht es allerdings auch noch zwei weitere Zutaten, über die im Rahmen des Post-2020-Rahmenwerks bisher wenig diskutiert wird: genügend Ressourcen. Hier sind die Industrieländer und auch Deutschland gefragt, die gemäß Text der Konvention eine besondere Verantwortung tragen. Und eine Einigung zur Frage der digitalen Sequenzinformation – mit dieser Technologie könnte das Nagoya-Protokoll umgangen werden (siehe Box). Befriedigende Lösungen sind vor allem für die Entwicklungsländer zwingend, die sonst einem neuen Abkommen nicht zustimmen könnten. In beiden Fällen müssen sich die Industrieländer bewegen, da es sonst kein grünes Licht für das globale Biodiversitätsrahmenwerk geben kann.

Friedrich Wulf

Der Autor arbeitet beim Schweizer Bund für Naturschutz Pro Natura und ist Koordinator der AG Biodiversität des Forums Umwelt & Entwicklung, die die Arbeit zum Post-2020-Prozess begleitet.

Digitale Sequenzinformation (DSI) sind genaue Daten über die genetische oder Erbinformation, mit deren Hilfe es möglich ist, Kopien des Organismus zu erstellen, von dem die Erbinformation stammt. Bisher war es nur möglich, dies zu tun, wenn diese Erbinformation physisch vorlagen (d. h. man also tatsächlich Individuen des betreffenden Organismus hatte). Das 2010 verabschiedete Nagoya-Protokoll unter der CBD besagt, dass eine gewerbliche Nutzung von Erbinformationen nur nach Einverständnis desjenigen Landes bzw. derjenigen Menschen möglich ist, aus denen diese stammt, und diese an den Gewinnen der gewerblichen Nutzung beteiligt werden müssen. Mit der digitalen Sequenzinformation entfällt nun die Notwendigkeit, das Erbgut physisch weiterzugeben, die Daten können elektronisch weitergegeben werden. Wenn diese Alternative zum Transfer des Erbguts im Gegensatz zur physischen Weitergabe nicht unter das Nagoya-Protokoll fällt und somit keine Pflicht zur Teilung der Gewinne aus ihrer Nutzung mehr besteht, besteht die große Gefahr, dass eine Weitergabe künftig nur noch elektronisch erfolgt und die Herkunftsländer leer ausgehen. Das Nagoya-Protokoll, über das jahrzehntelang verhandelt wurde, würde somit ausgehebelt.

© Chuttersnap/Unsplash

Eine Schifffahrt, die ist lustig. Wenn man nicht gerade auf einem Transportriesen mit Dumpinglöhnen anheuert.

FAIR ÜBERS MEER?

Warum der Seetransport unserer Güter noch immer eine Blindstelle ist

Güter aus anderen Teilen der Welt umgeben uns tagtäglich. In den letzten Jahren wurde im Rahmen der Debatten um fairen Konsum die Situation der ErzeugerInnen in der Fairhandelsbewegung aufs Tableau gehoben. Doch bis diese Güter bei uns landen, haben sie einen weiten Weg zurückgelegt. Größtenteils über das Meer. Welche umweltschutz- und arbeitsrechtlichen Probleme damit verbunden sind, zeigen die Forderungen der Kampagne ‚Fair übers Meer'.

Wir leben heutzutage in einer durch und durch globalisierten Welt. Die Güter unseres täglichen Konsums, quasi alles, was uns umgibt, was wir tragen, essen usw. hat bereits eine weite Reise hinter sich gebracht. Bei einigen Produkten wird über die Herkunft im Etikett oder auf der Verpackung Auskunft gegeben, doch das spiegelt oftmals nur einen Teil der Reise wieder. Ein klassisches Beispiel ist die allseits beliebte Jeanshose. Baumwolle aus Kasachstan, gesponnen in der Türkei, gefärbt in China, gewebt in Polen, genäht in Bangladesch und veredelt wiederum in China, und schließlich bei uns auf dem Ladentisch. Bis sie am Ende ihres Lebenszyklus entsorgt wird, hat die Jeans schon mehr Reisekilometer auf dem Buckel als mancher Mensch in einem Jahrzehnt. Soviel zum Thema Herkunftsangabe.

Noch schwieriger wird es nachzuvollziehen, wie das Produkt gereist ist. Zwar kennen viele den Anblick von großen und immer größer werdenden Containerschiffen, doch sie erhalten wohl kaum die nötige Aufmerksamkeit. Zu einer transparenten globalen Lieferkette, die durchgängig sowohl den Schutz der Menschenrechte wie auch der Umwelt gewähren will, gehört logischerweise auch der Seetransport.

Dafür müssen die Transportwege eines Produkts einschließlich der verwendeten Rohstoffe und Vorprodukte nachvollziehbar veröffentlicht werden. Transparenz stellt hierbei Sicherheit her. Nicht nur für die EndverbraucherInnen, sondern auch für die Seeleute und die Umwelt.

Schiffe sind das wichtigste Transportmittel unserer Zeit, Tendenz steigend. Seit dem Ende der 1960er Jahre hat sich das Seefrachtaufkommen verfünffacht. Etwa 90 Prozent des Welthandels erfolgt derzeit auf dem Seeweg.

Noch interessanter wird es, wenn wir schauen, wo wir uns in diesem Geflecht befinden. Denn die Europäische Union (EU) steht im Zentrum des globalen Güterhandels. Gut ein Drittel der Schiffe haben entweder als Ziel- oder als Abfahrtort die EU. Laut Zahlen der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) wurden im Jahr 2000 rund 30.800 Milliarden Tonnen-Meilen (Transport einer Tonne über eine Seemeile) zurückgelegt; 2017 waren es schon 56.300 Milliarden Tonnen-Meilen. Das entspricht einem Anstieg von gut 82 Prozent innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten.

Dabei liegt es nicht nur daran, dass es immer mehr Schiffe gibt, sondern auch, dass die Kapazitäten immer weiter ausgebaut wurden. Transportierten Containerschiffe in den 1990ern noch gut 5.000 Container, können manche von ihnen heute 20.000 und mehr transportieren. Insgesamt sind gut 50.000 Handelsschiffe auf den Weltmeeren unterwegs, auf denen mehr als eine Millionen Seeleute aus verschiedensten Ländern arbeiteten.

Mehr Seemeilen = Mehr Schmutz

Immer mehr Seemeilen, immer mehr Produkte, immer größere Schiffe be-

deuten zwangsweise auch mehr Emissionen. Und sowohl die Produktion wie auch der Betrieb von Frachtern braucht Rohstoffe und Energie.

Damit Umwelt- und Klimaschutz konsequent durchgeführt werden kann, müssen insbesondere die Emissionen dieser globalen Flotte von gut 50.000 Schiffen reduziert werden. Der Schiffsverkehr ist schon heute für über 2 bis 3 Prozent der klimaschädlichen globalen CO_2-Emissionen verantwortlich. Laut Aussagen des Umweltbundesamts betrugen diese bereits 2012 ca. 940 Millionen Tonnen CO_2. Zum Vergleich: Die gesamten Emissionen Deutschlands lagen im selben Jahr bei rund 926 Millionen Tonnen CO_2. In den Schätzungen des Bundesumweltamtes wird davon ausgegangen, dass die Emissionen ohne politisches Gegensteuern in 25 Jahren noch um rund 50 Prozent im Vergleich zu 2012 ansteigen könnten. Dieser Trend scheint sich derzeit zu bewahrheiten. So müssten Transportschiffe schnellstmöglich mit hochwertigen, schwefelarmen Kraftstoffen und umweltfreundlichen Antriebssystemen fahren.

Von Anfang bis Ende

Für einen konsequenteren Umweltschutz muss der gesamte Lebenszyklus eines Schiffes mehr Beachtung bekommen. Die Verschmutzung der Umwelt spielt nicht nur beim Betrieb oder der Entsorgung der an Bord oder durch Instandhaltung entstehenden Abfälle eine Rolle, sondern eben auch bei der Entsorgung alter Schiffe. In Südasien herrschen laut zivilgesellschaftlichen Angaben die schlimmsten Verhältnisse bei den Verschrottungen. Diese Arbeit, die die Menschen, teilweise auch Kinder, vor Ort machen, wurde von der International Labour Organization als eine der gefährlichsten der Welt eingestuft.

Die ArbeiterInnen und auch die regionalen Ökosysteme sind giftigen Gasen und Materialien wie Asbest ausgesetzt. Oft sind die Menschen nicht ausreichend geschult und bei der Arbeit kaum geschützt. Viele Unfälle und die hohen Gesundheitsrisiken führen zu einer sehr geringen Lebenserwartung.

Daher müssen Schiffsbau, Betrieb und Recycling ökologisch und sozial nachhaltig geschehen. SchiffseignerInnen sind hierbei rechtlich verbindlich in die Haftung zu nehmen, diesem auch nachzukommen.

Welthandel ja, aber um jeden Preis?

Immer mehr Welthandel ist eben auch ein Problem. Die Seeleute erleben auf den Handelsschiffen auf engstem Raum, was die Globalisierung für Mensch und Umwelt bedeutet. In einer Welt, in der alles theoretisch überall produziert werden kann, stehen die Produktionsstätten zwangsweise in Konkurrenz zueinander. Denn billiger geht es immer in irgendeinem Teil der Erde, vermeintlich zumindestens. Insbesondere solange der Transport fast nichts kostet. Und das eben auch weil bestimmte Regulierungen nicht greifen. Die Seeleute leiden unter Arbeits- und Lebensbedingungen, die alles andere als fair sind: ungleiche beziehungsweise ungerechte Bezahlung der Besatzung, schlechte oder gar menschenverachtende Arbeitsbedingungen: lange Arbeitszeiten (meist weit mehr als zehn Stunden am Stück), wenig bis kein Urlaub, und gar Schlimmeres, und nicht zuletzt dem umweltschädlichen Schiffsbetrieb. Dieser Missstand muss von Politik und Wirtschaft angegangen werden.

Das größte Problem: die Umgehung von Umwelt- und Sozialstandards durch die Praxis des sogenannten Ausflaggens beziehungsweise besser bekannt als Billigflaggen. So fuhren schon 2015 sechs von zehn Schiffe nicht unter der Flagge des Unternehmenslandes, sondern unter fremder Flagge.

Auf einem Schiff gilt das Recht des Flaggenstaates, also das Recht jenes Staates, dessen Flagge auf dem Schiff gehisst ist. Durch diese Besonderheit des Seerechtes ist ein Wettbewerb zwischen Flaggenstaaten entstanden. Staaten mit sogenannten offenen Registern buhlen um Reedereien. Offenes Register heißt, dass es jeder Reederei freisteht, die Flagge des Landes anzunehmen – auch wenn keine weitere „echte Verbindung“ zwischen Person bzw. Unternehmen, das das Schiff besitzt und dem Flaggenland besteht. In 2018 fuhren fast 73 Prozent der Schiffe der internationalen Flotte unter Flaggen von Ländern mit offenen Registern. Die versprochenen Wettbewerbsvorteile können unterschiedlichster Natur sein, oft geht es um Steuervorteile und Vergünstigungen bei bestimmten Routen.

Die Kampagne ‚Fair übers Meer‘ fordert, dieser Praxis ein Ende zu bereiten, damit die Reedereien nicht länger über das Umflaggen auf sogenannte Billigflaggen höhere Sozial- und Umweltstandards vermeiden. Es ist höchste Zeit, Tarifverträge für alle Seeleute zu ermöglichen und endlich Lohngleichheit für alle Mannschaftsmitglieder herzustellen.

Blindstellen nicht weiter hinnehmen

Es braucht nicht noch mehr globalen Konkurrenzkampf aller gegen alle, sondern weniger. Der Zenit der Globalisierung ist bereits überschritten. Manche ÖkonomInnen sprechen bereits gar von Slowbalisierung, also einer Verlangsamung.

Die Zeiten wachsender globaler Integration sind vorbei. Zölle und Transportkosten können faktisch kaum weiter sinken und selbst immer neue Freihandelsabkommen bringen keinen neuen Schub mehr.

Wenn die Globalisierung zurückgeht, brauchen wir ein anderes Wirtschaftsmodell.

Es geht darum, die Wirtschaft wieder so zu regulieren, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit dient und nicht unsere Lebensgrundlagen zerstört. Doch dafür braucht es konsequente Schritte seitens der Politik!

Nur mit Hilfe von Regulierungen lässt sich ein, auch ein in der Wirtschaft so beliebtes „Level Playing Field“, sprich gleiche Bedingungen und Auflagen für alle, im Sinne fairer und umweltfreundlicher Maßnahmen herstellen.

Faire Handelsbeziehungen, gerechter Welthandel und Umweltschutz müssen entlang der gesamten Lieferkette gewährleistet werden. Dies schließt eben auch den Transport ein. Deshalb fordert die Kampagne ‚Fair übers Meer!‘ die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf, Fairness endlich auch im Handel über die See zu verwirklichen.

Nelly Grotefendt

Die Autorin ist Referentin für Weltwirtschaft und Handelspolitik im Forum Umwelt & Entwicklung.

Das Forderungspapier der Kampagne ‚Fair übers Meer!‘ finden sie hier: *https://www.forumue.de/fair-uebers-meer-unsere-forderungen/*

DIE AGRARWENDE ENDLICH ANPACKEN!

Wir haben es satt!-Bündnis fordert von der Bundesregierung klare Perspektiven und Gelder für Umbau der Landwirtschaft

Am 18. Januar 2020 werden wieder Zehntausende dem Ruf des Wir haben es satt!-Bündnisses folgen und zum Auftakt der weltgrößten Agrarmesse ‚Grüne Woche' ihre Forderungen in die Schlagzeilen bringen. 2020 geht es darum, die Agrarwende endlich auf den Weg zu bringen, damit die Bauernhöfe eine verlässliche Zukunftsperspektive bekommen und das Klima gerettet werden kann.

Derzeit ist einiges in Bewegung in der Landwirtschaft. Am 22. Oktober dieses Jahres machten sich tausende Bäuerinnen und Bauern mit Traktoren auf, um auf die missliche Lage auf dem Land aufmerksam zu machen. In mehreren deutschen Städten kam es – aufgerufen von der Initiative ‚Land schafft Verbindung' – zu Kundgebungen gegen die Düngeverordnung und das Insektenschutzprogramm. Zeitgleich zog das europäische #GoodFoodGoodFarming-Netzwerk zum Parlament der Europäischen Union (EU) in Straßburg. Im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft forderten Bäuerinnen und Bauern dort die Umverteilung der Agrarsubventionen: weg von den pauschalen Flächenprämien, hin zu einer konkreten Unterstützung für enkeltaugliche Landwirtschaft.

Die Traktor-Demonstrationen von ‚Land schafft Verbindung' sind ambivalent. So falsch es auch ist, das „Agrarpäckchen" der Bundesregierung mit seinen halbherzigen Maßnahmen grundsätzlich abzulehnen, so richtig ist es, dass die Bauernhöfe nicht mit dem gesellschaftlich gewollten Umbau der Landwirtschaft allein gelassen werden dürfen. Mehr Platz für Tiere, mehr Klimaschutz und insektenfreundliche Landschaften – die Regierung muss den Betrieben dabei finanziell unter die Arme greifen. Das heißt: Gelder für die Stallumbauten, den Pestizidausstieg und klimaschonende Bewirtschaftung bereitstellen und eine klare Perspektive formulieren. Die LandwirtInnen, die gegen die Ankündigungen der Bundesregierung Sturm laufen, sind auf dem Irrweg, wenn sie glauben, alles könne so bleiben wie bisher.

Die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft sind in vielerlei Hinsicht fatal: Flächendeckender Pestizideinsatz tötet massenhaft Insekten. Zu viel Gülle verschmutzt unser Trinkwasser. Für das Gensoja-Futter werden Regenwälder abgebrannt. Dumping-Exporte überschwemmen die Märkte im globalen Süden und berauben unzählige Bäuerinnen und Bauern ihrer Existenz. Die Beibehaltung des Status Quo kann keine Antwort sein.

Mit der EU-Agrarreform den Umbau der Landwirtschaft auf den Weg bringen

Die Bundesregierung muss den Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft ebnen – und die Gelegenheit ist günstig. Zurzeit wird auf EU-Ebene die Verteilung der Fördergelder im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) neugeregelt. Mit den 60 Milliarden Euro, die die EU Jahr für Jahr in die Landwirtschaft pumpt, ließe sich die Agrarwende stemmen und das Insektensterben stoppen.

Doch die Bundesregierung und die Spitzen des Deutschen Bauernverbands lassen die LandwirtInnen seit Jahrzehnten mit den notwendigen Veränderungen allein. Agrarministerin Julia Klöckner wehrt sich gegen eine Abschaffung der pauschalen Flächensubventionen. Sie will die Milliarden-Subventionen weiter denen geben, die viel Land besitzen – egal, wie sie wirtschaften. Das trägt aberwitzige Blüten: Mit staatlicher Unterstützung kaufen InvestorInnen immer mehr Ackerland, während allein in den letzten zehn Jahren hierzulande 100.000 Betriebe aufgeben mussten. Aktuellstes Beispiel: Die Aldi-Erben, die sich in Ostdeutschland landwirtschaftliche Flächen in großem Stil unter den Nagel reißen. Für das Land, das sie in Sachsen jüngst gekauft haben, erhalten die Milliardäre künftig pro Jahr eine halbe Million Euro aus Steuergeldern. Mit dieser absurden Förderpolitik muss endlich Schluss sein. Deswegen fordern wir im Januar: Subventionen nur noch für Bauernhöfe, die Tiere gut halten, Umwelt und Klima schützen und gutes Essen für alle herstellen!

Klima retten heißt auch Landwirtschaft umbauen

Die Wissenschaft warnt schon lange, dass wir den Planeten mit der aktuellen Wirtschaftsweise zugrunde richten. Obwohl die Warnungen unmissverständlich und unüberhörbar sind, kommen von der Bundesregierung nur Bankrotterklärungen. Wenn Hunderttausende für das Klima streiken, ist das ein deutlicher Beleg dafür, dass die Zeit für Veränderung gekommen ist. Die Agrarwende ist ein zentraler Baustein des klimagerechten Umbaus der Gesellschaft.

Dafür gehen wir am 18. Januar wieder im breiten Bündnis aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft auf die Straße. Zum Auftakt der Grünen Woche, wenn sich die AgrarministerInnen der Welt in Berlin treffen, schlagen wir mit unseren Kochtöpfen Alarm für die Agrar- und Ernährungswende. Bei der 10. Wir haben Agrarindustrie satt!-Demo im Januar fordern wir:

Macht endlich eine Politik, die uns eine Zukunft gibt – Agrarwende anpacken, Klima schützen!

Christian Rollmann

Der Autor verantwortet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei ‚Meine Landwirtschaft' und ‚Wir haben es satt!'

NEUESTE PUBLIKATIONEN DES FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

SUSTAINABLE DIGITALIZATION

Guidelines For A Digitalization We Need For The Future We Want

(11/2019)

Noch bleibt unklar, welchen Einfluss die Digitalisierung auf unsere Gesellschaften und den Planeten haben wird. Sollte die Digitalisierung wirklich ein Element für großen sozialen Wandel werden, muss sie nachhaltig, gerecht, für alle Menschen relevant sein und dem Gemeinwohl dienen. Ohne angemessen Diskussion über Vorteile oder Risiken, ohne demokratische Kontrolle oder angemessene Regulierung haben Technologien immer das Potential, nur weitere soziale, wirtschaftliche oder ökologische Probleme hervorzurufen. Dieses Diskussionspapier enthält Vorschläge, welche Grundbedingungen eine nachhaltige Digitalisierung umfassen sollen.

Download unter: https://www.forumue.de/guidelines-for-a-digitalization-we-need-for-the-future-we-want/

NEUE ROHSTOFFKAPITEL IN EU-HANDELSABKOMMEN – EINE BESTANDSAUFNAHME

Auswirkungen auf Umwelt, Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung

(06/2019)

Mit neuen Kapiteln zu Rohstoffen und Energie will die EU-Kommission den möglichst günstigen Zugang zu diesen wichtigen Importgütern für europäische Unternehmen sichern. Welche Rolle spielt der Schutz von Umwelt und Menschenrechten in diesen Kapiteln? Welchen Einfluss nehmen die Rohstoff- und Energiekapitel auf die Vergabe von Lizenzen für den Abbau und die Exploration von Rohstoffen? Diese und andere Fragen werden in einer neuen Fallstudie beantwortet, die gemeinsam von PowerShift, BUND, FDCL, GRÜNE LIGA, Forum Umwelt und Entwicklung und Stiftung Asienhaus herausgegeben wird.

Download unter: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/07/Neue-Rohstoffkapitel-in-EU-Handelsabkommen-web-03072019.pdf

OFFENER BRIEF AN BUNDESMINISTERIN KLÖCKNER

Waldexperten warnen vor Aktionismus in der Waldkrise und fordern Ende von „Holzfabriken"

(08/2019)

Angesichts der aktuellen Waldkrise fordert eine Gruppe von Waldexperten, Forstpraktikern, Waldbesitzern, Verbändevertretern, die BundesBürgerInitiative WaldSchutz (BBIWS) mit den ihr angeschlossenen Bürgerinitiativen in einem offenen Brief an Bundesministerin Julia Klöckner eine Abkehr von der konventionellen Forstwirtschaft. Die Unterzeichner „fordern die staatliche Forstwirtschaft auf, anstelle teurem Aktionismus endlich eine sachkundige Fehleranalyse des eigenen Wirkens vorzunehmen und dabei alle Akteure mit einzubeziehen. Gefordert werden eine konsequente Abkehr von der Plantagenwirtschaft und eine radikale Hinwendung zu einem Management, das den Wald als Ökosystem und nicht mehr länger als Holzfabrik behandelt".

Download unter: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/08/Offener-Brief__BM-Klöckner-Abkehr-von-Holzfabriken_10Aug2019.pdf

VIER JAHRE AGENDA 2030

Die Politik ist am Zug

(10/2019)

Vier Jahre sind seit der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung durch die Vereinten Nationen vergangen. Zum vierten Mal veröffentlicht ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Verbänden und Netzwerken einen Schattenbericht zum Thema ‚Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda'. Wie in den vergangenen drei Jahren kommen die AutorInnen zu dem Ergebnis: Um die nachhaltigen Entwicklungsziele noch zu erreichen, muss die Politik umdenken, umlenken und ehrgeiziger handeln.

Download unter: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/10/Vier_Jahre_Agenda_2030_Final.pdf

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt & Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage www.forumue.de und bei Twitter @ForumUE.

Bestellungen online oder postalisch an:
Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: buero@forumue.de

ESSEN IST POLITISCH
DEMO
GUTES ESSEN FÜR ALLE!
REGIONAL, SAISONAL
UND KLIMAGERECHT!
18.1.2020
12 UHR BERLIN
BRANDENBURGER TOR
AUF UNSERER DEMO HABEN RECHTE HETZE UND RASSISMUS KEINEN PLATZ.
WIR SCHÄTZEN DIE WICHTIGE ARBEIT DER BÄUERINNEN UND BAUERN.
WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE #WHES2020